



Suchergebnisse: Wehr

6. Januar 1103 – Kaiser Heinrich IV. verkündet den Reichslandfrieden

Mainz * Mit dem durch Kaiser Heinrich IV. verkündeten Reichslandfrieden stehen alle Juden unter dem persönlichen Schutz des Kaisers. Das bedeutet aber, dass sie ab sofort keine Waffen mehr tragen dürfen und darauf angewiesen sind, sich von des Kaisers Truppen beschützen zu lassen. Das Gesetz begründet die Ausnahmestellung der Juden und zugleich ihre Wehr- und Waffenunwürdigkeit.

1191 – Die Tempelherren kaufen Zypern

Zypern * Trotz aller Rückschläge und Niederlagen bleiben die Tempelherren reich, privilegiert und versuchen in immer neuen Vorstößen an einen eigenen Ordensstaat zu kommen. Anno 1191 kaufen sie König Richard Löwenherz das von diesem eroberte Zypern um 100.000 Goldbyzantiner ab. Doch die Inselbevölkerung wehrt sich mit einem Aufstand gegen die geplante Herrschaft der Tempelordens-Ritter. So verfügen am Ende die Johanniter und der Deutsche Orden über einen eigenen Staat, nicht aber die Tempelherren.

18. Mai 1291 – Akkon wird nach Wochen der Verteidigung von den Muslimen erobert

Akkon * Akkon wird nach mehreren Wochen der Verteidigung von den Muslimen erobert. Die Templer leisten aus ihrem turmartigen Haus weiterhin Widerstand. Als jedoch die Situation für die Verteidiger immer aussichtsloser wird, verspricht ihnen Sultan al-Aschraf Halil den freien Abzug. Kaum haben die Ordensritter den Turm verlassen, stürzen sich die Angreifer auf sie, nehmen sie fest und schlagen ihnen die Köpfe ab. Als die sich noch im Turm befindlichen, aber verwundeten Tempelherren dies bemerken, setzen sie sich mit letzter Kraft wieder zur Wehr. Daraufhin beginnen die Belagerer mit dem Unterminieren des Turmes.

1312 – Ludwig der Baier wird Vormund der Kinder seines Vetters Otto III.

München - Landshut * Herzog Ludwig der Baier wird Vormund der unmündigen Kinder seines verstorbenen Vetters Otto III. und regiert nun auch dessen Teilherzogtum in Niederbayern. Auch Ottos III. Witwe wehrt sich gegen diese Vormundschaft und hätte ihre Söhne lieber in



österreichischer Obhut gesehen. Außerdem sieht Herzog Rudolph den Machtzuwachs seines Bruders mit argwöhnischen Augen.

Oktober 1322 – Papst Johannes XXII. eröffnet einen Prozess gegen Ludwig den Bayern

Avignon * Papst Johannes XXII. erkennt Ludwig den Bayern nicht als römischen König an, weil ihm König Friedrich der Schöne Unterstützung im Kampf gegen die großen oberitalienischen Stadtkommunen in Aussicht gestellt hat. Daraufhin unterstützt König Ludwig der Bayer die Visconti in Mailand, die sich dadurch erfolgreich gegen einen päpstlichen Kreuzzug erwehren können. Papst Johannes XXII. eröffnet deshalb einen Prozess gegen König Ludwig des Bayern. Er ihn bezichtigt ihn der Anmaßung königlicher Rechte und seiner Regierung ohne päpstliche Approbation [Anerkennung, Genehmigung] sowie der Unterstützung der als Ketzer verurteilten italienischen Signori.

1330 – Die Münchner bauen ein Wehr in die Isar

Au * Die Münchner bauen in der Höhe der heutigen Marienklausenbrücke ein Wehr in die Isar, um damit das Flusswasser für die Festungsgräber, die Mühlen, die Floßlande und die Holztrift zur Stadt hin aufstauen zu können. Dadurch entsteht zwischen der Isar und dem Hochufer ein Streifen Trockenland - die Au.

1340 – Im Stadtrechtsbuch finden sich Bestimmungen für den Brandfall

München * Im Münchner Stadtrechtsbuch finden sich Bestimmungen über den Umgang im Brandfall. Dort heißt es: „Wenn es in der Stadt brennt, müssen zu dem Feuer kommen, sobald die Sturmglocke läutet, alle Bader und ihre Gehilfen, die Amt haben, und ihre Badergeräte mitbringen, die Maurer und Zimmerer mit ihren äxten und die Kornmesser und Salzmesser und die Salzlader und die Auflader und die Holzleut mit ihren äxten und was sie haben, das dem Feuer gut ist; - wer nicht kommt, verliert sein Recht in der Stadt für ein Jahr - was ihnen verdirbt, wird von der Stadt ersetzt“.

1341 – Johannes Hake wird als Johannes II. Bischof von Freising

Freising * Johannes Hake wird als Johannes II. Bischof von Freising. Das Freisinger



Domkapitel wehrt sich gegen diese Ernennung und benennt seinerseits bis zum Jahr 1342 den Gegenbischof Ludwig von Kamerstein und danach Leutold von Schaumburg-Julbach.

29. September 1369 – Herzog Stephan II. muss die Grafschaft Tirol abtreten

Tirol * Nach mehr als sechs Jahren Krieg und trotz zäher Gegenwehr muss Herzog Stephan II. die Grafschaft Tirol gegen eine Entschädigung von 116.000 Gulden an die Habsburger abtreten. Die Grenzgerichte Schärding, Kufstein, Rattenberg und Kitzbühel bleiben bairisch und werden in der Folgezeit dem Teilherzogtum Bayern-Inngolstadt zugeteilt.

6. Mai 1527 – Der Sacco di Roma beginnt

Rom * Der „Sacco di Roma“ beginnt. Die Erstürmung, Plünderung und Besetzung Roms durch deutsche Landsknechte dauert bis zum 17. Februar 1528. Die Stadt fällt den Landsknechten wie eine reife Frucht in den Schoß, weil die völlig korrupte und seit Jahrzehnten ein Lotterleben führende römische Oberschicht nicht in der Lage ist, sich gegen die enthemmt wütende Soldateska zu wehren. Die Kirchen Roms werden zu Pferdeställen, Bordelle und öffentlichen Toiletten umgewandelt. Die Mätressen, aber auch die Nichten der Kirchenfürsten, die Frauen und Töchter der Fürsten und Herzöge sowie jede Nonne, die sie fangen, vergewaltigten sie und tun das am Liebsten unter dem Hochaltar. Sie notzüchtigten die Damen des Adels im Beisein ihrer Ehemänner, Väter und Brüder. Sie foltern die Häupter der ältesten und reichsten römischen Feudalgeschlechter viele Wochen lang. So lange, bis sie auch die letzten Verstecke verraten, in denen sie ihre Frauen und ihr Gold versteckt haben.

10. Juni 1530 – Ein Manöver mit vielen Toten und Verletzten

München - Haidhausen * Der eigentliche Höhepunkt soll aber erst rund achthundert Meter weiter kommen, etwa an der Stelle des heutigen Rosenheimer Platzes. Dort ist innerhalb von wenigen Tagen - fast nach Hollywood-Manier - eine wehrhaft aussehende Burg mit vier Türmen und Bastionen aus Holz, Leinwand und Farbe errichtet worden. Alles wirkt sehr realistisch. In der Festung warten einhundert schwerbewaffnete Männer, bis die Gäste auf der Ehrentribüne Platz genommen haben. Auf ein Zeichen Herzog Wilhelms IV. rücken die von Ramersdorf kommenden Angreifer heran und es kommt unausweichlich zur Schlacht, bei der sechzehnhundert Mann unter ohrenbetäubendem Kriegsgeschrei das Schloss stürmen. Nachdem einige an die Mauern gelehnte Sturmleitern von den Verteidigern der Burg umgestoßen worden sind und sich dabei die



Angreifer und das nachdrängende Fußvolk etliche Blessuren zugezogen haben, „überkam beide Seiten eine große, unbändige Wut“, schreibt unser Zeitzeuge. Und da es sich sowohl bei der Burgbesatzung als auch bei den Angreifern um „temperamentvolle, rauflustige und keine Schmähung duldende Altbaiern“ handelt, wird aus dem zur Ergötzung des Kaisers veranstaltetem Scheingefecht sehr schnell blutigster Ernst. Die Manöver-Gegner dreschen derart rabiat aufeinander ein, dass am Ende acht Tote und eine unbekannte Zahl von Männern verletzt liegen bleibt. Das wird von den Ehrengästen auf ihren Tribünen natürlich nicht bemerkt. Immerhin erhalten die Getöteten ein Begräbnis auf dem Salvatorfriedhof und deren Witwen und Waisen ein jährliches Gnadengeschenk aus der landesherrlichen Privatschatulle. Auf dem Manöverfeld schießen die Angreifer die Burg später schließlich noch in Trümmer und Fetzen. Der Chronist vermerkt: „Mit ungeheuerem Krachen entluden sich alle Geschütze auf einmal.“ Immerhin zeigt sich Kaiser Carl V. von dem Manöver und der dabei gezeigten bayerischen Kampfkraft mächtig beeindruckt.

1593 – Spaltung und innere Reform des Karmeliter-Ordens

Rom * Reformbewegungen führen zur Spaltung und zur inneren Reform des Karmeliter-Ordens. Die Hauptträger der Erneuerung des Karmels - Theresia von Avila und Johannes vom Kreuz - greifen auf die alten Regeln, ohne die späteren Milderungen, zurück. Im Volk nennt man die Mitglieder dieser Reformklöster die Unbeschuhten Karmeliter. Nach langen Konflikten lösen sich die Unbeschuhten Karmeliter vom Beschuhten Stammorden los. Der Papst will die Unbeschuhten, ähnlich wie die anderen Reformorden, vordringlich zur Erneuerung des kirchlichen Lebens in den Städten, zur Abwehr der Häretiker und zur Ausbreitung des Glaubens in den Missionsgebieten einsetzen.

Oktober 1620 – Die „Rebellion von Prag“ ist der erhoffte Anlass zum Krieg

Prag * Für Erzherzog Ferdinand ist die „Rebellion von Prag“ der erhoffte Anlass, um gegen die „böhmischen Stände“ loszuschlagen. Die „Ständevertreter“ interpretieren ihre Gewalttat als Notwehr, doch für den habsburgischen Kaisersohn ist die kriegsrische Niederwerfung der „Aufständischen“ unausweichlich geworden. Die dafür notwendige Finanzierung soll durch die eingezogenen Güter der „Rebellen“ sichergestellt werden. Außerdem soll „der Schrecken der Hinrichtungen die Stände zum Gehorsam zwingen“. In Prag geht inzwischen das Gerücht um, dass die „Jesuiten“ eine „Bluthochzeit“, also die Ermordung der Protestanten, planen. Andererseits streuen die kaiserlich Gesinnten das Gegengerücht, wonach die „böhmischen Stände“ vom „türkischen Kaiser Hilfe begehrt hätten“. Die kriegsrischen Auseinandersetzungen



zwischen den „Kaiserlichen“ und den „Böhmischen“ beginnen.

Januar 1625 – Die oberösterreichischen Bauern wehren sich

Natternbach - Oberösterreich * Der Dechant Blasius de Livo und der von ihm eingesetzte italienische Pfarrer von einigen Hundert Bauern mit Steinen beworfen und verjagt. Das bleibt zunächst ohne Konsequenzen, bringt aber eine Reihe von Ereignissen in Gang die im Oberösterreichischen Bauernkrieg enden.

1626 – Erste Stimmen der Jesuiten gegen die Verfolgung der Hexen

München * Selbst unter den Jesuiten gibt es erste Stimmen, die sich entschieden gegen die Verfolgung der Hexen aussprechen. Dazu gehört der Jesuitenpater Adam Tanner, der sich im dritten Band seines Werkes „Theologiae Scholasticae“ vehement gegen die Ansicht wehrt, dass Gott es zulassen würde, dass neben vielen „Schädlichen“ auch viele „Unschuldige“ sterben müssten. Tanner bejaht zwar die Existenz der Hexen, glaubt grundsätzlich an den „Teufelspakt“ und sieht in der Hexerei ein „todeswürdiges Verbrechen“, dem der Prozess zu machen sei. Er verlangt aber auch, dass bis zum Beweis des Gegenteils von der Unschuld der Angeklagten auszugehen sei. Geständnisse unter der Folter dürfen keine Begründung für einen Urteilsspruch sein. Seine Forderungen bringen dem Jesuiten Adam Tanner mannigfache Anfeindungen ein. Erboste Inquisitoren drohen ihm sogar die Folter an.

25. November 1626 – Die aufständischen Bauern werden in vier blutigen Schlachten geschlagen

Oberösterreich * Eine baierisch-kaiserliche Armee besiegt in vier blutigen Schlachten die sich tapfer und verzweifelt wehrenden Bauern in Oberösterreich vollständig. 8.000 Bauern kommen dabei ums Leben. Ende November herrscht wieder Ruhe im Land. Ein weiterer Widerstand der Untertanen ist nicht mehr zu befürchten.

1629 – Auch Ingolstadt bekommt noch einen Hexenprozess

Ingolstadt * Auch Ingolstadt bekommt einen Hexenprozess. Das Strafurteil fällt die Juristenfakultät der Universität Ingolstadt, die zwar im Allgemeinen milder urteilte, als es dem



Herzog gefiel, dennoch einige Todesurteile fällte. Verurteilt wird die Hofschneiderin Catharina Nickhlin wegen „Teufelsbündnis, Teufelsvermischung, Absagung Gottes, Schädigung von Mensch und Vieh“ und wegen „Verunehrung der Hostien“. Catharina Nickhlin stammt aus Eichstätt und wird aus dem Kreis der dort wegen Hexerei verbrannten Frauen und Männer denunziert. Sie flieht nach Ingolstadt, wird aber dort auf Ersuchen der Eichstätter Behörden am 13. Februar 1629 verhaftet. Nachdem sich die Stadt Ingolstadt gegen den Hexen-Prozess wehrt, muss ein Dr. Wolfgang Kolb auf Befehl des Münchner Hofrats die Tortur durchführen. Dr. Kolb hat vorher schon als Hexen-Kommissar in Eichstätt gedient.

31. März 1683 – Ein breites Defensivbündnis gegen die Osmanen

Rom - Wien - Warschau * Der päpstlichen Diplomatie gelingt es Ende März 1683, Kaiser Leopold I. und den polnischen König Johann III. Sobieski zum Abschluss eines Defensivbündnisses gegen die Osmanen zu bringen. Auch Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden und Kurfürst Johann Georg III. von Sachsen erklären sich zum Beistand des Kaisers bereit. Papst Innozenz XI. unterstützt die christlichen Herrscher in ihrem Kampf gegen die vorrückenden Türken mit 1,5 Millionen Gulden - und seinem Segen. Er selbst sieht sich als „Streiter für die Reinhaltung des katholischen Glaubens“. Schon deshalb bemüht er sich während seines ganzen Pontifikates, die Fürsten zu einer „Heiligen Liga“ zum „Kampf und zur Abwehr der Osmanen“ zu gewinnen. Das Oberhaupt der katholischen Kirche bittet mit einem päpstlichen Aufruf die Gottesmutter unter der Parole „Maria hilf!“ um ihre Unterstützung.

5. März 1684 – Gründung einer Heiligen Liga zum Kampf und zur Abwehr der Osmanen

Rom * Mit Unterstützung von Papst Innozenz XI., der sich selbst als „Streiter für die Reinhaltung des katholischen Glaubens“ sieht, gelingt die Gründung einer Heiligen Liga zum „Kampf und zur Abwehr der Osmanen“. König Johann III. Sobieski von Polen, Kaiser Leopold I. und die Republik Venedig schließen dazu ein Bündnis, dem zwei Jahre später auch Russland beitreten wird. Durch die Heilige Liga fließen umfangreichere Subsidien, sodass die bayerische Armee auf eine Sollstärke von 18.000 Mann erhöht werden kann.

14. Juli 1684 – Die Belagerung von Buda durch die Kaiserlichen beginnt

Buda/Ofen * Am Jahrestag des Anfangs der Belagerung Wiens, beginnen die Kaiserlichen mit der Belagerung von Buda. Zwar schaffen es die Belagerer, die Unterstadt von Buda einzunehmen,



doch die türkischen Verteidiger wehren alle weiteren Angriffe ab. Und nachdem die Zahl der diensttauglichen kaiserlichen Soldaten von 34.000 auf 12.500 gesunken ist, sinkt die Motivation und Kampfmoral auf ein extrem niedriges Niveau ab.

27. Juli 1686 – Die türkischen Verteidiger wehren den großen Angriff ab

Buda/Ofen * Ein großer Angriff des christlichen Heeres kann von den türkischen Verteidigern abgewehrt werden.

12. August 1687 – Ein glänzender Sieg der Kaiserlichen Armee

Mohács * Bei einer der seltenen Feldschlachten des Türkenkriegs stehen 60.000 Türken etwa 50.000 Verbündeten des Kaisers am Berge Harsán bei Mohács gegenüber. Die Schlacht endet mit einem glänzenden Sieg der Kaiserlichen. Der von Kurfürst Max Emanuel befehligte linke Flügel erzwingt den Sieg, indem er zuerst den ersten Angriff der türkischen Reiterei abwehrt, danach mit einem Gegenangriff den Gegner zurückwirft und so lange beschäftigt, bis Herzog Carl von Lothringen die türkischen Verschanzung gewinnen kann.

6. September 1688 – Kurfürst Max Emanuels Soldaten stürmen Belgrad

Belgrad * Nachdem dem Kurfürsten Max Emanuel die Belagerung Belgrads nicht schnell genug voranschreitet, gibt er den Befehl zum Sturm. Nach einem langen und heftigen Kampf und erheblichen Verlusten auf beiden Seiten können die christlichen Truppen Belgrad erobern. Zahlreiche Offiziere und hunderte von Soldaten lassen „ihr Leben der Christenheit zum unbeschreiblichen Nutzen und ihrem selbsteigenen unsterblichen Ruhm“. Ein Pfeilschuss hat Max Emanuel im Gesicht verletzt. Die Sieger verhalten sich wie bei allen vorangegangenen Feldzügen und ermorden alles, was ihnen in den Weg kommt. Und wenn die Helden keinen Degen mehr haben, erstechen sie die „verfluchten Türcken mit Brotmessern“ und schicken sie „solcher gestalt zu ihrem Mahomet“. Die Verwundeten erschlagen die Christen mit ihren Äxten und Gewehrkolben. Das Gemetzel dauert Stunden. Ihm folgt die Plünderung und daran anschließend der Dankgottesdienst. Der 26-jährige Kurfürst Max Emanuel verlässt den ungarischen Kriegsschauplatz nach der Befreiung Belgrads für immer.



1689 – Der Wasserkrieg zwischen den Münchner und den Auern

München - Au * Der Jahrhunderte lange Wasserkrieg zwischen den Münchner und den Auern erreicht seinen Höhepunkt. Nach einer der vielen Überschwemmungen nutzen die Auer die Gelegenheit, möglichst viel Wasser in ihren Mühlbach zu leiten. Als Antwort zerstören die Münchner die Auer Wehranlagen.

27. Januar 1701 – Den Paulanern sollen die pfarrlichen Rechte am Gaisberg zustehen

Freising * Der Geistliche Rat in Freising beschließt, dass den Paulanern die pfarrlichen Rechte am Gaisberg zustehen. Dagegen wehrt sich Johann Maximilian von Alberti.

17. Juli 1704 – Ein Gelöbnis zur Abwehr der Zerstörung Münchens

München * Die drei Stände - Adel, Klerus und die Bürgerschaft Münchens - legen in der Frauenkirche ein „Gelöbnis zur Abwehr der Zerstörung Münchens im Spanischen Erbfolgekrieg“ ab. Die Vision der Maria Anna Lindmayr, wonach Gott die schlimmsten Gefahren nur dann von der Stadt abwende würde, wenn man ihm eine „Kirche zu Ehren der allerheiligsten Dreifaltigkeit“ baut, wird im „Gelübde der drei Stände“ nicht einmal erwähnt.

3. August 1704 – Das Gelöbnis von Straubing

Straubing * In Straubing wird - wenige Tage nach dem Münchner Gelöbnis - ein „Gelübde zur Abwehr der Belagerung durch die Habsburger“ abgelegt. Daraus entsteht 1709 eine Dreifaltigkeitssäule.

2. Oktober 1705 – Zwangsrekrutierungen werden angeordnet

München * Da sich weiterhin die meisten jungen Männer der Rekrutierung durch Flucht entziehen, ordnet die Kaiserliche Administration Zwangsrekrutierungen zur Auffüllung ihrer stark gelichteten Regimenter an. Verwaltungsbeamte und Rekrutierungskommandos greifen wehrfähige Männer auf, wo immer sie sie finden. Söhne und Knechte von Bauern werden während der Feldarbeit oder nachts aus den Betten weggeschleppt. Sogar aus den Kirchen werden sie gezogen, auf Wagen gefesselt nach Ungarn oder Italien entführt. Den Bauern fehlen



dadurch die Arbeitskräfte. Bis zu den Zwangsrekrutierungen beschränkte sich die Bevölkerung auf Beschwerden an die Kaiserliche Administration. Erst ab jetzt wird tätlicher Widerstand anzutreffen sein.

16. November 1705 – Burghausen fällt den Aufständischen in die Hände

Burghausen * Burghausen kapituliert vor den Aufständischen. Sie ist die erste Stadt, die den Aufständischen in die Hände fällt. In den Kapitulationsverhandlungen verlangen die Unterländer, dass „der Landmann bei seinen alten Privilegien verbleibe, dass man von ihm nicht mehr fordere als unter dem Kurfürsten geschehen, damit die Bauern [...] ihre schuldigen Abgaben entrichten können; alle Bauernsöhne und Knechte sollen zu Hause verbleiben und allein zur Verteidigung des Landes dienen.“ Die Bauern erheben sich also zunächst nur gegen die allzu maßlosen Forderungen der Kaiserlichen Administration, nicht gegen die Besatzungsherrschaft. Weil sie zu Verteidigung der Heimat bereit sind, wehren sie sich gegen den Missbrauch der Landfahnen zum kaiserlichen Militärdienst. Die Aufständischen verstehen sich als „ganze Gemein der Kurlande Baiern“. Um ihnen die Legitimation des gesamten Kurfürstentums zu geben, wird der Regierungsrat Franz Bernhard von Prielmayer zum Kriegskommissär der Landesdefension gezwungen. Prielmayer versucht mäßigend auf die Aufständischen einzuwirken. Doch der Erfolg der Rebellen verändert deren Ziele, weshalb sie schon bald die Beseitigung der Kaiserlichen Administration fordern, weil sie für die „unerträglichen Lasten“ verantwortlich zeichne.

9. Dezember 1705 – Ein gefälschter Brief vom Kurfürsten aus dem Exil

Tölz * Der ehemalige baierische Kriegskommissär Matthias Ägidius Fuchs begibt sich von Braunau nach Tölz, wo er den dortigen Pflegkommissär Johann Ferdinand Dänkel für die Aufstandspläne gewinnen kann. Die Bevölkerung des Oberlands steht dem Aufstand positiv gegenüber. Fuchs legt dazu ein angebliches Mandat des Kurfürsten Max Emanuel vor. Diese Fälschung war vermutlich von der Braunauer Führungsgruppe um Plinganser gefertigt worden. Es lautet: „Wir, von Gottes Gnaden Maximilian Emanuel, Churfürst zu Baiern etc. etc.. Nachdem Wir mit Schmerzen vernommen, dass ihr, meine Liebe, Getreue, seit unser Abwesenheit mehr und mehr beschweret werdet, und man euch eine Million nach der andern abpresset, benebst den Teutschen Krieg aus euren Mitteln fortsetzen wolle, wodurch dann die Armuth bey auch dermassen zugenommen, dass ihr die unerträglichen Lasten, sowohl in Geld, als Mannschafft, freye Einquartierung, und hin= und wider= Marches nicht länger ertragen könnet, dass ihr auch eur Vieh und Hauß-Zierathe zu Gelde gemacht, und nichts mehr als die



leere Wohnung übrig habt, so haben wir nach der allzeit gegen euch erwiesenen und noch habenden Güt und Vorsorge rathsam und gut befunden, euch solchen vorzustellen und zu ermahnen, dass ihr solche unchristliche Beschwerden nicht länger duftet, sondern hingegen-gesamter Hand einander beystehet, mit Gewehr euch versorget und auf alle Arth und Weise das Land selbst zu beschirmen trachtet, und solches um soviel mehr, da man noch über dem die bequeme Mannschafft zu dem Kriegesdienst mit Gewalt zwingen und wegführen will. Zu dem Ende wollen wir auch nicht unterlassen, euch, soviel möglich ist, beyzustehen, und unser Winter-Lager nahe bey euch zu nehmen, biß ihr einen festen Fuß ins Land haben werdet. Womit wir, wie vor diesem, euch in Gnaden und Gunst gewogen verbleiben.“

23. Dezember 1705 – Ein bäuerliches Aufgebot trifft sich in Schäftlarn

Schäftlarn * Ein bäuerliches Aufgebot von rund 3.000 Mann aus den verschiedensten Gerichtsbezirken und Hofmarken treffen sich in Schäftlarn. Vom Landgericht Tölz 500 Mann, vom Klostergericht Benediktbeuern 200 Mann, vom Klostergericht Tegernsee 200 Mann, aus den Hofmarken Reichersbeuern, Sachsenkam und Dietramszell 100 Mann, vom Landgericht Aibling und der Grafschaft Hohenwaldeck 600 Mann, aus der Grafschaft Valley 300 Mann, vom Landgericht Rosenheim 70 Mann, vom Landgericht Starnberg 200 Mann und vom Landgericht Wolfratshausen 600 Mann. Etwa ein Drittel der Männer haben Gewehre, der Rest ist mit den typischen Bauernwaffen ausgestattet. Das Aufgebot umfasst 300 Reiter und verfügt über sechs Geschütze. Am Nachmittag treffen sich in Schäftlarn die Anführer der Aufständischen zu ihrer ersten Beratung. Das Kommando über den gesamten Heerhaufen wird dem kurbaierischen Hauptmann Matthias Mayer übertragen. Er weigert sich und übernimmt den Oberbefehl erst nach massivem Druck. Zum Unterkommandanten wird Leutnant Johann Houis ernannt. Die Schützen führt der „Jägeradam“ Schöttl, die Reiterei der Tölzer Pflegskommissär Joseph Ferdinand Dänkel an. Als am Abend ungünstige Nachrichten aus München eintreffen, wollen Hauptmann Matthias Mayer und eine ganze Reihe von Beamten das ganze Vorhaben abblasen. Doch Pflegskommissär Dänkel, Kriegskommissär Fuchs und der Münchner Weinwirt Jäger setzen sich mit aller Kraft für den „Marsch nach München“ ein.

25. Dezember 1705 – Die Aufständischen in Untersending sind vollkommen eingeschlossen

Untersending * Gegen 10 Uhr sind die Aufständischen in Untersending vollkommen eingeschlossen. Angesichts der anrückenden Kaiserlichen Armee ergreift der Student Anton Passauer die Flucht. Der Jägerwirt Johann Jäger aus München legt sich als Kranker in der Wirtschaft ins Bett. In dieser Notsituation wird Hauptmann Matthias Mayer wieder das



Oberkommando der Aufständischen-Armee übertragen. Ihm bleibt nur noch die undankbare Aufgabe, sein eigenes und das Leben seiner Mitstreiter zu retten. Dazu lässt er Chamade schlagen und durch einen Tambour an Generalwachtmeister Georg Friedrich von Kriechbaum melden, dass sich die Führer auf „Gnade oder Ungnade“ ergeben. Er bittet zudem, den Bauern das Leben zu schenken. General von Kriechbaum fordert daraufhin die Anführer der Oberländer auf, ihre Waffen niederzulegen. Als Matthias Mayer, Johann Clanze und Landleutnant xxxxx Heller das Dorf verlassen, drängen auch die Bauern hinter ihnen auf das freie Feld, legen ihre Waffen nieder und bitten um Gnade. Die Kaiserliche Kavallerie stürzt sich nun aber auf die Wehrlosen und haut sie nieder. Im Anschluss daran feuert die Infanterie auch noch zwei oder drei Salven in den Haufen. Diejenigen, die noch leben oder fliehen können, werden von den Kaiserlichen gnadenlos verfolgt und niedergestreckt. Selbst die Kirche ist kein sicherer Zufluchtsort.

8. Januar 1706 – Das Massaker von Aidenbach

Aidenbach * Das Massaker von Aidenbach beginnt. Die Unterländer werden niedergeschlagen. Freiherr von Gemmel berichtet: „Es haben sich aber die Rebellen, ehe man die Höhe gar besteigen können, gleichsam in dem Augenblick, ohne Verlierung des geringsten Feuers, in den hinter sich gehabt Wald gezogen; ihr Kommandant und andere Offiziere sind, gleich wie sie schelmischer Weise ihr rebellisches Kommando angetreten, wieder solchergestalten auf ihren Pferden mit der wenig gehaltenen Kavallerie durchgegangen und haben ihre Hauptarmee im Stich gelassen, welche der verbitterte Soldat sowohl zu Pferd als zu Fuß sogleich umringt und in den Wäldern und Feldern aufgesucht, alles, was sich nur blicken lassen, gegen einen wenigen Widerstand solchergestalten niedergemacht und massakriert, daß der wenigere Teil davongekommen. Teile von ihnen haben sich in einige unweit von dieser Niederlage gelegene Bauernhäuser retiriert und sonderbar aus einem auf die Kaiserlichen mit kleinem Gewehr stark Feuer gegeben, daher diese Häuser sämtliche in Brand gesteckt und was nicht darinnen verbrennen, sondern entlaufen wollen, ohne Unterschied niedergemacht worden ist.“ Der Volksaufstand bricht zusammen.

5. August 1714 – Die Vision der Maria Anna Lindmayr

München * Die erste schriftliche Niederlegung der Vision der Maria Anna Josepha a Jesu Lindmayr stammt von diesem Tag und wird von der Lindmayrin selbst verfasst. Im „Gelübde der drei Stände“ vom 17. Juli 1704 wird die Vision nicht einmal erwähnt. Das zeigt wie falsch es ist, dass auch in der aktuellen Literatur immer wieder darauf hingewiesen wird, dass der Bau der



Dreifaltigkeitskirche und das damit verbundene Gelöbnis der drei Münchner Stände „zur Abwehr der Zerstörung Münchens im Spanischen Erbfolgekrieg“ auf Veranlassung der Maria Anna Lindmayr erfolgt sei.

31. März 1751 – Eine weitere Ausnahme vom Schankverbot

Au * In einem Mandat erteilt Kurfürst Max III. Joseph den „PP. Paulanern zu Closter Neudeckh ob der Au“ eine weitere Ausnahme vom Schankverbot. Sie dürfen am Festtag des Ordensgründers, am 2. April, und der anschließenden Oktav, insgesamt acht Tage, „denen zu ihrem Closter kommenden Leuthen in Flaschen und kleinen gschürln einen Drunckh braunes Bier abgeben“. Da Frauen der Zutritt ins Kloster verwehrt ist, beauftragen diese Buben, die ihnen das Getränk in Krügen holen. Das Ordensfest hatte eine große Anziehungskraft, seit Kurfürst Max III. Joseph und sein Hof mit großem Gefolge in die Au fährt.

12. März 1787 – Gräfin Maria Josepha von Toerring-Seefeld überspannt den Bogen

Untergiesing * Der Gräfin Maria Josepha von Toerring-Seefeld werden alle Forderungen gebilligt. Voraussetzung ist allerdings die Erfüllung von zwei Auflagen. Zum einen muss die Gräfin die dem Landrichter und dem Amtsknecht entgangenen Einnahmen in Höhe von 175 Gulden im Jahr ersetzen, zum anderen die Inleute der Falkenau gegen den herkömmlichen Lohn zur kurfürstlichen Jagdlust sowie zur Räumung der kurfürstlichen Fischweiher gebrauchen lassen. Dagegen wehrt sich die Gräfin und verlangt nun ihrerseits die Überlassung des Paulanerstocks in der Au. Damit jedoch verärgert die Gräfin Maria Josepha von Toerring-Seefeld den Kurfürsten und die den Vorgang bearbeitende Administration massiv. Sie kann nichts mehr erreichen und versucht nun, die Hofmark Falkenau an den Landesherren zu veräußern. Dafür verlangt sie 45.000 Gulden und begründet den Preis mit dem Argument, dass das Anwesen durch die Jurisdiktion so wertvoll geworden sei. Sie vergisst geflissentlich zu erwähnen, dass sie selbst genau diesen Preis bei ihrem Kauf bezahlen musste. Am kurfürstlichen Hof empfindet man diese Preisvorstellungen als ungehörig hoch - und geht deshalb gar nicht darauf ein. Statt dessen wird ein Untersuchungsverfahren eingeleitet, ob bei der Verleihung der Hofmarksrechte denn wirklich alles mit rechten Dingen zugegangen war.

21. Juli 1790 – Gegen die Danksagung der Münchner Bürgerschaft an den Kurfürsten

München * Der Rat der Stadt befasst sich mit der gedruckten Danksagung der Münchner



Bürgerschaft an den Kurfürsten. Der Magistrat verwehrt sich in keinsten Weise gegen einen Dank für die neue Armeneinrichtung oder die Militärakademie, lehnt aber eine generelle Danksagung ab. Außerdem sollte die Danksagung aus eigenem Antrieb erfolgen und nicht „durch einen besonderen Auftrag“.

15. September 1796 – Die Bauarbeiten für die heutige Rumfordstraße beginnen

München-Isarvorstadt * Graf Rumford lässt durch Militärkolonnen mit Arbeiten an einer Ringstraße, die heutige Rumfordstraße, beginnen. Er will das Gelände im unmittelbaren Vorfeld der Wälle räumen und zur leichteren Umfahrung der Stadt eine breite, verkehrstüchtige Straße anlegen lassen. Noch bevor die Besitzer protestieren und ihre bewegliche Habe in Sicherheit bringen können, werden die auf der geplanten Trasse liegenden Gartengrundstücke enteignet. Nicht einmal die Ernte ihrer Anpflanzungen dürfen sie noch einholen. So entsteht vor den Stadttoren die erste Umfahrung Münchens. Weil die Ringstraße als militärisch Straßenanlage begründet worden war, wehrt sich der Magistrat erfolgreich gegen jede finanzielle Beteiligung. Auch, als man die Straßenanlage als wesentlichen Beitrag zur Verschönerung Münchens ansah.

18. August 1800 – Die Münchner Revolutionäre wenden sich an Marschall Moreau

München * Weil die - von überkommenen Voraussetzungen ausgehenden - Münchner Revolutionäre von dem Gesprächsergebnis mit General Decaën nicht einverstanden sind, wenden sie sich wenige Tage später an Decaëns Vorgesetzten, den Oberbefehlshaber Marschall Jean-Victor-Marie Moreau. Der Franzose empfängt die Delegation, nimmt aber - bestürzt von der Entschlossenheit der Münchner Bürger - Kenntnis von deren Vorhaben, dem Kurfürsten und seiner Familie die Rückkehr nach München zu verwehren und dafür eine Tochterrepublik unter französischer Protektion zu errichten. Marschall Moreau gibt zu Bedenken, dass er nach Baiern geschickt worden sei, um den Feind zu bekämpfen und nicht, um eine Republic zu gründen. Man sollte deshalb die Revolutionspläne doch noch einmal reiflich überdenken. Das war freilich genau das, was die hochmotivierten Revolutionäre nicht hören wollten.

20. August 1800 – Der Plan eines republikanischen Umsturzes ist gescheitert

München * Als die Münchner Bürger-Delegation Moreau nochmal aufsuchen will, lässt er sie nicht mehr vor. Verärgert lässt ihnen der französische Oberbefehlshaber ausrichten, er würde sie, falls



sie ihn nochmal belästigen sollten, die Treppe hinunterwerfen lassen. Schroffer kann die Abfuhr nicht ausfallen. Die französische Besatzungstruppe hat kein Interesse an einer Kooperation mit den Rebellen. Gegenüber dem Münchner Bürgerwehr-Kommandanten Felix Joseph Lipowsky ruft Moreau aus: „Mein Gott! Man weiß nicht was man will! Eine Republik kostet viel Blut, wir haben sie“. Damit ist der Plan eines republikanischen Umsturzes gescheitert. Scheinbar ist die Unzufriedenheit über die kurfürstliche Politik doch nicht so stark und so verbreitet, dass sie eine Aufstandsbewegung wirklich getragen hätte.

25. Januar 1802 – Dekret zur Aufhebung der Bettelordensklöster in Baiern

Kurfürstentum Baiern * Das kurfürstliche Dekret zur Aufhebung der Bettelordensklöster in Baiern beginnt mit der Feststellung, dass die Bettelorden die „Fortpflanzung des Aberglaubens und der schädlichen Irrtümer“ begünstigen und die Entstehung und Entwicklung „richtiger Begriffe der moralischen Bildung im Volke“ verhindern, weshalb die fortdauernde Existenz der Mendikantenklöster zwecklos und schädlich für die Bürger ist. In Altbaiern sind davon einundneunzig derartige kirchliche Einrichtungen betroffen. In München sind folgende Bettelorden betroffen: Kapuziner, Franziskaner, Karmeliten, Karmelitinnen, die Benediktinerinnen am Lilienberg, die Paulanerinnen im Lilienthal und das Pütrichkloster. Zur zweckmäßigen Einrichtung der Bürger- und Landschulen wird ein Schulfonds eingerichtet, der aus dem Vermögen der aufgehobenen Orden gebildet wird, da es an anderweitigen staatlichen Mitteln mangelt. Zur sofortigen Verminderung der Insassen werden alle Ausländer, das heißt, die nicht in Pfalzbaiern geborenen Klostermitglieder, in ihre Heimat geschickt, die Laienbrüder in die Prälatenklöster versetzt und Kleriker, die noch keine Profeß abgelegt haben, entlassen. Neuaufnahmen und das Überwechseln von Ordensangehörigen in andere Klöster wird streng untersagt. Priestermonche können unter bestimmten Voraussetzungen in den Weltpriesterstand übertreten, was dem Staat die Pensionskosten einsparen hilft. Alle übrigbleibenden Klosterindividuen sollen in Zentralklöster - in Wirklichkeit Aussterbeklöster - ihres Ordens verbracht werden. Außerdem ist den Franziskanern künftig nur noch Predigt und Beicht hören in der eigenen Ordenskirche erlaubt, jedoch keinerlei Seelsorgeaushilfe. Dazu unterstehen sie der verschärften Aufsicht der zuständigen Landrichter. Als Unterhalt für die Franziskaner setzt man, da ihnen das Almosensammeln verboten worden ist, jährlich 125 Gulden fest, zahlbar aus dem Vermögensfonds der nichtständischen Klöster. Der Inhalt des Aufhebungsdekretes wird öffentlich nicht bekannt gemacht. Die ganzen Vorbereitungen der staatlichen Klosteraufhebungen laufen bis zur Ausführung im Wesentlichen geheim. Das verstärkt die Unsicherheit und lässt jede Gegenwehr erlahmen. Ebenfalls besteht Unkenntnis über die Befugnisse der eingerichteten Spezialkommission. Ausgenommen vom



kurfürstlichen Aufhebungs-Dekret der Bettelordensklöster sind - aufgrund ihrer Tätigkeit in der Krankenpflege beziehungsweise im Schulwesen - die Klöster der Barmherzigen Brüder sowie der Englischen Fräulein und der Elisabethinerinnen. Das Kloster der Ursulinen in München wird mit den Nonnen de Notre Dame in Nymphenburg vereinigt. In der Haupt- und Residenzstadt München gibt es nur ein ständisches Kloster: das Klarissen-Kloster zu Sankt Jakob am Anger.

1804 – Die kurfürstliche Leibjägerei soll in das Hieronymiten-Kloster

München-Lehel * Die Regierung hat beschlossen, in den ehemaligen Klostergebäuden der Hieronymiten die kurfürstliche Leibjägerei und die Gewehrkanzlei unterzubringen.

1805 – Großzügige Befreiung vom Wehrdienst für das Bürgertum

München * Die Gesetze zur Ergänzung des stehenden Heeres von 1805 und 1812 gestatten dem Bürgertum großzügige Befreiung vom Wehrdienst.

7. Juni 1805 – Das Kurfürstentum Bayern führt die Wehrpflicht ein

München * Das Kurfürstentum Bayern führt die Wehrpflicht ein. Diese gilt jedoch nicht für alle Bayern, denn die Gesetze zur Ergänzung des stehenden Heeres aus den Jahren 1805 und 1812 gestatten dem städtischen Bürgertum „großzügige Befreiung vom Wehrdienst“.

1. Januar 1806 – Die Proklamation des Königreichs Bayern

München * Der Landesherr Joseph von Stürmer verliest an verschiedenen Orten der Stadt die Proklamation des Königreichs Bayern und bringt ein Hoch auf König Max I. Joseph aus. Eskortiert wird er von dreißig berittenen Angehörigen der Bürgerwehr.

2. Januar 1806 – Ein Militärspektakel mit erbeuteten Waffen

München * Ein ursprünglich für den Neujahrstag geplantes Militärspektakel muss wegen der Königsproklamation auf den 2. Januar verlegt werden. Dabei werden Kanonen, Gewehre und Fahnen präsentiert, die einst von kaiserlichen Soldaten als Trophäen nach Wien gebracht und



nun von Napoleon als Zeichen der Verbindung von Frankreich und Bayern sowie der gemeinsamen Abgrenzung gegenüber Österreich im Triumph zurückgeführt worden waren.

3. April 1807 – Mandat zur Neuorganisation des Bürgermilitärs

München * Das „Mandat über die Uniformierung und Organisation des bürgerlichen Militärs in den Städten, Flecken und Märkten des Königreichs“ wird erlassen. Es bildet eine allgemein verbindliche Rechtsgrundlage für den Wach- und Sicherheitsdienst des Bürgermilitärs, denn bisher hatten die Bürger diese Aufgabe ja freiwillig erfüllt. Wichtigster Punkt für den Staat ist die neue allgemeine Musterungspflicht aller Bürger zum Bürgermilitär. Untaugliche müssen eine Wehersatzgebühr bezahlen. Als Gegenleistung gesteht der Staat den Offiziers- und Unteroffizierskorps der einzelnen Waffengattungen des Bürgermilitärs ihre Ergänzung und Beförderung zu höheren Chargen zu. Über die Aufgabe des Bürgermilitärs sagt das Mandat folgendes: „[...] Nie kehrt der Bürger seine Waffen gegen den äusseren Feind. Seine Bestimmung bleibt ausschliessend, den friedlichen, rechtlichen Einwohner zu beschützen, und die Wirkungen des Gesetzes gegen polizeiliche Vergehungen und das Verbrechen zu unterstützen. Er übernimmt demnach bei dem Abzuge der Feldregimenter aus den Garnisonen den Dienst daselbst, besorgt denselben in jenen Städten, wo keine gewöhnliche Garnison liegt, für beständig, um durch auszusendende Sicherheits-Patrouillen die Umgebungen vor allem, der öffentlichen Ruhe und Sicherheit gefährlichen Gesindel rein zu halten.“ Das unmittelbare Kommando über das lokale Bürgermilitär hat der jeweils ranghöchste beziehungsweise rangälteste Bürgeroffizier. Dieser untersteht wiederum in einer Garnisonsstadt der militärischen Stadtkommandantschaft, ansonsten dem zivilen Landrichter oder Polizeidirektor. Der Vorschlag für ein Pferderennen aus Anlass der Kronprinzenhochzeit (1810) kommt aus den Reihen der Königlich-Baierischen Nationalgarde III. Klasse. Diese entwickelte sich aus dem Städtischen Wehrwesen. Dieses Münchner Bürgermilitär gehört nicht im eigentlichen Sinne zur Münchner Garnison. Die traditionelle Abgrenzung von Armee und Bürgertum beziehungsweise von Garnison und Bürgerwehr bleibt bis weit ins 19. Jahrhundert bestehen.

1809 – Die freiwillige Bürgerwehr wird in die Nationalgarde eingegliedert

München * Durch eine Neuorganisation des Militärs wird die bisher freiwillige Bürgerwehr nach französischem Vorbild in die dreigliedrige Nationalgarde eingegliedert. Die Nationalgarde I.



Klasse bildet das Stehende Heer, die II. Klasse wird zur Landesverteidigung innerhalb des Königreichs verpflichtet. Die Nationalgarde III. Klasse ist die ehemalige Bürgerwehr. Sie untersteht jetzt den staatlichen Behörden für polizeiliche Aufgaben. Seit dem Spätmittelalter hatte die Bürgerwehr in zunehmenden Maße repräsentative Funktionen bei festlichen Anlässen der Städte und des Fürstenhauses wahrgenommen. Die vornehmsten Aufgaben - Ehrengeliebt und Ehrenwache für höchste Herrschaften blieb der Bürger-Kavallerie vorbehalten. Eine Kavallerie-Division gibt es - neben dem Invanterie-Regiment und der Artillerie-Kompanie - auch in München. Sie wird unter ihrem Major Andreas von Dall'Armi das Pferderennen aus Anlass der Hochzeit von Kronprinz Ludwig I. und Prinzessin Therese von Sachsen-Hildburghausen austragen. Eine „Schicki-Micki-Armee“.

28. September 1810 – Der Lohnkutscher Franz Baumgartner schlägt ein Pferderennen vor

München * Der Münchner Lohnkutscher Franz Baumgartner, der in der Kavallerie-Division der Nationalgarde III. Klasse seine Wehrpflicht als Unteroffizier ableistet, schlägt - neben den vom Staat ausgerichteten und finanzierten Hochzeitsfeierlichkeiten - ein Pferderennen vor.

1811 – Städtische Mitfinanzierung der Rumfordchaussee abgewehrt

München-Isarvorstadt * Der Staat verzichtet auf eine städtische Mitfinanzierung der Ringstraße. Die Rumfordchaussee war anno 1796 als militärische Straßenanlage gebaut worden, weshalb sich der Magistrat erfolgreich gegen jede finanzielle Beteiligung wehrte. Auch als man die Straßenanlage als wesentlichen Beitrag zur Verschönerung Münchens ansah.

Oktober 1811 – Die Nachbarschaft von Kaserne und Anna-Klosterkirche bietet Anlass zu Klagen

München-Lehel * Die unmittelbare Nachbarschaft von Kaserne und Anna-Klosterkirche bietet manchen Anlass zu Reibereien und Klagen. Im Herbst 1811 wird das Generalkommando München ermahnt, dafür zu sorgen, dass den Bewohnern des Lehels der Zutritt zu ihrer Pfarrkirche nicht durch Militärangehörige, insbesondere Chevaulegers, verwehrt wird. Um den Kircheneingang zu sichern, grenzt man ihn beiderseits mit einem Zaun gegen den Kasernenbereich ab.



1812 – Der Streit um die Zugehörigkeit der Irrenanstalt

Vorstadt Au - Untergiesing * Nach der Trennung der Lohe und der Falkenau von der Vorstadt Au bleibt die Irrenanstalt zunächst innerhalb der Auer Gemarkung. Dagegen protestiert die Anstaltsverwaltung und erreicht die Zuordnung zur Gemeinde Giesing. Da jedoch das königliche Landgericht München, „das wegen der verhaßten und gegen dessen Willen erwirkte allerhöchst genehmigten Trennung der Loh und Falkenau immer feindselig für die Gemeinde Giesing gestimmt war“, darüber keinerlei Aufzeichnungen führt, kommen die Auer - clevere Vorstädter mit viel Phantasie im Geldeintreiben - dreißig Jahre später auf die Idee, von den Giesingern die Rückvergütung von 1.515 Gulden für den Malzaufschlag zu verlangen, die die Gemeinde Giesing - nach Auffassung der Auer - seit über zehn Jahren zu Unrecht erhalten hat. Diese Biersteuer muss - für das in der Anstalt ausgeschenkte Bier - an die zugehörige Gemeinde bezahlt werden. Die Giesinger wehren sich dagegen.

1815 – Der Große Wasserfall wird von Menschenhand erschaffen

München-Englischer Garten - Lehel * Der Große Wasserfall an der Kreuzung des Schwabinger Bachs und des Eisbachs wird geschaffen. Seither stürzen die durch ein Stauwehr zurückgehaltenen Wassermassen über von Menschenhand platzierte Felsen. Die Szenerie erinnert an ein romantisches Landschaftsgemälde.

18. Mai 1818 – Gemeinden kaufen Land um Ansässigmachung zu verhindern

München - Königreich Baiern * Das Gemeindeedikt vom 17. Mai bewirkt, dass sich die Gemeinden nach Außen hin abschließen und sich insbesondere gegen kinderreiche Familien und Nachwuchs erwartende junge Paare wehren. Das selbst dann, wenn diese Bewerber über ein ausreichendes Einkommen verfügen. Zur Vermeidung von Ansässigmachungen kaufen Gemeinden sogar Land auf. Bereits ansässigen Gemeindemitgliedern wird häufig die Wiederverheiratung versagt, wenn in der künftigen Ehe mit Kindern zu rechnen ist.

1825 – Bevölkerungsvermehrung und Gewerbeverfassung angestrebt

Königreich Baiern * Eine seit Jahren anhaltende Diskussion über die zu ergreifenden Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Finanzen und damit einer Abwehr eines Staatsbankrotts sowie die Anhebung des allgemeinen Wohlstands führen zum Wunsch nach



einer Vermehrung der Bevölkerungszahl und der Liberalisierung der Gewerbeverfassung.

29. Oktober 1825 – Die Königin-Witwe Caroline lebt im neuen Schloss Biederstein

Schwabing * König Ludwig I. teilt - ohne vorher mit der Betroffenen gesprochen zu haben - dem Magistrat von München mit, dass die Königin-Witwe Caroline künftig in Würzburg leben wird. Die Königin-Witwe wehrt sich dagegen und lebt bis zu ihrem Tod mit ihrem Hofstaat im neuen Schloss Biederstein.

24. Dezember 1830 – Nächtliche Ruhestörungen durch Studenten

München * Bis zum 29. Dezember kommt es in München zu nächtlichen Ruhestörungen durch Studenten. Gegen diese sogenannten „Dezember-Unruhen“ werden auf königlichen Befehl hin Landwehr und Linientruppen eingesetzt.

1832 – Kein regelmäßiger Schulbesuch möglich

Vorstadt Au * Die Elementarschulen der Vorstadt Au sind mit insgesamt 1.207 Schülerinnen und Schülern stark überfüllt. Ein großer Teil der Kinder stammt aus armen Familien, deren Eltern ihren Lebensunterhalt als Tagelöhner verdienen. Da die jüngeren Geschwister während der Arbeitszeit der Eltern von den älteren Kindern betreut werden müssen, bleibt diesen oftmals der regelmäßige Schulbesuch verwehrt. Auf diese Weise werden Bildungsdefizite und soziale Benachteiligung von Generation zu Generation weitergegeben.

19. Januar 1832 – Der Verein zur Abwehr von staatlichen Eingriffen in die Pressefreiheit

Bubenhausen * Auf Initiative von Johann Georg August Wirth gründet sich in Bubenhausen der „Preß- und Vaterlandsverein zur Abwehr von staatlichen Eingriffen in die Pressefreiheit“. Mit ihm will er die Arbeit der liberalen Journalisten unterstützen. Durch eine freie, unzensurierte Presse sollte die öffentliche Meinungsbildung bis hin zur grundlegenden Staatsveränderungen geschaffen werden. Der Verein sollte den Journalisten und ihren Familien ein festes Einkommen sichern und Vertriebswege schützen.

1. März 1832 – Der Preß- und Vaterlandsverein wird verboten



München * Der Preß- und Vaterlandsverein zur Abwehr von staatlichen Eingriffen in die Pressefreiheit wird verboten. Johann Georg August Wirth wird zwei Wochen später wegen Hochverrats verhaftet.

1840 – Die alte Mariahilf-Kirche wird abgebrochen

Vorstadt Au * Die alte Mariahilf-Kirche wird abgebrochen. Die Mauern werden zum Bau des Muffatwehres verwendet.

9. Mai 1843 – Die Frauen vom guten Hirten kaufen das Schlösschen Haidenau

Haidhausen * Die selbstständige Gemeinde Haidhausen schließt mit dem Münchner Privatier Willibald Brodmann einen provisorischen Kaufvertrag für das Schlösschen Haidenau., um dort ein Krankenhaus zu erbauen. 9.200 Gulden soll das Anwesen kosten. Doch gegen diese Pläne wehren sich die Frauen vom guten Hirten. Sie werden von König Ludwig I. unterstützt. Deshalb tritt der Nonnenorden mit Willibald Brodmann in Verhandlungen und überbietet das Preisgebot der Gemeinde Haidhausen um 800 Gulden. Das Schloss Haidenau wird danach umgehend abgerissen.

1844 – Das Maderbräuschlössl entsteht

Berg am Laim * In Berg am Laim lässt der Münchner Brauer Joseph Lochner das sogenannte Maderbräuschlössl errichten. Es befindet sich ungefähr auf Höhe des heutigen Piusplatzes, nahe der Kreuzung von Aschheimer Straße und Haager Straße. Lochner gelangt 1844 durch die Heirat mit der Witwe des letzten Besitzers in den Besitz der Maderbrauerei im Tal. Da Michael Neher das Schlösschen bereits 1850 auf zwei Ölgemälden festhält, dürfte es zwischen 1844 und 1850 entstanden sein. Ein genaues Baujahr ist bislang nicht bekannt. Das neugotische Gebäude erinnert mit seinem Erker, dem Türmchen und den wehrhaft wirkenden Formen an eine kleine Ritterburg. Wer den für seine Zeit ungewöhnlichen Bau entwirft, ist nicht überliefert. Heute ist das Maderbräuschlössl vollständig verschwunden. Auch der Zeitpunkt seines Abbruchs lässt sich nicht sicher bestimmen. Gemälde von Michael Neher und August Seidel sowie historische Pläne bewahren jedoch das Aussehen und den Standort des Gebäudes vor dem Vergessen.



2. September 1847 – Das Geschäft mit dem Adelsdiplom für Lola Montez

München * Wenn Freiherr Georg Ludwig von Maurer schon das Adelsdiplom für Lola Montez unterzeichnen soll, will er wenigstens daraus ein Geschäft machen und retten, was zu retten ist. Er selbst will zum Reichsrat befördert werden und seinem Sohn Konrad will er durch den Ruf an die juristische Fakultät der Universität die Zukunft sichern. Der Titel eines Reichsrats wird Minister Maurer zwar verwehrt, aber sein Sohn Konrad erhält an diesem 2. September 1847 eine außerordentliche Professur der Rechte.

1848 – Im Münchner Löschwesen herrschen primitivste Verhältnisse

München * Während in Bayern bereits 173 gut ausgebildete Feuerwehren vorhanden sind, herrschen in München die primitivsten Verhältnisse. Das Münchner Löschwesen besteht einerseits aus der städtischen Feuerwache, die durch städtische Arbeiter im Nebenamt gebildet wird, und andererseits aus den kgl. Feuer-Piquetts, die die königlichen und militärischen Liegenschaften schützen. Der Polizeidirektor ist gleichzeitig der Kommandant der Löschmannschaft.

1848 – Das Bauerntum als staatstragende Schicht

München * Nach der Revolution von 1848 betrachten die politischen Führungskräfte das Bauerntum als staatstragende Schicht und unterstützen und fördern dieses, während sie den Auswirkungen des Fabrikwesens - Proletarisierung der Arbeiter und Niedergang alter Handwerksbetriebe - sehr widersprüchlich gegenüberstehen. Und tatsächlich bildet das traditionell wirtschaftende Bauerntum und die dörfliche Sozialverfassung eine starke Abwehrfront gegen alle Einflüsse der Industrialisierung.

4. März 1848 – Die Stürmung des Zeughauses

München * An diesem Faschingssamstag kommt es zur Stürmung des Zeughauses. Mehrere Gerüchte machten in München die Runde. Ein Gerücht lautet: „Der König hat alles zurückgenommen. Er will von den Bürgern nichts mehr wissen“. Ein anderes spricht von bewaffneten Bauern, die vor den Stadttoren lauern. Sie „wollen die Regierung stürzen und in der Stadt sengen und brennen“. Um 14 Uhr wird bekannt, dass die Landwehr mit dem sogenannten Generalmarsch mobilisiert worden ist. Damit ist faktisch der



Ausnahmestand ausgerufen. In dieser Stimmung aus Angst vor einem militärischen Übergriff oder vor anarchischen Zuständen durch Vorstädter aus der Au oder Haidhausen, kommt es an zur Stürmung des Zeughauses. Das Korn- und Geschützhaus am Jakobsplatz, dem heutigen Stadtmuseum, wird ohne Blutvergießen gestürmt und die Waffen aller Gattungen ausgegeben. Der mehrere Tausend Menschen umfassende und bewaffnete Demonstrationsschritt zieht bis zum Promenadeplatz, wo sich das bewaffnete Bürgertum mit der dort versammelten Landwehr vereinigen will. Doch zwischen den beiden Lagern hat inzwischen das Militär mit schwerer Ausrüstung und vier Kanonen Stellung bezogen. In dieser angespannten Situation erscheint rechtzeitig Prinz Carl, der Bruder des Königs und seit 1841 bayerischer Feldmarschall. Er kann die Situation mit der Aussage beruhigen, dass die Stände bereits zum 16. März einberufen werden. Erstaunlicherweise reicht den Münchnern diese - eigentlich lächerliche - Zusage. Sie legen die Waffen nieder und bringen das Kriegswerkzeug brav wieder zurück ins Korn- und Geschützhaus.

18. Oktober 1848 – Plünderung und Verwüstung der Pschorrbrauerei

München-Hackenviertel * Die Aufständischen verwüsten Pschorrs Wirtshaus, die Brauerei und den Fuhrpark. Während aus geöffneten Fässern Freibier fließt, dringen kleinere Gruppen in die oberen Stockwerke ein und plündern die Privatwohnung des über München hinaus bekannten Brauers. Aus acht aufgerissenen Fenstern werfen sie Geschäftsbücher, Schmuck, Bilder und nahezu den gesamten biedermeierlichen Hausrat auf die Straße: eine Wiege, eine Standuhr, Tische, Stühle, ein Kanapee, einen Flügel, Bücher und Bettzeug. Auf der Straße kommt es zu Kämpfen um das Plündergut. Alles, was sich noch verwenden oder verkaufen lässt, wird fortgetragen. Etwa eine Stunde lang können die Plünderer nahezu ungehindert vorgehen. Auf der zeitgenössischen Darstellung ist die Familie Pschorr nicht zu sehen. Sie versteckt sich noch vor dem ersten Ansturm unter einer Treppe und entgeht so den Angreifern. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite, nahe dem Karlstor, steht währenddessen Leutnant Moritz Freyschlag mit 25 bewaffneten Linien Soldaten. Die Einheit greift nicht ein. Der Offizier erklärt später, es sei „kein anderweitiger Befehl vorhanden“ gewesen. Ähnlich zurückhaltend verhalten sich die fünf in München stationierten Linienregimenter sowie Tausende Angehörige der Bürgerwehr und der Freikorps. Auch sie erhalten nach eigener Aussage „keinerlei diesbezügliche Befehle“. Erst eine entschlossen vorrückende Einheit der Landwehr beendet die Plünderung. Dabei widersetzt sich ein Schuhmachergeselle gewaltsam dem Eingreifen der Soldaten. Ein Kopfschuss trifft ihn tödlich; er stirbt noch am Ort des Geschehens. Pschorr beziffert den entstandenen Schaden auf 23.000 Gulden. Nach einer groben Kaufkraftschätzung entspricht dies heute einem Betrag von mehr als einer halben Million Euro. Infolge der schweren Verwüstungen



verliert die Pschorrbrauerei ihre führende Stellung unter den Münchner Brauereien.

20. Oktober 1848 – Die Presse fordert eine Erklärung

München * Auch die Münchner Presse übt scharfe Kritik am Verhalten der Behörden und des Militärs. Eine Zeitung fragt: „Wie ist es möglich, daß in einer Haupt- und Residenzstadt mit 5.000 Mann regulären Militärs, mit einigen Tausenden Landwehrmännern ein Haufen Besoffener plündert, raubt und zertrümmert, wo und solange es ihnen gefällt? Warum hat der Offizier, welcher vor dem Pschorrbräu mit ungefähr dreissig Mann gestanden, als die Greuel in demselben verübt wurden, keinen Befehl zum Einschreiten gegeben? Warum hat man nicht gleich den Generalmarsch geblasen?“ Mit dem Generalmarsch hätten sämtliche in München stationierten Truppenteile alarmiert werden können. Die Fragen der Zeitung bringen das Unverständnis vieler Bürger über die Untätigkeit der militärischen und polizeilichen Führung zum Ausdruck. Warum die vorhandenen Kräfte nicht rechtzeitig eingreifen, bleibt umstritten.

1849 – Eine Turner-Feuerwehr wird gegründet

München * Eine Turner-Feuerwehr wird gegründet. Es ist der erste Versuch, in München ein organisiertes Löschwesen mit eingeübter Mannschaft ins Leben zu rufen.

26. Februar 1850 – Der Vorläufer der Münchner Feuerwehr wird schon wieder aufgelöst

München * Da Turnvereine seit dem in diesem Jahr verabschiedeten Vereinsgesetz als politische Zusammenschlüsse gelten, wird der Vorläufer der Münchner Feuerwehr schon wieder aufgelöst. Ihr Vermögen, ihre Geräte und ihr gesamtes Inventar fallen der Stadt zu. Der alte Schlendrian geht weiter.

1851 – Eine Studie zur Neuorganisation des Löschwesens

München * König Max II. gibt eine Studie zur Neuorganisation des Löschwesens in Auftrag.

Mai 1854 – Die letzte Hinrichtung mit dem Handschwert



München-Angerviertel * Der Scharfrichter Lorenz Schellerer vollzieht auf dem Heumarkt, dem heutigen Rindermarkt, die letzte Hinrichtung mit dem Handschwert. Die sich heftig wehrende Gattenmörderin kann den Schlägen des Henkers mehrmals ausweichen. Er braucht sieben Hiebe, „bis sich ihr Kopf vom Rumpfe trennt“. Die Menschenmenge ist aufgebracht und muss mit Gewalt zurückgedrängt werden. Lorenz Schellerer bedient danach die ausschließlich zum Einsatz kommende Guillotine.

1859 – In der Tuchfabrik Roeckenschutz an der Wurzerstraße bricht ein Feuer aus

München-Graggenau * In der Tuchfabrik des Johann Nepomuk Roeckenschutz an der Wurzerstraße bricht ein Feuer aus, „bei dem sich die Münchner Löschverhältnisse in aller Jämmerlichkeit“ zeigen.

1859 – Johann Georg Landes gründet die Landes Maschinen- und Kesselfabrik

München-Haidhausen * Johann Georg Landes gründet die J. G. Landes Maschinen- und Kesselfabrik, Eisen- und Metallgießerei. Die Firma stellt Erzeugnisse des Maschinenbaues her und spezialisiert sich später auf Wasserturbinen, Schleusen- und Wehranlagen. Das Unternehmen ist bis zum Zweiten Weltkrieg tätig. Johann Georg Landes richtete „aus Fürsorge um das Wohl ihrer Arbeiter“ eine firmeneigene Betriebskrankenkasse ein. Die Höhe der Unterstützungsleistung richtet sich nach der Lohngruppe. Um das Leistungsrisiko zu vermindern, knüpfen die Kassen oft die Auszahlung von Krankengeld an gewisse Bedingungen. In der Satzung des Krankenvereins der Maschinenfabrik J. G. Landes heißt es: „Auf Unterstützung hat aber kein Mitglied Anspruch, so lange dasselbe wirklich Arbeit verrichtet, nur Medizin gebraucht, oder sich Krankheit und Arbeitsunfähigkeit durch Exzeß, Rauferei oder unordentlichen Lebenswandel [durch übermäßiges Trinken oder syphilitische Krankheiten] zugezogen hat.“

1860 – Die Gründungsversuche für eine Münchner Feuerwehr scheitern

München * Der neu gegründete Münchner Männerturnverein versucht die Gründung einer Freiwilligen Feuerwehr. Gleichzeitig befasst sich der Magistrat mit der Gründung einer bezahlten und kasernierten Feuerwehr. Beide Projekte werden abgelehnt.



1. Juli 1862 – Die Ramersdorfer Lüften und der Kuisl wird von Ramersdorf abgetrennt

München-Haidhausen - Ramersdorf * Trotz der Gegenwehr der Ramersdorfer Gemeindeverwaltung wird das Gebiet Auf der Ramersdorfer Lüften und jenes am Kuisl endgültig von der Gemeinde Ramersdorf abgetrennt und Haidhausen zugeschlagen.

1863 – Der Münchner Männerturnverein will eine Freiwillige Feuerwehr gründen

München * Der Münchner Männerturnverein betreibt die Gründung einer Freiwilligen Feuerwehr. Doch die bürgerlichen Entscheidungsträger lassen das Projekt erneut scheitern.

1866 – Martin Achleitner erbaut die Marienklause

München-Giesing * Erst fünfzig Jahre, nachdem die Gebrüder Achleitner im Angesicht des Todes schwören, der „heiligen Jungfrau“ eine Kapelle zu erbauen, errichtet der Sohn eines der Flößer, Martin Achleitner, die Marienklause. Auch er, der seinen Dienst als Wasserbaumeister und Aufseher am Wehr des Auer Mühlbachs ausführt, verlobt sich der Gottesmutter für „öftere Errettung aus Hochwasser- und Felssturzgefahr“. In den Jahren 1865/66 errichtet er hinter dem einsam gelegenen Schleusenwärterhäuschen die Marienklause, eine kleine Kapelle aus Holz und Grottenwerk mit einem Türmchen, in deren Altarraum sich eine Marienfigur befindet. Die Kapelle ist einerseits von den Hochwasserfluten der Isar, andererseits von Felsstürzen des Nagelfluhsteilhangs bedroht. Eng an den Isarsteilhang geschmiegt, von Bäumen, Sträuchern und Büschen schützend umgeben, ist die Kapelle den direkten Blicken entzogen. Die Marienklause ist weniger „Kunstwerk“, sondern eher ein authentisches Stück Alltagsgeschichte der Isararbeiter.

16. August 1866 – Gründung der Freiwilligen Feuerwehr in München

München * Die Freiwillige Feuerwehr München wird gegründet. 180 Münchner lassen sich als Mitglieder einschreiben. Arnold Zenetti umgehend zum ersten Vorsitzenden bestimmt. Viele Neuerungen im gesamten Löschwesen lassen sich von da an auf ihn zurückführen. Darunter fällt beispielsweise die Installierung der damals hochmodernen telegraphischen Feuermeldestationen.

16. April 1867 – Die II. Compagnie der Freiwilligen Feuerwehr München wird gegründet



München * Die II. Compagnie der Freiwilligen Feuerwehr München kann gegründet werden.

9. November 1867 – Das neue Wehrgesetz tritt in Kraft

Berlin * Das neue Wehrgesetz für den Norddeutschen Bund tritt in Kraft. Es wird nach der Reichswerdung auch auf Bayern übertragen.

30. Januar 1868 – Das neue Wehrgesetz tritt in Kraft

München * Das neue Wehrgesetz tritt in Kraft, das eine aktive Armee mit dreijähriger Dienstzeit, Reserve und Landwehr erschaffen hat und das Einstehersystem sowie die bisherige Landwehr älterer Ordnung beseitigt. Damit gibt es auch in Bayern eine wirkliche Wehrpflicht. Das Gesetz beinhaltet auch, dass Frei-Gewordene oder Untaugliche drei Jahre lang ein Wehrgeld in Höhe von drei bis 100 Gulden zu entrichten haben. Diese Regelung bleibt aber nur bis 1872 bestehen.

1. Februar 1868 – Die Geburtsstunde des Städtischen Wehramtes

München * Die magistratische Aushebungsbehörde übernimmt die Aufgaben des polizeilichen Militärbüros in München. Das ist die Geburtsstunde des Städtischen Wehramtes, das zunächst den Namen Militärkonskriptionsbureau beibehält. Es bildet den Gegensatz zum Zivilkonskriptionsbureau, dem späteren Einwohneramt. Die Heeresergänzung ist seither die wichtigste Aufgabe der Gemeinde auf militärischem Gebiete.

1870 – Arnold Zenetti wird Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr

München * Stadtbaurat Arnold Zenetti wird Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr München.

1870 – Der Mittelbereich des Neuen Rathauses wird von Bildhauern gestaltet

München-Graggenau * Der Mittelbereich des Neuen Rathauses wird von Bildhauern gestaltet. Er zeigt in Standbildern die bürgerlichen Tugenden: Gewerbefleiß, Häuslichkeit, Wehrhaftigkeit und Mildtätigkeit.



6. August 1870 – Kämpfe auch bei Wörth

Wörth * Auch in Wörth prallen die deutschen und die französischen Soldaten aufeinander. Bei Karl Graf von Rambaldi liest sich das so: „Zur Erinnerung an die Schlacht bei Wörth [...], an welcher beide bayerischen Armeekorps [...] mit Auszeichnung Anteil nahmen. [...] Heiß war der Kampf; die die Weinberge dicht besetzt haltenden Turkos und Zuaven wehrten sich grimmig; aber unaufhaltsam war das Vordringen der Deutschen und zuletzt zerstob die französische Armee in wilder Flucht. [...] Der Sieg war mit einem eigenen Verlust von 489 Offizieren und 10.153 Mann erkaufte.“

1. Januar 1872 – Die eigene bayerische Militärdienst-Gesetzgebung hört auf

Königreich Bayern * Mit dem Eintritt Bayerns in das Deutsche Reich hörte die eigene bayerische Militärdienst-Gesetzgebung auf. Das neue Wehrgesetz tritt in Bayern am 1. Januar 1872 in Kraft. Es bringt keine grundlegenden Änderungen.

30. Juli 1872 – Grundlage für die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht

München * Für das Königreich Bayern wird die Militärersatzinstruktion erlassen und damit das Militär ausgebaut. Die wesentliche Neuerung ist, dass nicht mehr nach der Heimat des Pflichtigen konskribiert wird, sondern die Kontrolle und Aushebung aufgrund von Geburtslisten und des Aufenthaltsorts erfolgen. Damit ist gegenüber dem bisherigen Verfahren, welches die Heimatzugehörigkeit in den Vordergrund stellte, eine einfachere und zuverlässigere Grundlage für die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht geschaffen.

1874 – Pferdevormusterung durch das Städtische Wehramt

München * Das Militärkonskriptionsbureau, das Städtische Wehramt übernimmt die Vorbereitung und teilweise Durchführung der Pferdevormusterung, die den Zweck hat, den Pferdebedarf der Armee im Kriegsfall sicherzustellen.

21. November 1874 – Eine Wehrordnung fürs Königreich Bayern

München * Aufgrund des Reichsmilitärgesetzes wird für Bayern eine Wehrordnung erlassen.



20. Dezember 1875 – Eine Heerordnung für das Königreich Bayern

München * Für das Königreich Bayern wird eine Heerordnung erlassen. Sie hat, wie auch die Wehrordnung, ihr Vorbild in den entsprechenden Bestimmungen für das übrige Reich.

19. Dezember 1876 – Gründung der Freiwilligen Feuerwehr in Haidhausen

München-Haidhausen * Gründung der 5. Compagnie der Freiwilligen Feuerwehr München in Haidhausen.

1877 – Arnold Zenetti beantragt die Aufstellung einer Berufsfeuerwehr

München * Stadtbaurat Arnold Zenetti beantragt die Aufstellung einer Berufsfeuerwehr.

1879 – Hauptamtliche Feuerwehrmänner beziehen das Hauptfeuerhaus

München-Angerviertel * Zwölf hauptamtliche Feuerwehrmänner, ein Telegraphist und ein Oberfeuerwehrmann beziehen das Hauptfeuerhaus am Heumarkt 13, dem heutigen Jakobsplatz. Ziel und Zweck der hauptamtlichen Wache ist: „Bei jedem im Burgfrieden der Stadt München ausbrechenden Brande in möglichster Schnelligkeit nach der Brandstätte zu eilen, und ein dortselbst ausgebrochenes Schadenfeuer wo möglich im Entstehen zu unterdrücken, oder wenn dies nicht mehr möglich ist, zu versuchen, dasselbe so lange zu beschränken, bis die Abteilungen der freiwilligen oder der städtischen Feuerwehr zur Hilfe auf der Brandstätte erschienen sind.“

1882 – Grundstück für die neue Hauptsynagoge gesichert

München-Kreuzviertel * Die Bauplatzsuche für die neue Synagoge ist von Erfolg gekrönt. Auf persönliche Intervention von König Ludwig II. stellt die Königliche Krongutsverwaltung eines der begehrtesten Grundstücke im innerstädtischen Bereich der Haupt- und Residenzstadt dafür zur Verfügung. Es kostet 348.000 Mark und ermöglicht den Bau eines freistehenden und repräsentativen Sakralbaus. Damit hat die jüdische Gemeinde erreicht, was den protestantischen Gläubigen bis zum heutigen Tag verwehrt blieb: Ein Gotteshaus innerhalb der alten Stadtmauern.



1883 – Aus der Ständigen Wache wird die Berufsfeuerwehr

München-Angerviertel * Die Ständige Wache wird in Berufsfeuerwehr umbenannt.

1. Mai 1883 – Heinrich Vogelsang erwirbt die heutige Lüderitzbucht

Deutsch-Südwestafrika * Der 22 Jahre alte Kaufmannsgehilfe Heinrich Vogelsang erwirbt im Auftrag des Bremer Tabakhändlers Adolf Lüderitz die Bucht von Angra Pequena, die heutige Lüderitzbucht in Deutsch-Südwestafrika, und ein zirka 40 Meilen langes und 20 Meilen tiefes Landstück, um darauf einen Handelsposten zu errichten. Das Land gehörte bis dahin dem Volk der Nama in Bethanien. Vogelsangs Verhandlungspartner war Josef Frederiks II.. Der vereinbarte Kaufpreis für das circa 70 mal 35 Kilometer große Gebiet beträgt 250 alte Gewehre und 100 englische Pfund. Adolf Lüderitz hoffte auf dem - allgemein als wertlos angesehenen - Land, das sich um die Bucht herum erstreckte, Bodenschätze zu finden. Nach dem Vertragsabschluss wird dem Verkäufer jedoch erklärt, dass es sich nicht um englische Meilen [= 1,609 Kilometer], sondern selbstverständlich um preußische Meilen zu 7,532 Kilometer handelte. Josef Frederik II. hatte damit einen Großteil seines Stammesgebietes von rund 300 mal 150 Kilometer an Heinrich Vogelsang verkauft. Adolf Lüderitz beansprucht fortan ein um das sechszehnfache größeres Gebiet. Die Nama fühlten sich von den Deutschen zurecht getäuscht, konnten sich aber trotz ihrer Proteste nicht durchsetzen. Dieser Handel ging als „Meilenschwindel“ in die Geschichte ein.

Januar 1885 – Die Au drängt auf eine eigene Isarbrücke

München-Au * Um die wirtschaftliche Entwicklung der Vorstadt Au zu fördern, wird der Antrag gestellt, eine Brücke über die Isar in Verlängerung der Corneliusstraße bis zum Mariahilfplatz zu errichten. Bereits beim Bau der Corneliusstraße ist ein solcher Brückenanschluss vorgesehen gewesen. Die Stadtverwaltung scheut jedoch die hohen Kosten, da neben dem Brückenbau auch umfangreiche Veränderungen am Flussbett und am Wehr erforderlich sind. Es wird eine Verbreiterung der Ludwigsbrücke vorgeschlagen und der neue Isarübergang südlich der Museumsinsel auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Die Bewohner der Au sind mit dieser Entscheidung unzufrieden, da sich die Verkehrsverhältnisse auf den Brücken und Zufahrtsstraßen weiter verschlechtern. Verschiedene Initiativen forderten deshalb seit Jahren zusätzliche Isarübergänge im Münchner Burgfrieden.



1888 – Das Hauptfeuerhaus am Jakobsplatz wird aufgestockt

München-Angerviertel * Das Hauptfeuerhaus am heutigen Jakobsplatz wird aufgestockt.

19. Januar 1889 – Die Wehrordnung für das Königreich Bayern tritt in Kraft

Königreich Bayern * Mit dem Inkrafttreten der Wehrordnung für das Königreich Bayern und der Heerordnung vom 22. November 1902 werden die Aushebung und die Musterung einfacher und zweckmäßiger gestaltet.

1890 – Sechs Filialwachen der Berufsfeuerwehr werden eingerichtet

München * Die Einrichtung von sechs Filialwachen der Berufsfeuerwehr wird vom Magistrat beschlossen.

1891 – Mitglieder des Winzerer Fährndls beginnen mit dem Armbrustschießen

München * Mitglieder des Winzerer Fährndls beginnen mit dem Armbrustschießen. Sie nennen sich Armbrustschützengilde des Winzerer Fährndls. Dabei war die Armbrust - im Gegensatz zum Speiß, der Hellebarde und dem Bihänder, dem zweihändig geführten Schlachtschwert, nie eine Landsknechtswaffe und gehörte damit eher in das städtische Wehrwesen. Anders verhielt es sich bei der Armbrust als Jagdwaffe. Doch bei höfischen Jagdgesellschaften hatten Landsknechte nichts verloren.

1893 – Musterung erstmals in der Alten Isarkaserne

München-Isarvorstadt * Die Musterung der Wehrpflichtigen - also die Untersuchung der körperlichen und geistigen Eignung eines Menschen für den Wehrdienst - wird in den zweiten Stock des Hauptgebäudes der Alten Isarkaserne durchgeführt. Bis dahin wurde die Musterung der Wehrpflichtigen im nördlichen Teil der Schrankenhalle durchgeführt. Die Musterungen finden zu dieser Zeit zum Kalenderquartal statt. Dazu müssen die dafür notwendigen Akten nun vom Rathaus in das Aushebungslokal auf die Kohleninsel gebracht werden. Nach Beendigung der Aufgabe werden die Unterlagen wieder ins Rathaus zur weiteren Verarbeitung und Aufbewahrung zurückgeführt. Das ist nicht nur umständlich, sondern auch nicht ganz ungefährlich: „Beigetragen



zu dem Entschluss, das ganze Amt auf die Kohleninsel zu verlegen, mag haben, dass einmal bei einem solchen Transport ein Windstoß eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Stammrollen entführte und den grünen Fluten der Isar zutrug, die sie nicht mehr herausgab.“

Juli 1893 – Der XIV. Deutsche Feuerwehrtag findet in München statt

München * Der XIV. Deutsche Feuerwehrtag findet in München statt. Aus diesem Anlass präsentiert sich die Münchner Feuerwehr auf dem Marsplatz mit all ihren Geräten und Fahrzeugen. In der Schrammehalle gibt es einen Überblick über die neueste Fahr- und Gerätetechnik zu sehen.

1894 – Das Städtische Wehramt kommt auf die Kohleninsel

München-Isarvorstadt * Ein neues Kapitel in der Geschichte der Kohleninsel beginnt. Räume der Alten Isarkaserne werden durch die Verwaltung des Städtischen Wehramts genutzt. Die Behörde hatte bis dahin ihren Sitz im Rathaus am Marienplatz.

1894 – Die Herkunft der Straßennamen des Franzosenviertels

München-Haidhausen * Der Königlich-bayerische Major a.D., Karl Graf von Rambaldi, beschreibt in seinem Buch „Die Münchner Straßennamen und ihre Erklärung“ - in einer patriotisch-kriegsverherrlichenden Art und Weise - den Hintergrund der Straßenbenennung in diesem Stadtteil. So erhält beispielsweise die Weißenburger Straße ihren Namen „Zur Erinnerung an das Treffen bei Weißenburg im Elsaß am 4. August 1870, mit welchem die 4. Bayerische Division ‚Bothmer‘ die Operationen der III. deutschen Armee im Kriege gegen Frankreich so glücklich eröffnete. [...] Der Gesamtverlust auf deutscher Seite betrug 91 Offiziere und 1.400 Mann“. Die Wörthstraße erinnert an die Schlacht vom 6. August 1870. Bei Rambaldi liest sich das so: „Heiß war der Kampf, die die Weinberge dicht besetzt haltenden Turkos und Zuaven wehrten sich grimmig: Aber unaufhaltsam war das Vordringen der Deutschen [darunter bayerische Armeekorps]. Der Sieg war mit einem eigenen Verlust von 489 Offizieren und 10.153 Mann erkauft“.

1894 – Das Städtische Wehramt zieht auf die Kohleninsel



München-Isarvorstadt - Museumsinsel * Das Städtische Wehramt, das zuvor im Rathaus untergebracht war, zieht auf die Kohleninsel. Die Musterung der Wehrpflichtigen findet anfangs noch in der Schrankenhalle statt, weshalb die notwendigen Akten jedes Mal vom Wehramt zum Musterungslokal und danach wieder zurückgebracht werden müssen. Das war nicht ganz ungefährlich, wie nachstehender Bericht beweist: „[...] bei einem solchen Transport [hat] ein Windstoß eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Stammrollen entführt und den grünen Fluten der Isar zugetragen, die sie nicht mehr herausgab“.

1894 – Das Feuer- und Spritzenhaus und das Tröpferbad wird eröffnet

München-Haidhausen * Das Feuer- und Spritzenhaus wird gemeinsam mit dem Brause- und Wannenbad an der Schloss-/ Ecke Kirchenstraße eröffnet.

1. November 1894 – Die Berufsfeuerwehr bezieht ihre Unterkunft in der Kellerstraße 2 a

München-Haidhausen * Die Nebenwache IV der Berufsfeuerwehr bezieht ihre Unterkunft in der Kellerstraße 2 a.

1895 – Kurt Tucholskys Kritik an den Musterungen

??? * Es gibt eine grundsätzliche Kritik an der Institution Musterung und der Art ihrer Durchführung. Der Schriftsteller Kurt Tucholsky beschreibt den Typus des Musterungsarztes als einen „Hausknecht des Krieges“, einen „Zuhälter des Todes, der sich Arzt nannte“, der als „Aufreiber in Diensten der Kanonenfutterzentrale“, gemeint ist damit das Musterungsamt, das sich der Aufgabe verschrieben hat, Menschen in „ein paar hunderttausend Liter Blut, zum Schmieren der Kriegsmaschine“ zu verwandeln. Durch ihre Bereitschaft, hieran mitzuwirken sind die betreffenden Ärzte von ihrer eigentlichen Aufgabe, Feinde der Krankheiten und des Todes zu sein, zu Feinden des Lebens, also zum Gegenteil dessen, was ihr Berufsstand eigentlich sein sollte, geworden.

1895 – Essayist Alfred Polgar zur Musterung

??? * Der österreichische Essayist Alfred Polgar zeichnete das Bild von den Musterungsärzten als Bluthunde, die dem Sterben auf den Schlachtfeldern den Nachschub „apportiert“ haben: So



beschreibt er in seinem Aufsatz „Der Teisinger“ den Rekrutierungsbeamten Teisinger als einen Menschenjäger, einen „stumpfen, urteilslosen, fleißigen Gehilfen in der Großmetzgerei des Krieges“, der - begleitet von einem Militärarzt als seinem „gut abgerichteten Jagdhund“ - auf die „Pirsch“ nach Opfern geht, die er als menschlichen Nachschub in den Schlund des Krieges geworfen hat. Alfred Polgar zur Musterung

1897 – Die bayerischen Juden lehnen die Zionistische Bewegung ab

München * Die Israelitische Kultusgemeinde München wehrt sich massiv gegen die Zionistische Bewegung von Theodor Herzl, der in der bayerischen Haupt- und Residenzstadt den ersten Zionisten-Kongress abhalten will. Herzl hat sich für München als Veranstaltungsort entschieden, weil „diese Stadt als gastfreundlich gilt und ein geeigneter Verkehrsmittelpunkt“ ist. Der zionistische Gedanke, der auf die Verwirklichung einer jüdischen Nation mit einem eigenen Staat Palästina hinzielt, wird von den bayerischen Juden abgelehnt. Sie fühlen sich als deutsche Staatsbürger und sehen durch das zionistische Gedankengut ihre Bemühungen um Integration gefährdet. Sie wollen alles unterlassen, was den antisemitischen Parolen von der „fremden jüdischen Rasse“ und „dass die Juden Liebe und Anhänglichkeit zu ihrem Vaterlande nicht besitzen“ neue Argumente liefern könnte. Der Widerstand der Münchner Juden bewirkt, dass der erste Zionisten-Kongress in Basel stattfinden muss.

1898 – Die Feuerwehr und die Vergnügungsetablissemments

München * In der Feuersdienstordnung der königlichen Polizei-Direktion München wird die „Vorgehensanweisung für Vergnügungsetablissemments“ festgeschrieben.

1899 – Das Kaufhaus Hermann Tietz wird als erstes Kaufhaus eröffnet

München * Das Kaufhaus Hermann Tietz, der spätere Hertie, wird als erstes Kaufhaus in München eröffnet. Der Kaufhausbesitzer muss sich mehrmals vor Gericht den Anschuldigungen der Antisemiten erwehren, dass er durch ihre niedrigen Löhne die Verkäuferinnen zur Prostitution treiben würde. Das bringt zwar den Anschuldigern hohe Geldstrafen ein, hat aber auch Auswirkungen auf das Geschäft des Warenhauses Tietz.



Juli 1900 – Gegen die Abschaffung der Prügelstrafe

Windhuk * Die Bürger von Windhuk wehren sich gegen die Abschaffung der Prügelstrafe mit folgender Begründung: „Für Milde und Nachsicht hat der Eingeborene auf die Dauer kein Verständnis: er sieht nur Schwäche darin und wird infolgedessen anmaßend und frech gegen den Weißen, dem er doch nun einmal gehorchen lernen muss, denn er steht geistig und moralisch doch so tief unter ihm“. Oftmals mit Lattenstöcken und Rhinozerospeitschen wurden die häufig nackt über ein Bierfass gebundenen Opfer so lange misshandelt, bis sie schwerste Verletzungen davontrugen. Der Kolonialbeamte Wilhelm Vallentin fasste seinen Eindruck in die Worte: „Ein rohes, gehacktes Beefsteak ist nichts dagegen!“.

1902 – Im Internationalen Handels-Panoptikum bricht ein Brand aus

München-Hackenviertel * Im Internationalen Handels-Panoptikum in der Neuhauser Straße 1 bricht im 4. Stock ein Brand aus. Die städtische Feuerwehr schließt daraufhin seine Pforten.

22. November 1902 – Mit der Heerordnung wird die Musterung einfacher

Königreich Bayern * Mit dem Inkrafttreten der Heerordnung für das Königreich Bayern wird die Aushebung und die Musterung einfacher und zweckmäßiger gestaltet.

11. Juli 1904 – Die Hauptfeuerwache der Berufsfeuerwehr ist bezugsfertig

München-Angerviertel * Die Hauptfeuerwache der Berufsfeuerwehr an der Blumenstraße 34 ist bezugsfertig.

2. Oktober 1904 – Generalleutnant Lothar von Trotha erlässt den Vernichtungsbefehl

Deutsch-Südwestafrika * Generalleutnant Lothar von Trotha erlässt den Vernichtungsbefehl. In diesem heißt es: „Die Herero sind nicht mehr deutsche Untertanen. Sie haben gemordet, gestohlen, haben verwundeten Soldaten Ohren und Nasen und andere Körperteile abgeschnitten, und wollen jetzt aus Feigheit nicht mehr kämpfen. [...] Das Volk der Herero muss das Land verlassen. Wenn das Volk dies nicht tut, so werde ich es mit dem Groot-Rohr [= Geschütz] dazu zwingen. Innerhalb der deutschen Grenzen wird jeder Herero mit und ohne



Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber oder Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volk zurück, oder lasse auf sie schießen.“

Juni 1905 – Polemik der „Münchener Bier-Chronik“ gegen die Unionsbrauerei

München-Haidhausen * Die wöchentlich erscheinende „Münchener Bier-Chronik“, eine Fach- und Werbezeitschrift der Münchner Brauereien, berichtet über das Brauwesen, wirtschaftliche Entwicklungen sowie die Münchner Bierkultur. Im Juni 1905 greift sie einen Rechtsstreit zwischen der Unionsbrauerei und einem Münchner Wirt auf. Anlass ist die Klage der Unionsbrauerei gegen den Wirt eines Gasthauses, das den geschützten Namen „Schützenisl“ führt, obwohl dort Bier von Löwenbräu ausgeschenkt wird. Die Darstellung der Schützenisl ist als Schutzmarke der Münchner Kindl Brauerei eingetragen und befindet sich nach deren Fusion im rechtlichen Besitz der Unionsbrauerei. Da der Wirt kein Bier der Unionsbrauerei ausschenken kann oder will, muss er den Namen seines Gasthauses ändern. Die „Münchener Bier-Chronik“ nutzt den Fall für eine polemische Attacke auf die Unionsbrauerei und kommentiert: „Dieses Beispiel diene den anderen Herren Brauereibesitzern zum Spiegel, wie ‚kollegialisch‘ die Unionsbrauerei auf die Hektoliterjagd geht.“ Anschließend schlägt die Berichterstattung in offenen Antisemitismus um. Die Zeitung behauptet, eine „jüdische Schützenisl“ sei ohnehin nicht mehr von Interesse, „denn sobald das Weibsbild einmal ‚jüdisch‘ geworden, beschnüffelt sie kein rädiger Hund mehr, viel weniger ein echter Bajuware.“ Die diffamierenden und antisemitischen Angriffe der „Münchener Bier-Chronik“ führen wenig später zum sogenannten „Dividendenwasser-Prozess“, in dem sich Joseph Schüle in erfolgreich gegen die Zeitung zur Wehr setzt.

4. Oktober 1905 – Das Urteil im „Dividendenwasser-Prozess“

München-Haidhausen * Mit dem Beitrag „Zur Abwehr und Aufklärung. Die Unionsbrauerei contra ‚Münchener Bier-Chronik‘“ berichtete die „Münchener Bier-Chronik“ über den Ausgang des sogenannten „Dividendenwasser-Prozesses“. Joseph Schüle in, Eigentümer der Unionsbrauerei, hat erfolgreich gegen die Zeitung geklagt, nachdem sein Bier als „Dividendenwasser“ verunglimpft und er wiederholt antisemitisch angegriffen worden ist. Der Prozess endet mit einem Sieg Schüle ins. Nach einzelnen zeitgenössischen Angaben wird der verantwortliche Redakteur zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt. In der Folge stellt die „Münchener Bier-Chronik“ ihre Angriffe auf Schüle in ein und berichtet in den folgenden Jahren überwiegend wohlwollend über die Unionsbrauerei. Der Prozess gilt als bedeutendes Beispiel für Schüle ins erfolgreiche Gegenwehr gegen Verleumdung und antisemitische Hetze im Münchner Brauereiwesen zu Beginn des 20. Jahrhunderts.



1906 – Warum soll die Stadt ein Wehramt finanzieren?

München * Die Stadtverwaltung stellt sich die Frage, warum die Stadt München überhaupt verpflichtet ist, auf ihre Kosten oder doch zum größten Teil auf ihre Kosten ein Städtisches Wehramt zu unterhalten, also eine Einrichtung, die ausschließlich militärischen Zweck dient?

28. April 1910 – München muss ein Wehramt unterhalten

München * Der Verwaltungsgerichtshof entscheidet in der Frage, warum die Stadt München verpflichtet ist, ein Städtisches Wehramt zu unterhalten, zu Ungunsten der Stadt. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, eine Entscheidung der städtischen Kollegien für einen neuen Standort für das Städtische Wehramt herbeizuführen.

10. August 1910 – Magistrat stimmt für einen neuen Wehramt-Standort

München-Gruggenau * Der Magistrat beschäftigt sich mit dem neuen Standort für das Städtische Wehramt und beschließt: „Der Erwerbung oder Erbauung eines eigenen Wehrgebäudes wird grundsätzlich zugestimmt.“

1911 – Der Wehrverein formuliert seine Kolonialpolitik

Berlin * Der im Jahr 1911 gegründete Wehrverein formuliert seine Kolonialpolitik so: „Ein vorwärtstrebendes Volk wie wir, das sich so entwickelt, braucht Neuland für seine Kräfte, und wenn der Friede das nicht bringt, so bleibt schließlich nur der Krieg“.

1. Juli 1911 – Das Kanonenboot Panther vor Agadir löst die Zweite Marokkokrise aus

Agadir * Das Kanonenboot Panther kreuzt in den Gewässern vor der marokkanischen Hafenstadt Agadir auf. Frankreich und die anderen Großmächte sind total überrascht und natürlich nicht darauf vorbereitet. Frankreich fühlt sich erpresst. Und auch die englische Regierung erklärt, dass sie eine Schwächung ihres Bündnispartners zugunsten Deutschlands keines Falls akzeptieren wird. Damit wird die Zweite Marokkokrise zwischen Deutschland und Frankreich ausgelöst. Es kommt zu zähen Verhandlungen, in denen Frankreich einen Zipfel Togos an Deutschland abtreten muss, den sogenannten „Entenschnabel“. Deutschland erklärt dafür im Gegenzug sein



Desinteresse an der französischen Marokkopolitik. Der im Jahr 1911 gegründete Wehrverein formulierte es so: „Ein vorwärtsstrebendes Volk wie wir, das sich so entwickelt, braucht Neuland für seine Kräfte, und wenn der Friede das nicht bringt, so bleibt schließlich nur der Krieg.“

26. September 1911 – Die Berufsfeuerwehr wird Automobilisiert

München * Der Münchner Magistrat beschließt die Automobilisierung der Berufsfeuerwehr.

23. Januar 1912 – Der Magistrat beschließt den Neubau des Wehramtes

München-Graggenau * Der Magistrat genehmigt am 23. Januar, das Gemeindegremium am 8. Februar 1912 einstimmig den Vorschlag, das Städtische Wehramt auf ein Areal zwischen dem Barackenkasernement Oberwiesenfeld und der Prinz-Leopold-Kaserne an der Winzererstraße zu errichten. Die Planung sehen ein Hauptgebäude mit dahinterliegendem geräumigen Hof vor, der an allen drei Seiten von erdgeschossigen, nicht unterkellerten Nebengebäuden eingefasst wird. Das Hauptgebäude soll die Amtsräume aufnehmen. Die Gesamtkosten des neuen Wehramtes betragen ohne Grund und Boden 679.625 Mark. Die Stadt München ist damit die erste Gemeinde im Deutschen Reich, welche für die Verwaltung der ihr zukommenden Militärangelegenheiten ein eigenes Gebäude errichtet hat.

1913 – Faulhabers Kampf gegen die Geburtenkontrolle

Speyer * Der Bischof von Speyer, Michael von Faulhaber, bezeichnet die Empfängnisverhütung als „die eigentliche Todsünde unserer Zeit“. Er meint, dass sich „keine Religionsgemeinschaft [...] der Seuche des Geburtenrückgangs so kraftvoll erwehren [wird] wie die katholische Kirche“.

1913 – Die Feuerwache V an der Kellerstraße 2a

München-Haidhausen * Aus der Nebenwache IV an der Kellerstraße 2 a wird die Feuerwache V.

1914 – Die Pferde-Aushebungs-Vorschrift



München-Isarvorstadt * Die Pferde-Aushebungs-Vorschrift verlangt vom Städtischen Wehramt die Aufzeichnung und alljährliche Vormusterung fast sämtlicher im Stadtbezirk vorhandenen kriegsbrauchbaren Pferde, sowie die ständige Fortführung der aufgrund des Vormusterungsergebnisses erstellten Vorführlisten, eine bei der lebhaften Bewegung im Pferdebestand einer Großstadt recht ansehnliche Arbeitsleistung. Die Zahl der Pferde geht in München ständig zurück, was eine Folge der steigenden Verwendung von Kraftwagen ist.

28. Juni 1914 – Das Attentat von Sarajevo auf den Erzherzog Franz Ferdinand

Sarajevo * Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este und seine Ehefrau, die Herzogin Sophie von Hohenberg, besuchen die bosnische Hauptstadt Sarajevo. Am Bahnhof besteigen sie ein offenes Auto und lassen sich damit Richtung Rathaus kutschieren. Schon bald nach der Abfahrt misslingt ein erster Attentatsversuch mit einer serbischen Handgranate. Franz Ferdinand kann den Sprengkörper abwehren, sodass er erst hinter dem Auto explodiert. Der Erzherzog kommt mit dem Schrecken davon, absolviert anschließend seinen Empfang im Rathaus und fährt danach im offenen Automobil weiter. Der Wagen des Erzherzogs kommt unmittelbar vor einem besonders entschlossenen Mitglied des Terrorkommandos zum stehen. Der 19-jährige Gavrilo Princip schießt mit seiner 9-mm-Pistole zwei Mal. Der erste Schuss trifft die Herzogin Sophie von Hohenberg in den Unterleib, die zweite Kugel den Erzherzog. Beide Schüsse sind tödlich. Gavrilo Princip ist Mitglied der Organisation „Mlada Bosna“ [„Junges Bosnien“], eines national-revolutionären Netzwerks von Schülern und Studenten. Der Bund strebt die Vereinigung von Bosnien-Herzegowina mit dem Königreich Serbien an. Die selben Ziele verfolgt auch die Terror-Organisation „Vereinigung oder Tod“, auch bekannt als „Schwarze Hand“, ein im Jahr 1911 in Belgrad gegründeter serbischer Geheimbund.

23. Juli 1914 – Österreich-Ungarn setzt Serbien ein 48-stündiges Ultimatum

Berlin * Da man in Berlin befürchtet, dass Österreich-Ungarn an Geltung verlieren könnte, wenn es sich nicht gegen diesen Affront wehren würde, stellte die k.u.k.-Regierung dem Königreich Serbien ein auf 48 Stunden befristetes Ultimatum, in dem sie die Belgrader Regierung auffordert, einer österreichischen Kommission zu gestatten, auf serbischem Gebiet die Umstände des Attentats von Sarajevo zu untersuchen. Außerdem soll sich Serbien verpflichten, alle an der Mitwirkung an dem Attentat verdächtigten serbischen Beamten und Offiziere zu entlassen.

27. Juli 1914 – Die Münchner Sozialdemokraten laden zu einer Massenkundgebung ein



München-Au * Die Münchner Sozialdemokraten haben zu einer Massenkundgebung im Münchner-Kindl-Keller eingeladen. Als Referent für diese Veranstaltung ist der Schriftsteller Kurt Eisner angekündigt. Ausgerechnet für Kurt Eisner, dem späteren Kriegsgegner und Revolutionär, ist der Krieg zu diesem Zeitpunkt eine unabänderliche Tatsache und nicht mehr zu verhindern. „Denn niemand von uns will, dass das Kosakentum über Europa herrscht. Sagte doch Bebel, gegen Russland würde auch er noch die Flinte auf seinen alten Buckel nehmen“. Und an anderer Stelle meinte er: „Wir sind bereit, einen Angriff des Feindes abzuwehren und unser Vaterland zu schützen“. Das bedeutet aus Eisners damaliger Sicht für die sozialdemokratisch orientierte Arbeiterschaft: „Dann muss jeder seine Pflicht tun, nichts weiter“. Und diese Pflicht besteht in der Verteidigung des Vaterlandes gegen den russischen Aggressor.

31. Juli 1914 – Das Städtische Wehramt und die Mobilmachung

München-Schwabing * Die erste Amtshandlung des Städtischen Wehramts an der Winzererstraße ist die Mobilmachung des bayerischen Heeres für den Ersten Weltkrieg. Am 31. Juli 1914 ist in Bayern wie auch im übrigen Reich der Kriegszustand erklärt worden.

August 1914 – Das Städtische Wehramt zieht an die Winzererstraße

München-Schwabing * Das Städtische Wehramt zieht von der Kohleninsel an die Winzererstraße. Heute ist dort das Stadtarchiv untergebracht.

1. August 1914 – Verdun statt Wyoming

München * Die Gründer des „Loos-Verein Wild West“ beschäftigen sich mit der Geschichte der Ureinwohner und Siedler Amerikas, um die Wartezeit zu überbrücken, bis das Glück den erhofften Geldsegen bringen würde. Doch dann beginnt der Erste Weltkrieg und das bedeutet für die drei wehrdiensttauglichen jungen Männer die Einberufung zum Militär und den Marschbefehl in Richtung Frankreich. Nun hieß es Verdun statt Wyoming!

1. August 1914 – Kaiser Wilhelm II. erklärt Russland den Krieg

Berlin * Am Nachmittag versammelt sich vor dem Berliner Schloss eine große Menschenmenge. Spannung liegt in der Luft. Man wartet nicht mehr auf die Erhaltung des Friedens, sondern auf die



Erklärung des Krieges. Gegen 17:30 Uhr ordnet Kaiser Wilhelm II. für das Deutsche Reich - mit Ausnahme von Bayern - die Mobilmachung an und erklärt gleichzeitig Russland den Krieg. Damit geht der Oberbefehl über die bayerischen Truppen auf das Kaiserreich über. Wilhelm II. erklärt: „Ich bin gezwungen, zur Abwehr eines durch nichts gerechtfertigten Angriffs das Schwert zu ziehen und mit aller Deutschland zu Gebote stehenden Macht den Kampf um den Bestand des Reiches und unserer nationalen Ehre zu führen“. Die Menge singt anschließend Nun danket alle Gott und Extrablätter verbreiten die Generalmobilmachung.

1. August 1914 – Der Kriegsbeginn verschlechtert die Situation im Tierpark Hellabrunn

München-Giesing * In den Friedensjahren von 1911 bis zum Kriegsbeginn am 1. August 1914 hat der Tierpark einen Überschuss von 80.000 Mark erwirtschaftet. Doch die Baukosten von 295.000 Mark und die dafür aufgenommenen Kredite belasten das Tierpark-Unternehmen dann doch sehr. Mit dem Kriegsbeginn verschlechtert sich die Situation im Tierpark Hellabrunn zusehend.

Sofort werden 15 Mitarbeiter zum Dienst an der Waffe eingezogen. Der Mangel an ausreichendem Futter für die Tiere verstärkt sich im Laufe der Zeit. Neue Tiere können nicht mehr angeschafft werden, andere Zoobewohner verenden an Mangelernährung, das Besucherinteresse geht drastisch zurück.

2. August 1914 – Die Stadt hat sich durch den Krieg sofort verändert

München * Den Frauen werden Sanitätskurse angeboten, da nur wenige über entsprechende Kenntnisse verfügen. Pensionierte Lehrerinnen und Lehrer werden aufgefordert, sich für die Dauer der Schulferien um die Kinder zu kümmern. Nicht eingezogene Studenten und alle in den Wehrkraftvereinen organisierten Jugendlichen sollen sich als Erntehelfer melden. Schauspieler und Autoren sollen während der Dauer des Krieg auf ihre Tantiemen verzichten und sich mit dem Zehrpennig für Speise und Trank begnügen. Theaterdirektoren sollen ihren Ausstattungsetat möglichst weit herunterfahren: „Das Publikum wird in diesen Zeiten eine einfache Ausstattung und andere Mängel gerne in Kauf nehmen. Spielt deutsche und patriotische Stücke zu mäßigen Preisen“. Hausbesitzer klagen, dass viele Mieter infolge des Kriegszustandes keine Miete zahlen wollen.

3. August 1914 – Die Arbeitslosigkeit steigt mit Kriegsbeginn

München * Während in vielen Betrieben Arbeitskräfte-Mangel herrscht, nimmt beispielsweise im



Baugewerbe die Arbeitslosigkeit in erschreckendem Ausmaß zu. Die Bautätigkeit ist mit Kriegsbeginn nahezu vollständig zu erliegen gekommen. Reparaturarbeiten werden nicht mehr beauftragt. Circa 5.000 Münchner Bauarbeiter, Schreiner und Zimmerer werden nicht mehr gebraucht. Viele wohlhabende Münchner beginnen beim Personal zu sparen. Lohnkürzungen oder Kündigungen sind die Auswirkungen. Auch den Handlungsgehilfen wird der Lohn bis zu 50 Prozent gekürzt. Doch im Unterschied zu den Dienstboten und Köchinnen wissen sie sich zu wehren. Rechnungen für gelieferte Waren werden oft nicht mehr bezahlt.

4. August 1914 – Die Münchner Berufsfeuerwehr zieht in den Krieg

München * Mit Beginn des Ersten Weltkriegs ziehen 90 Münchner Berufsfeuerwehrmänner auf die Schlachtfelder. Zur Aufrechterhaltung des Löschwesens werden jetzt die noch nicht eingezogenen Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr herangezogen.

4. August 1914 – Von 903 Mitgliedern müssen 475 ihren Wehrdienst ableisten

München-Au * Einen herben Rückschlag erleidet der Haidhauser Turn- und Sportverein München-Ost mit Beginn des Ersten Weltkrieges. Von den inzwischen 903 Mitgliedern müssen 475 ihren Wehrdienst ableisten. Damit werden mehr als die Hälfte der Mitglieder der Vereinsarbeit entzogen und dadurch die Arbeit und die Existenz des TSV München-Ost gefährdet.

4. August 1914 – König Ludwig III. schwört seine Untertanen auf den Krieg ein

München * König Ludwig III. schwört seine Untertanen auf den Krieg ein. In seiner Bekanntmachung „An meine Bayern!“ wendet er sich nicht nur an die Soldaten, sondern vor allem an die Menschen in der Heimat: „Deutschland hat den Kampf nach zwei Fronten aufgenommen. Der Druck der Ungewissheit ist von uns gewichen, das deutsche Volk weiß, wer seine Gegner sind. In ruhigem Ernst, erfüllt von Gottvertrauen und Zuversicht, Scharen unsere wehrhaften Männer sich um die Fahnen. Es ist kein Haus, das nicht teil hätte an diesem uns frevelhaft aufgedrungenen Krieg. Bewegten Herzens sehen wir unsere Tapferen ins Feld ziehen. Der Kampf, der unser Heer erwartet, geht um die heiligsten Güter, um unsere Ehre und Existenz. Gott hat das deutsche Volk in vier Jahrzehnten rastloser Arbeit groß und stark gemacht, er hat unser Friedenswerk sichtbar gesegnet. Er wird mit unserer Sache sein, die gut und gerecht ist. Wie unsere tapferen Soldaten draußen vor dem Feind, so stelle auch zu Hause jeder seinen



Mann. Wollen wir, jeder nach seiner Kraft, im eigenen Land Helfer sein für die, die hinausgezogen sind, um mit starker Hand den Herd der Väter zu verteidigen. Tu jeder freudig die Pflicht, die sein vaterländisches Empfinden ihn übernehmen heißt. [...] Bayern! Es gilt das Reich zu schützen, das wir in blutigen Kämpfen mit erstritten haben. Wir kennen unsere Soldaten und wissen, was wir von ihrem Mut, ihrer Manneszucht und Opferwilligkeit zu erwarten haben. Gott segne unser tapferes deutsches Heer, unsere machtvolle Flotte und unsere treuen österreichisch-ungarischen Waffenbrüder! Er Schütze den Kaiser, unser großes deutsches Vaterland, unser geliebtes Bayern!“.

4. August 1914 – Erklärung zum unberechtigten Einmarsch ins neutrale Belgien

Berlin - Brüssel * Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg gibt vor dem Reichstag eine Erklärung zum unberechtigten Einmarsch ins neutrale Belgien ab. Die Reaktionen der Abgeordneten finden sich in den eckigen Klammern wieder: „Meine Herren, wir sind jetzt in der Notwehr; [lebhafteste Zustimmung] und Not kennt kein Gebot! [Stürmischer Beifall] Unsere Truppen haben Luxemburg besetzt, [Bravo!] vielleicht schon belgisches Gebiet betreten. [Erneutes Bravo.] Meine Herren, das widerspricht den Geboten des Völkerrechts. Die französische Regierung hat zwar in Brüssel erklärt, die Neutralität Belgiens respektieren zu wollen, so lange der Gegner sie respektiere. Wir wussten aber, dass Frankreich zum Einfall bereit stand. [Hört! Hört!] Frankreich konnte warten, wir aber nicht! Ein französischer Einfall in unsere Flanke am unteren Rhein hätte verhängnisvoll werden können. [Lebhafteste Zustimmung.]

So waren wir gezwungen, uns über den berechtigten Protest der luxemburgischen und der belgischen Regierung hinwegzusetzen. [Sehr richtig!] Das Unrecht - ich spreche offen - das Unrecht, das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist. [Bravo!] Wer so bedroht ist wie wir und um sein Höchstes kämpft, der darf nur daran denken, wie er sich durchhaut! [Anhaltender brausender Beifall und Händeklatschen im ganzen Hause und auf den Tribünen.] Meine Herren, wir stehen Schulter an Schulter mit Österreich-Ungarn“.

September 1914 – Die Gründer des Loos-Vereins Wild West müssen an die Front

München * Der Erste Weltkrieg bedeutet für die drei etwa 20-jährigen und wehrdiensttauglichen jungen Gründer des Loos-Vereins Wild West die Einberufung zum Militär und den Marschbefehl in Richtung Frankreich. Nun heißt es „Verdun statt Wyoming!“



10. November 1914 – Singend gegen feindliche Stellungen ?

Ypern * In der Nähe der belgischen Stadt Ypern liegen die neu aufgestellten deutschen Reservekorps, darunter viele unerfahrene junge Kriegsfreiwillige. Um halb sieben Uhr verlassen die Soldaten auf ein Signal hin ihre Gräben und bahnen sich mit aufgepflanzten Bajonetten mühsam einen Weg durch die aufgeweichten Rübenäcker, um die nächste Hügelkette zu erstürmen. Der Angriff ist ein Himmelfahrtskommando. Eine dilettantisch agierende Führung lässt die jungen, unerfahrenen Soldaten ohne Drahtscheren und mit zu wenig Munition gegen den Feind anstürmen. Dort werden sie von erfahrenen britischen Truppen mit Maschinengewehren niedergemäht.

1916 – An der Vogesenfront wird Wiggerl Greiner zum Frontunterhalter

Vogesen * Ludwig „Wiggerl“ Greiner wird an die Vogesenfront versetzt. Dort entwickelt er sich zu einem vielseitigen Unterhalter für seine Kameraden. Er arbeitet als Kriegszeichner, Stabskoch, Fronttheaterspieler, Schriftenmaler in der Friedhöfe-Abteilung, Kinooperateur, Witzeerzähler und Alleinunterhalter. Dabei kommen ihm seine Erfahrungen als Unterhaltungsmusiker sowie als Komponist und Liedtexter zugute. Als Mitarbeiter der ersten deutschen Schützengrabenzeitung „Der bayerische Landwehrmann“ trägt Greiner mit seinen Bildgeschichten zur Unterhaltung der Soldaten bei. Mit feinem Humor greift er Alltagssituationen an der Front auf und kommentiert sie zeichnerisch. Seine Arbeiten zeigen das Leben der Soldaten ebenso wie die Zerstörungen in den Dörfern und Landschaften der Vogesen.

24. Januar 1916 – Großbritannien führt die Wehrpflicht für ledige ein

London * Großbritannien führt die Wehrpflicht für ledige Männer zwischen 18 und 41 Jahren ein.

4. März 1916 – Premiere: „Aus der guten alten Zeit - Unsere Bürgerwehr vor 100 Jahren“

München-Ludwigsvorstadt * Das Bühnenstück „Aus der guten alten Zeit - Unsere Bürgerwehr vor 100 Jahren“ von Karl Valentin und Alois Hönle hat im Kabarett Wien-München im Hotel Wagner in der Sonnenstraße Premiere. Die Regie führt Georg Rückert. „Diese neue Idee von Karl Valentin soll nur bezwecken, das P.T. Publikum auf einige Stunden die jetzige schwere Zeit vergessen zu machen getreu dem alten Motto: ‚Lachen ist gesund‘.“



August 1916 – Mata Hari arbeitet auch für den französischen Geheimdienst

Vittel - Paris * Der französische Geheimdienst ist von den Briten längst auf Mata Hari aufmerksam gemacht worden, als sie beim Leiter der französischen Spionageabwehr, George Ladoux, eine Sondergenehmigung für eine Reise nach Vittel in der Nähe der Front beantragt. Sie will dort ihren jungen Geliebten Vadime de Massloff treffen. Ladoux erteilt die Sondergenehmigung, nachdem ihm die Tänzerin die Zusage für Spionagetätigkeiten für den französischen Geheimdienst gibt. Bei einem weiteren Treffen in Paris verlangt Mata Hari die absurde Summe von einer Million Francs.

3. Januar 1917 – Mata Hari darf mit dem Wissen der Behörden nach Paris einreisen

Paris * Mata Hari darf mit dem Wissen der Behörden nach Paris einreisen. Der französische Geheimdienst lässt sie nun dauerhaft observieren.

18. Mai 1917 – In den USA beginnt die Wehrerfassung

USA * In den USA beginnt die Wehrerfassung aller Männer zwischen 21 und 30 Jahren. Drei Millionen Männer werden einberufen.

30. Januar 1918 – Den Streikenden wird mit Bestrafung gedroht

Berlin * Auch hier schlägt - wie zuvor schon in Wien - das Imperium zurück. Am Nachmittag lässt der für Berlin zuständige Befehlshaber, Generaloberst Gustav von Kessel, alle Versammlungen und Streikkomitees verbieten und verlautbaren: Wer sich den Befehlen nicht fügt, setzt „sich schwerster Bestrafung nach den Vorschriften des Belagerungszustandes aus; die Wehrpflichtigen unter ihnen werden außerdem militärisch eingezogen werden.“ Der Arbeiterrat gibt nicht nach. Die Arbeitskampfmaßnahmen werden erfolgreich weitergeführt.

22. Februar 1918 – Das Kriegsministerium kategorisiert die Streikleitungen

München * Das bayerische Kriegsministerium unterscheidet in seiner Analyse die Streikleitungen in „Führer, die den unabhängigen Sozialdemokraten angehörend, in unmittelbarer Verbindung mit Norddeutschland, vielleicht auch mit dem Ausland stehen und revolutionäre Umtriebe ins



Land hereinbringen. „Den einheimischen Führern der gemäßigten Sozialdemokratie. [...] Sie haben die Bewegung bisher vielfach in besonnene Bahnen gelenkt, vertreten aber natürlich aus parteitaktischen Gründen den Demonstrationsstreik als ein zuverlässiges politisches Mittel. „Der Masse der beteiligten Arbeiterschaft, die unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen jeder verhetzenden Einwirkung besonders zugänglich ist.“ Und weiter schlägt das Kriegsministerium vor: „Führer der unter 1) bezeichneten Art sind, wenn irgend möglich, aus ihrer Umgebung zu entfernen und zwar solche, die sich eines Vergehens oder Verbrechens schuldig oder dringend verdächtig gemacht haben durch polizeiliche vorläufige Festnahme und Erwirkung eines richterlichen Haftbefehls – Wehrpflichtige durch Einberufung, Versetzung, Abstellung ins Feld -, Nichtbayern durch Aufenthaltsverbot auf Grund Art. 42 des Kriegszustandsgesetzes.“

25. März 1918 – Der Kriegsminister und der Umgang mit den Sozis

München * Kriegsminister Philipp von Hellingrath formuliert in einem internen Schreiben seine Meinung, welche Taktik gegenüber den beiden sozialdemokratischen Parteien einzuschlagen ist:

„Nach den seitherigen Erfahrungen bildet die unabhängige Sozialdemokratie eine schwere Gefahr für den Fortbestand des Reiches. Ihren Bestrebungen muß auf jedem möglichen Wege entgegengetreten werden. Da sie ihren Zuwachs vornehmlich aus den Reihen der rechtsstehenden Sozialdemokratie erhält, liegt die wirksamste Abwehr gegen ihre weitere Ausbreitung in Maßnahmen, durch welche die sozialdemokratische Mehrheitspartei die Flucht ihrer bisherigen Anhänger in das Lager der Unabhängigen zu verhindern sucht. In dieser Beziehung erblicke ich ein wirksames Mittel in der Versammlungstätigkeit der alten sozialdemokratischen Partei. Durch mündliche Aufklärung vermag sie am ehesten ihre Mitglieder sich zu erhalten und gegen die unterirdische Wühlarbeit der Radikalsozialisten widerstandsfähig zu machen. Das Bestreben der militärischen Zensurstellen wird daher dahin gehen müssen, den Veranstaltungen der Mehrheitssozialisten so wenig wie möglich Schwierigkeiten zu bereiten.

Gelegentliche Entgleisungen in den Versammlungen werden in der Regel weit weniger nachteilige Folgen haben als verbitternd wirkende Verbote und Anordnungen“.

22. Juli 1918 – Die Münchener Post schlägt angeblich versöhnlichere Töne an

Nürnberg - München * Die Nürnberger Volkszeitung, eine Zeitung des konservativen Zentrums, stellt fest: Die „Münchener Post [...] ist in den alten Ton gefallen und führt häufig eine schärfere Sprache als früher. Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass sie es bewußt tut, um die ‚Unabhängigen‘ versöhnlicher zu stimmen und dem Vorwurf des ‚Regierungssozialismus‘ zu begegnen. Denn die ‚Unabhängigen‘ machen in Bayern den Mehrheitssozialisten viel zu



schaffen“.

2. August 1918 – Generalquartiermeister Ludendorffs streng geheime Anordnung

Spa - Nordfrankreich * In einer streng geheimen Anordnung an alle Stabschefs der deutschen Armeen in Frankreich schreibt Generalquartiermeister Erich Ludendorff, dass man sich künftig mit kleinen Angriffen „an schmalen Fronten“ begnügen wird. „Alle Angriffe sind nur als Abwehrmaßnahmen vorzubereiten. Von Angriffen ist nicht zu sprechen“.

30. September 1918 – Die deutsche Wehrkraft ist auf die Hälfte gesunken

Deutsches Reich * Die Iststärke der deutschen Bataillone ist auf die Hälfte ihres Sollstandes gesunken. 22 Divisionen werden ganz aufgelöst.

14. Oktober 1918 – Ludendorff will den Kampf bis zum letzten Mann

Spa - Berlin * Generalquartiermeister Ernst Ludendorff, der am 29. September einen Waffenstillstand binnen 24 Stunden gefordert hatte, plädiert nach dem Schreiben des US-Präsidenten Woodrow Wilson jetzt dafür, das deutsche Volk soll doch „um seine Ehre nicht nur in Worten, sondern tatsächlich bis zum letzten Mann kämpfen und sich damit die Möglichkeit des Wiedererstehens sichern“. Kaum hat die neue parlamentarische Regierung die Verantwortung übernommen, spielt Ludendorff den entschlossenen Feldherrn, der sich gegen eine Politik wehrt, die ihn zur Beendigung des Kampfes zwingen will. Wieder ein Baustein zur Dolchstoßlegende.

24. Oktober 1918 – Wehrfreudige Artikel im Vorwärts

Berlin * Bei seiner Rede im Reichstag führt Friedrich Ebert aus, dass die Sozialdemokraten auch dann ihr Land nicht im Stich lassen, wenn der ersehnte Friede nicht zustande käme. Selbst der sozialdemokratische Vorwärts druckt wehrfreudige Artikel und erklärt, dass es besser ist weiterzukämpfen, als einen „demütigenden Frieden“ hinzunehmen.

6. November 1918 – Kriegsminister Hellingrath und Erhard Auer beruhigen die Minister



München-Kreuzviertel * Am Nachmittag trifft sich das ausscheidende Kabinett mit dem neuen Reform-Kabinett unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Otto von Dandl. Das eine Kabinett ist nicht mehr handlungsfähig, das andere wird seine Aufgabe erst am 8. November übernehmen. Sorgenvoll blicken sie auf die Massenkundgebung von USPD und MSPD auf der Theresienwiese am nächsten Tag. Man überlegt sogar, Kurt Eisner vorsorglich verhaften zu lassen. Kriegsminister Philipp von Hellingrath erklärt: „Es gibt unruhige und unzuverlässige Elemente auch in der bayerischen Armee, aber, meine Herren, Sie können ganz beruhigt sein. Die Armee als Ganzes ist noch fest in unserer Hand. Es wird nichts passieren.“ Der Vorsitzende der bayerischen Mehrheitssozialdemokraten, Erhard Auer, erklärt: „Reden Sie doch nicht immer von Eisner. Eisner ist erledigt. Sie dürfen sich darauf verlassen. Wir haben unsere Leute in der Hand. Ich gehe selbst mit im Zug. Es geschieht gar nichts.“ Dennoch trifft die Regierung Vorkehrungen für den Fall von Gewaltanwendung. Die stationierten Truppen werden in Alarmbereitschaft versetzt und mit Gewehren und Tränengas bewaffnet.

6. November 1918 – Das Militär ist von der neuen Regierung völlig unbeeindruckt

Berlin * Da sich das Militär völlig unbeeindruckt von der neuen Regierung zeigt und die deutschen Wehrbehörden auch weiterhin junge Männer zum Wehrdienst einziehen, als sei nichts geschehen, protestieren die Unabhängigen Sozialdemokraten gegen die Fortsetzung des Krieges und rufen die Arbeiterschaft auf, sich bereitzuhalten. Denn „die Geschicke des deutschen Volkes werden durch dunkle Mächte gelenkt, die bereit sind, das Verderben des Volkes zu vollenden“. Sie zählen zu den „Mächten der Finsternis“ offenbar auch die „Regierungssozialisten“ mit ihren Aufrufen, die Ruhe zu bewahren: „Jede selbstständige freie Betätigung der Massen soll unterdrückt werden.“

7. November 1918 – Soldaten sprechen den Arbeitern Mut zu

München * Polizeibeamte in Zivil, die die Stimmung in der Stadt beobachten sollen, melden schon am Vormittag, dass Truppenteile, besonders Mannschaften an den Maschinengewehren, „unzuverlässig“ sein sollen. Vorübergehenden Arbeitern rufen die Soldaten zu, sie sollen ohne Sorge sein, da sie Schießbefehle verweigern würden.

7. November 1918 – Wie Bischof Faulhaber die Umsturznacht erlebt

München-Kreuzviertel * Erzbischof Michael von Faulhaber notiert in der Umsturznacht in sein



Tagebuch: „Nachmittag, 15:00 Uhr, auf der Theresienwiese Versammlung. Von den Sozialdemokraten gedacht als Explorationszug, um das Volk zufrieden zu stellen, wollten den Unabhängigen den Wind aus den Segeln nehmen. Im Zug wohl einige Tafeln: Nieder die Dynastie, (eine andere: Das Weib keine Gebärmaschine) sonst aber ruhig und viele Harmlose dabei. [...] Dabei schwenkte unter der Roten Fahne eine Soldatengruppe ab, ‚zu den Kasernen‘ und diese Soldaten haben die Revolution gemacht. [...] Nachts, 23:00 Uhr, beginnt der Lärm auf der Straße. Militär, bewaffnet, erst zu Fuß, allmählich mit Lastautos, die fortwährend mit furchtbarem Lärm herumrasen, mit Maschinengewehr ausgerüstet und die Bevölkerung bestürzen sollen. Die schrecklichste Nacht meines Lebens“.

7. November 1918 – Die Revolutionäre richten im Mathäserbräu ihr Standquartier ein

München * Kurt Eisner und seine Unabhängigen ist es trotz ihrer kleinen Zahl gelungen, die Mehrheitssozialdemokraten auszuhebeln. Auf dem Weg schließen sich ihnen weitere Arbeiterinnen und Arbeiter, Zivilisten, Männer und Frauen aber auch Kinder an. Auf einmal sind es Zehntausende. Im Mathäser-Bräu richten sie das Standquartier der Arbeiter- und Soldatenräte ein. Oskar Maria Graf schreibt: „Der Marsch hatte begonnen und war unaufhaltsam. Keine Gegenwehr kam. Alle Schutzleute waren wie verschwunden. Aus den vielen offenen Fenstern schauten neugierig Menschen auf uns herunter. Überall gesellten sich neue Trupps zu uns, nun auch schon einige Bewaffnete. Die meisten Menschen lachten und schwatzten, als ging's zu einem Fest. [...] Die ganze Stadt schien zu marschieren.“

7. November 1918 – Eine Versammlung nach den Vorstellungen Erhard Auers

München-Theresienwiese * Die Versammlung verläuft zunächst ganz nach den Vorstellungen Erhard Auers. Die Mehrheitssozialdemokraten und die Gewerkschafter marschieren geschlossen an. Um 15:15 Uhr beginnen die Ansprachen, dafür sind 15 Minuten vorgesehen. Der MSPD-Führer und weitere Funktionäre halten ihre Reden an der Bavaria, in der sie hervorheben, dass die Sozialdemokratische Partei weder zum Streik noch zur Revolution auffordert, sondern die Entwicklung zum Volksstaat auf parlamentarischen Wegen erreichen möchte. Um 15.45 Uhr lassen sie dann über eine Resolution abstimmen, danach löst sich die Versammlung auf. Nun formieren sich die Teilnehmer zur großen Friedensdemonstration. Mit einem Musikkorps an der Spitze marschiert der größte Teil der Massendemonstration unter Führung von Erhard Auer in vollkommener Disziplin über die Landwehrstraße, Sonnenstraße, Karlsplatz, Lenbachplatz, Maximiliansplatz, Brienner Straße, Residenzstraße, Maximilianstraße und schließlich längs der Isar entlang bis zum Friedensengel. Hier löst sich der Protestmarsch



nach einer kurzen Schlussansprache des MSPD-Reichstags- und Landtagsabgeordneten Franz Schmitt auf.

10. November 1918 – General Wilhelm Groener gibt eine Loyalitätserklärung ab

Spa - Berlin * Der Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung - OHL, Wilhelm Groener, gibt eine Loyalitätserklärung gegenüber Reichskanzler Friedrich Ebert ab und bietet ihm die Unterstützung der Reichswehr an. Im Gegenzug verlangt er von der Regierung die Bekämpfung des Bolschewismus und die Ausschaltung der Soldatenräte. Ebert lässt sich auf diesen Bündnisvorschlag ein, da er damit die Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin in Schach halten und das Offizierskorps ohne Reibungsverluste vom Kaiserreich in die neue Demokratie hinüber retten kann.

18. November 1918 – Rudolf Buttman lässt sich die Gründung einer Bürgerwehr genehmigen

München * Rudolf Buttman, Bibliothekar im Bayerischen Landtag, lässt sich vom Referenten für Sicherheitsfragen im Innenministerium, Major Paul von Jahreiß, die Gründung einer Bürgerwehr genehmigen. Zur Beschaffung der Waffen wird Buttman an das Ministerium für militärische Angelegenheiten verwiesen.

28. November 1918 – Die Vorherrschaft Preußens brechen

München * In der Versammlung der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte erklärt Kurt Eisner seine Einstellung zur Hegemonie [= Vorherrschaft] Preußens, zur Selbstständigkeit der Länder und zum Föderalismus: „In Berlin ist das Verbrechen ausgekocht worden, und deshalb der Hass gegen Berlin, und ich, der ich dringend wünsche, dass die Zersetzung Deutschlands nicht zu einer endgültigen Auflösung Deutschlands führe, sondern dass wir zusammen bleiben, ich bin der festen Überzeugung, dass zunächst einmal die Einzelstaaten sich ihrer eigenen Haut wehren müssen, so lange, bis wir wieder zusammen aktionsfähig werden.“

29. November 1918 – Minister Roßhaupter sagt Waffenlieferung an die Bürgerwehr zu

München * Der Staatsminister für militärische Angelegenheiten Albert Roßhaupter sagt dem Landtags-Bibliothekar Rudolf Buttman in einem persönlichen Gespräch zu, der Bürgerwehr



Waffen zur Verfügung zu stellen und rät ihm, auch die Gewerkschaften offiziell zu beteiligen.

30. November 1918 – Die freien Gewerkschaften lehnen die Bürgerwehr ab

München * Eine Besprechung zwischen dem Landtags-Bibliothekar Rudolf Buttmann und Vertretern der Christlichen Gewerkschaften und der Freien Gewerkschaften findet zum Thema Bürgerwehr statt. Gustav Schiefer, der stellvertretende Vorsitzende der Freien Gewerkschaften in München, wehrt sich vehement gegen die Pläne. Auch der anwesende Stadtkommandant Oskar Dürr und der Polizeipräsident Josef Staimer raten von einer Zustimmung ab.

6. Dezember 1918 – Die Verhaftung des Vollzugsrats verhindert

Berlin * Zur selben Zeit wird der Versuch unternommen, den Vollzugsrat zu verhaften. Er ist neben dem Rat der Volksbeauftragten das wichtigste Organ der Revolution. Weil sich die Betroffenen gegen die Verhaftung wehren und protestieren, kommt der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn mit Kräften der Sicherheitswehr dem Vollzugsrat zu Hilfe. Die Verhaftung scheitert - die Putschisten müssen erfolglos abziehen.

6. Dezember 1918 – Bildung einer freiwilligen Volkswehr möglich

Berlin * Das Gesetz zur Bildung einer freiwilligen Volkswehr wird beschlossen.

6. Dezember 1918 – 14 Tote und über 30 Schwerverletzte

Berlin * Gegen 17:00 Uhr haben Ecke Invaliden- und Chausseestraße Soldaten mit Maschinengewehren Aufstellung genommen. Als ein Demonstrationszug der Spartakusgruppe vorbeizieht, eröffnen die Soldaten das Feuer. Der Polizeibericht vermerkt 14 Tote und über 30 mehr oder weniger schwer verletzte Demonstranten.

7. Dezember 1918 – Blutige Auseinandersetzung gerade noch verhindert

Berlin * Für den Nachmittag hat die Berliner Spartakusgruppe zu einer Demonstration aufgerufen. Unter den Linden droht die Demonstration in eine blutige Auseinandersetzung verwickelt zu



werden. Dem Polizeipräsidenten Emil Eichhorn gelingt es, die aufgezogenen Truppen mit ihren Maschinengewehren zum Abzug zu überreden.

7. Dezember 1918 – Ministerpräsident Eisner erklärt Auers Rücktritt für nichtig

München * Der MSPD-Innenminister Erhard Auer wird kurz nach Mitternacht von ungefähr 300 Demonstranten in seiner Wohnung „überfallen“. Sie holen ihn aus dem Bett und erzwingen von ihm mit vorgehaltenem Gewehr seinen Rücktritt. Erhard Auer äußert sich daraufhin: „Der Gewalt weichend erkläre ich [..], dass ich das Amt des Ministers des Inneren niederlege.“ In der Zwischenzeit ist Ministerpräsident Kurt Eisner in Auers Wohnung geeilt. In seinem ehrlichen Bemühen, Gesetz und Ordnung des Freistaats aufrecht zu erhalten, weist er die Demonstranten auf das Falschsein ihrer Gewalthandlungen hin und wird dafür begeistert gefeiert. Er entgegnet den Angreifern: Ihr Handeln sei „sicherlich gut gemeint und [...] sicherlich aus Liebe zu mir geschehen, aber es war nicht gut“. Eisner und Auer sind sich einig, dass das Rücktrittsgesuch öffentlich widerrufen werden soll. Ministerpräsident Kurt Eisner nimmt Auers Rücktritt nicht an und erklärt die „erpresste Erklärung“ für nichtig. Gegen vier Uhr früh ist die Angelegenheit erledigt und die Ruhe in der Stadt wieder eingekehrt.

9. Dezember 1918 – Ein Eid auf die Republik und die provisorische Regierung

Berlin * Bei Verhandlungen zwischen dem Rat der Volksbeauftragten und dem Vollzugsrat wird ein Kompromiss gefunden, der den am nächsten Tag einziehenden Frontsoldaten erlaubt, Munition mitzuführen, aber keine Maschinengewehre, keine schweren Waffen und keine Panzerfahrzeuge. Die Truppen müssen sich verpflichten, „ihre ganze Kraft in den Dienst der jetzigen provisorischen Regierung zu stellen“. Reichskanzler Ebert vereidigt einige dieser Einheiten - symbolisch für das gesamte Offizierskorps - auf die Republik und die provisorische Regierung.

10. Dezember 1918 – Die Bayerischen Volkspartei - BVP wehrt sich

München * In einer von der Bayerischen Volkspartei - BVP finanzierten Zeitungsannonce ist zu lesen: „Lügner und Verleumder! nennen wir jeden, der behauptet, die BVP spiele mit dem Gedanken der Wiedereinführung der Wittelsbacher.“



18. Dezember 1918 – Der Räte-Kongress beschließt die Hamburger Punkte

Berlin * Im Ersten Allgemeinen Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands kommt es zu einer Debatte über die von den protestierenden Soldaten der Volksmarinedivision vom Vortag vorgetragenen Punkte. Durch die sogenannten Hamburger Punkte steht das deutsche Militär vor einem demokratischen Neubeginn wie noch nie vor diesem 18. Dezember. Die sieben Punkte werden nahezu einstimmig vom Kongress beschlossen: Die Kommandogewalt über Heer und Marine üben die Volksbeauftragten unter Kontrolle des Vollzugsrats aus. Als Symbol der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams wird die Entfernung aller Rangabzeichen und des außerdienstlichen Waffentragens angeordnet. Für die Zuverlässigkeit der Truppenteile und für die Aufrechterhaltung der Disziplin sind die Soldatenräte verantwortlich. Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte ist der Überzeugung, dass die unterstellten Truppen den selbstgewählten Soldatenräten und Vorgesetzten im Dienste den zur Durchführung der Ziele der sozialistischen Revolution unbedingt erforderlichen Gehorsam erweisen. Vorgesetzte außer Dienst gibt es nicht mehr. Entfernung der bisherigen Achselstücke usw. ist ausschließlich Angelegenheit der Soldatenräte und nicht einzelner Personen. Ausschreitungen schädigen das Ansehen der Revolution und sind zur Zeit der Heimkehr unserer Truppen unangebracht. Die Soldaten wählen ihre Führer selbst. Frühere Offiziere, die das Vertrauen ihrer Truppenteile genießen, dürfen wiedergewählt werden. Offiziere der militärischen Verwaltungsbehörden und Beamte im Offiziersrange sind im Interesse der Demobilisierung in ihren Stellungen zu belassen, wenn sie erklären, nichts gegen die Revolution zu unternehmen. Die Abschaffung des stehenden Heeres und die Errichtung der Volkswehr sind zu beschleunigen.

18. Dezember 1918 – Die Oberste Heeresleitung droht dem Rat der Volksbeauftragten

Kassel * Die Oberste Heeresleitung - OHL reagiert scharf auf die vom Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands beschlossenen Hamburger Punkte. Reichskanzler Friedrich Ebert wird massiv unter Druck gesetzt, weil sie Chaos, Niedergang, Bolschewismus und Wehrlosigkeit befördern. Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und Generalquartiermeister Wilhelm Groener erklären gegenüber dem Rat der Volksbeauftragten ihren Rücktritt, falls die Hamburger Punkte angenommen und umgesetzt werden. „Die Verantwortung für alle Folgen würde vor dem deutschen Volke und der gesamten Welt sowie vor der Geschichte denjenigen zufallen, die diese Resolution durchsetzen würden.“

20. Dezember 1918 – Massiver Protest zur Abwehr der bolschewistischen Strömungen



München * Die Bayerische Volkspartei - BVP, die Deutsche Volkspartei - DVP und die Nationalliberale Partei - NLP wenden sich in einem außerordentlich scharfen Appell an die vorläufige bayerische Regierung und fordern die Abwehr der „bolschewistischen Strömungen“ und der „Übergriffe der Räte“.

24. Dezember 1918 – Das Stadtschloss wird mit Waffen gestürmt

Berlin * Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division umstellt mit 900 Mann, sechs Geschützen und Maschinengewehren das Stadtschloss und den Marstall. Um 7:30 Uhr werden die Angehörigen der Volksmarinedivision aufgefordert, innerhalb von zehn Minuten den Stadtkommandanten Otto Wels samt seinen Mitgefangenen auszuliefern, die Waffen niederzulegen und die Gebäude zu verlassen. Um 7:40 Uhr werden das Stadtschloss und der Marstall von den Soldaten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division beschossen. Weitere zehn Minuten später wird das Schloss gestürmt und gegen 8:10 Uhr haben die Angreifer das Stadtschloss erobert. Beim Marstall dauert es etwas länger.

24. Dezember 1918 – Die Garde-Soldaten werden von der Bevölkerung abgedrängt

Berlin * Um 9:10 Uhr kapitulieren die Verteidiger des Stadtschlusses und des Marstalls. Sie zeigen die weißen Fahnen. Stadtkommandant Otto Wels wird sofort freigelassen. Zur Entwaffnung kommt es nicht mehr, da die Matrosen der Volksmarinedivision während dieser Feuerpause Unterstützung durch die dem Polizeipräsidenten Emil Eichhorn von der USPD unterstellte Republikanische Sicherheitswehr erhalten. Das Gerücht eines gegenrevolutionären Putsches macht die Runde. In kürzester Zeit ziehen tausende Arbeiter, Frauen und Kinder zum Stadtschloss. Die Lage dreht sich. Jetzt sind plötzlich die Soldaten der Garde-Kavallerie-Schützen-Division die Bedrohten. Gefangene Matrosen werden befreit, die Garde-Soldaten von der Bevölkerung eingeschlossen und abgedrängt. Reichskanzler Friedrich Ebert gibt den Befehl zur sofortigen Einstellung der Kämpfe. Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division muss abziehen und in der Universität Schutz suchen. Begleitet werden sie von der ihnen wenig freundlich gesinnten Bevölkerung. Die Demonstration ist inzwischen auf 100.000 Menschen angewachsen. Die Oberste Heeresleitung - OHL und Generalquartiermeister Wilhelm Groener haben eine fürchterliche Niederlage erlitten und sind grandios gescheitert.

24. Dezember 1918 – Ein gesichtswahrendes Verhandlungsergebnis



Berlin * Eine Besprechung wird in der Universität anberaumt, die die Bevollmächtigten der Regierung unter der Leitung des USPD-Vorsitzenden Georg Ledebour geführt wird. Es wird beschlossen: Die Truppen des Generalkommandos ziehen mit allen militärischen Ehren aus der Stadt. Die Matrosen bleiben bewaffnet. Die Volksmarinedivision räumt das Stadtschloss und den Marstall. Sie wird - wie bereits vorgesehen - von 1.500 auf 600 Mann reduziert. Die entlassenen Matrosen werden in die Republikanische Soldatenwehr integriert.

27. Dezember 1918 – Erhard Auer und Johannes Timm wollen eine Bürgerwehr gründen

München * In einem Aufruf fordern Innenminister Erhard Auer [MSPD] und Justizminister Johannes Timm [MSPD] zusammen mit dem Landtags-Bibliothekar Rudolf Buttmann und dem Verleger Julius Lehmann sowie weiteren 21 namhaften, rechtsstehenden Bürgerlichen die Schaffung einer „freiwilligen Bürgerwehr“ als Organ der „ordnungsliebenden Kreise“.

28. Dezember 1918 – Erste Bewerber für die Bürgerwehr

München * An allen Anschlagtafeln Münchens findet sich ein Aufruf zur Schaffung einer Bürgerwehr, die die bestehende Staatsform „gegen jeden Angriff verteidigen“ will. Die Botschaft spricht sich schnell herum. Noch am selben Tag melden sich die ersten Bewerber im vorsorglich schon eingerichteten Büro der Bürgerwehr an der Salvatorstraße. Die Münchner Kasernenräte lehnen eine Bürgerwehr umgehend ab.

28. Dezember 1918 – Julius Lehmann wird verhaftet

München * Julius Lehmann, Mitglied der Thule-Gesellschaft, wird erstmals verhaftet. Bei einer Durchsuchung seines Verlags wird das inzwischen umfangreichste Waffenlager entdeckt. Da nützt ihm auch die gerade erteilte Bürgerwehr-Erlaubnis nichts. Er wird ins Polizeipräsidium an der Ettstraße, anschließend ins Gefängnis Neudeck gebracht. Wie aus Briefen Lehmanns hervorgeht, vertreibt er sich hier die Zeit mit antisemitischer Literatur, die ihm von der Gefängnisleitung zur Verfügung gestellt wird.

28. Dezember 1918 – 17 Bürgerwehr-Gründer werden festgenommen

München-Graggenau * In ihrem Versammlungsraum im Hotel Vier Jahreszeiten werden 17



Mitglieder des Ausschusses zur Gründung einer Bürgerwehr, die auch Mitglieder der Thule-Gesellschaft sind, festgenommen. Darunter Freiherr Rudolf von Sebottendorf. Sie werden gegenrevolutionärer Umtriebe verdächtigt. Die meisten Verhafteten werden jedoch nach einem kurzen Verhör wieder entlassen.

29. Dezember 1918 – Der Landessoldatenrat lehnt die Bürgerwehr ab

München * Der Landessoldatenrat lehnt die Bildung einer Bürgerwehr ab. Kurt Eisners Sekretär, Felix Fechenbach, kündigt als Gegenmaßnahme die Gründung einer Roten Garde an.

30. Dezember 1918 – Ministerpräsident Kurt Eisner lehnt die Bürgerwehr ab

München-Kreuzviertel * Ministerpräsident Kurt Eisner lehnt im Provisorischen Nationalrat die Bildung einer Bürgerwehr ab. Er drückt sein Bedauern darüber aus, dass Innenminister Erhard Auer [MSPD] und Justizminister Johannes Timm [MSPD] als Regierungsmitglieder „unter irrigen Voraussetzungen“ einen Aufruf zur Gründung einer solchen Einrichtung unterzeichnet haben. Nachdem Innenminister Erhard Auer von Ernst Toller mit Vorwürfen zur Gründung einer Bürgerwehr konfrontiert wird, erklärt dieser, dass er weder über die Ziele noch über die Truppenstärke informiert war und nur die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl sicherstellen wollte. Unter den gegebenen Umständen ziehen er und Minister Johannes Timm ihre Unterschriften unter dem Aufruf zurück. Auer bietet seinen Rücktritt vom Ministeramt an. Das lehnt Ministerpräsident Kurt Eisner ab. Einen Erhard Auer außerhalb der Regierung erscheint ihm noch gefährlicher als einen Minister Auer.

30. Dezember 1918 – Matrosenversammlung im Alten Hackerkeller

München-Ludwigsvorstadt * Im Alten Hackerkeller treffen sich Matrosen zu einer Versammlung. Der Präsident des Soldatenrats, Fritz Schröder, bezeichnet die derzeitige Lage als „einen Kampf auf Leben und Tod“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Der Obermatrose Conrad Lotter warnt vor „kopflosen Handlungen“ und verteidigt Innenminister Erhard Auer und Justizminister Johannes Timm für ihr Eintreten bei der Bildung einer Bürgerwehr. Heftiger Widerspruch ist die Folge.



1919 – Dr. Fritz Gerlich ist als Marxistentöter bekannt

München * Aus zahlreichen Aufsätzen in den Süddeutschen Monatsheften, der Liberalen Korrespondenz sowie den Historisch-politischen Blättern entsteht Dr. Fritz Gerlichs Buch Der Kommunismus als Lehre vom Tausendjährigen Reich. Außerdem kämpft er im Münchner Bürgerrat und im Bayerischen Heimatdienst sowie mit der Wochenzeitschrift Feurio gegen den gesamten marxistischen Sozialismus. Daneben beschafft er Geldmittel für die Gründung der Bayerischen Einwohnerwehr und für die Überwachung der Kommunistischen Partei. Dieses Engagement trägt zu seinem Ruf als „Marxistentöter“ bei.

2. Januar 1919 – Verleger Julius Lehmann wird aus der Haft entlassen

München-Au * Der Verleger Julius Lehmann wird wieder aus dem Gerichtsgefängnis Neudeck entlassen. Das Mitglied der Thule-Gesellschaft war am 28. Dezember 1918 im Zusammenhang mit der Bürgerwehr-Affäre verhaftet worden.

4. Januar 1919 – Berlins Polizeipräsident Emil Eichhorn wird abgesetzt

Berlin * Der Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn von der USPD wird durch den Rat der Volksbeauftragten abgesetzt. Eichhorn verweigerte am 24. Dezember 1918 den Befehl des Reichskanzlers Friedrich Ebert und der zwei anderen MSPD-Volksbeauftragten, Philipp Scheidemann und Otto Landsberg, die im Berliner Stadtschloss und im Marstall einquartierte Volksmarinedivision mit der ihm unterstellten Republikanischen Sicherheitswehr zu bekämpfen, um den als Geisel genommenen Stadtkommandanten Otto Wels [MSPD] zu befreien. Für Ebert gilt Emil Eichhorn deshalb als unzuverlässig.

10. Januar 1919 – Der Antibolschewistenfonds der deutschen Wirtschaft wird gegründet

Berlin * Der Antibolschewistenfonds der deutschen Wirtschaft wird in Berlin gegründet und einem 50-Millionen-Mark-Sofort-Bankkredit ausgestattet. Neben der Finanzierung der militärischen Zerschlagung der deutschen Räterepubliken fließen auch viele Gelder in die antibolschewistische-nationalistische Propaganda sowie in die Einwohnerwehren.

10. Januar 1919 – Gefangenenerbefreiung durch Demonstrationen



München-Kreuzviertel * Gegen 15 Uhr beginnen die entsetzten Versammelten einen Demonstrationszug zum Montgelas-Palais, in dem Ministerpräsident Kurt Eisner residiert, und fordert die Freilassung der Verhafteten. Eisner erklärt sich zum Empfang einer Abordnung am nächsten Tag bereit, wenn sie ruhig und ohne Massendemonstration käme. Die Demonstranten werden immer erregter. Oskar Maria Graf berichtet: „Hin und her drängte sich alles. Hinter dem verschlossenen Tor, hieß es, stünden schussbereite Maschinengewehrschützen. Man ratschlagte einige Minuten. Auf einmal kletterte ein Matrose auf dem Kandelaber zum Balkon empor, schwang sich drüber und verschwand unter lautem Jubel in der Tür. Kurz darauf erschien er mit Eisner, der fürchtert auf uns herunter schrie: ‚So holt sie euch, in Gottes Namen! Sie sind enthaftet!‘“ Daraufhin ziehen sich die Demonstranten zurück.

10. Januar 1919 – Mehrere Tote nach Schießerei am Bahnhofplatz

München-Ludwigsvorstadt * Die aus der Haft in Stadelheim entlassenen Erich Mühsam und Eugen Leviné sprechen im Festsaal des Mathäserbräu. Es kommt zu einer Schießerei, bei der ein Chauffeur getötet und ein 14-jähriger Lehrling verwundet wird. Gegen 22:30 Uhr kommt es auf dem Bahnhofplatz zu einer Schießerei zwischen den Demonstranten und der Bahnhofswache. Als die Demonstranten in den Südbau des Bahnhofs einzudringen versuchen, eröffnet die Bahnhofswache ein Maschinengewehrfeuer, in dem drei Frauen und zwei Männer getötet sowie 15 Personen schwer verwundet werden.

11. Januar 1919 – Gustav Noske gibt den Einsatzbefehl gegen die Besetzer

Berlin * Gustav Noske [MSPD], der Volksbeauftragte für Heer und Marine, gibt den Einsatzbefehl gegen die Besetzer des Vorwärts. Die Angreifer, das Freikorps Potsdam, erobert das Gebäude mit Flammenwerfern, Maschinengewehren, Mörsern und Artillerie. Nach etwa 70 Artillerieschüssen sind die Besetzer am Ende. Als die Regierungstruppen zum Sturm ansetzen, geben die Aufständischen auf.

15. Januar 1919 – Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werden brutal ermordet

Berlin * Die beiden Kommunistenführer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht werden verhaftet und ins Hotel Eden gebracht, in dem die Garde-Kavallerie-Schützen-Division ihr Stabsquartier aufgeschlagen hat. Karl Liebknecht wird - nach schweren Misshandlungen - am Abend in den Tiergarten gefahren und von hinten erschossen. Rosa Luxemburg wird niedergeschlagen, in ein



Auto gezerzt und während der Fahrt durch einen aufgesetzten Schläfenschuss getötet. Ihren Leichnam werfen die Mörder in den Landwehrkanal. Der Hauptverantwortliche für die Ermordungen, Waldemar Papst, beruft sich später auf einen angeblichen „Schießbefehl“ des SPD-Innenministers Gustav Noske.

16. Januar 1919 – Scheidemann zur Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Berlin * Philipp Scheidemann erklärte zum Tod von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht folgendes: „Ich bedauere den Tod der beiden aufrichtig aus gutem Grunde. Sie haben Tag für Tag das Volk zu den Waffen gerufen und zum gewaltsamen Sturz der Regierung aufgefordert. Sie haben Spazierfahrten durch Berlin mit Maschinengewehren veranstaltet, die sie uns wiederholt vor die Reichskanzlei führen, sie haben Tag für Tag ihre Anhänger bis zur Siedehitze aufgepeitscht. Sie haben, nachdem durch ihre Schuld Arbeiter- und Soldatenblut in Strömen geflossen, uns als Mörder und Bluthunde Tag für Tag in ihren Zeitungen und in ihren Versammlungen beschimpft. So sind sie selbst Opfer ihrer eigenen blutigen Taktik geworden.“ Und weiter meint er: „Bei Frau Luxemburg, einer hochbegabten Russin, ist mir der Fanatismus begreiflich, nicht aber bei Liebknecht, dem Sohn Wilhelm Liebknechts, den wir alle verehrten und noch verehren. Sein Sohn, der nunmehr tote Karl Liebknecht, hat sich leider vollkommen in die russisch-terroristische Taktik einspannen lassen.“ Zur Rechtfertigung seiner Person und seiner Regierung äußert er sich: „Wenn mein wahnsinniger Bruder die Flinte auf mich anlegt, so kann ich, wenn es [um] mich allein geht, mich erschießen lassen, um sein Blut zu schonen, aber wenn ich im Begriffe bin, mich in ein brennendes Haus zu stürzen, um Weib und Kind zu retten, und der wahnsinnige Bruder legt dann auf mich an, dann hilft nichts mehr, dann muss ich mich gegen ihn zur Wehr setzen, denn dann geht es nicht mehr um mich, sondern um viele andere.“

17. Januar 1919 – Das Freikorps Lützow wird in Berlin gegründet

Berlin * Das Freikorps Lützow wird in Berlin gegründet. Die Finanzierung der Freikorps findet aus den Mitteln des Antibolschewistenfonds der deutschen Wirtschaft statt, der am 10. Januar 1919 in Berlin mit 500 Millionen Reichsmark gegründet und einem 50-Millionen-Mark-Sofort-Bankkredit ausgestattet wurde. Neben der Finanzierung der militärischen Zerschlagung der deutschen Räterepubliken fließen auch viele Gelder in die antibolschewistische-nationalistische Propaganda sowie in die Einwohnerwehren.



25. Januar 1919 – Das Militär soll die Ordnung in Bremen herstellen

Weimar- Bremen * Reichswehrminister Gustav Noske beauftragt - vier Tage nachdem man sich in Bremen zur Ausschreibung von Wahlen verständigt hat - den Chef des Generalkommandos, Walter von Lüttwitz, mit der Herstellung der Ordnung in Bremen.

29. Januar 1919 – Die Freisinger Erklärung der bayerischen Bischöfe

Freising * Für den Münchner Erzbischof Michael von Faulhaber ist Kultusminister Johannes Hoffmann ein „ausgesprochener Kulturkämpfer und Kirchenhasser“. In ihrer Freisinger Erklärung fassen die Bischöfe ihren „flammenden Protest“ zusammen und prangern in einem Hirtenbrief die Maßnahme als „Fehdehandschuh gegen den Herrn selbst“ an. Der Hirtenbrief beginnt so: „Herodes der Kindermörder ließ die unschuldigen Kinder von Bethlehem hinschlachten. Unbekümmert um das Weinen und Wehklagen der Mütter, unbekümmert um das Todeswimmern der sterbenden Kinder, ließ er an wehrlosen Kindern seine Wut aus, um mit ihnen den neugeborenen König der Juden, den vermeintlichen Anwärter seines Thrones aus dem Weg zu schaffen.“ In einer extrem polemischen und ehrverletzenden Art geht es weiter: „Geliebte Erzdiözesanen! Am letzten Montag ist im Volksstaate Bayern eine Verordnung ergangen, die vor dem Richterstuhl Gottes schwerer wiegt als der Blutbefehl des Herodes. Durch eine Verordnung des Unterrichtsministers wurde der Religionsunterricht in allen bayerischen Schulen als Pflichtfach abgesetzt und als Wahlfach der Willkür der Eltern und Vormünder ausgeliefert.“

12. Februar 1919 – Albert Roßhaupter ruft zum Eintritt in den Volksheimatschutz auf

München * Albert Roßhaupter, der Minister für militärische Angelegenheiten & ruft die wehrfähigen Männer zum Eintritt in den Volksheimatschutz & auf. Dieser soll „die Gefahr des drohenden Krieges im Lande, den der Bolschewismus entfesseln kann“, eindämmen. &

12. Februar 1919 – Reichspräsident Ebert ernennt die neue Reichsregierung

Weimar * Reichspräsident Friedrich Ebert setzt das neue Reichsministerium ein. Die Reichsregierung wird auch als Weimarer Koalition bezeichnet. Sie besteht aus SPD, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei - DDP. Das Kabinett Scheidemann setzt sich zusammen aus: & Philipp Scheidemann, Reichsministerpräsident, SPD; Otto Landsberg, Justizminister, SPD; Gustav Noske, Reichswehrminister, SPD; Rudolf Wissell,



Wirtschaftsminister, SPD; Robert Schmidt, Reichsernährungsminister, SPD; Gustav Bauer, Reichsarbeitsminister, SPD; Eduard David, Minister ohne Geschäftsbereich, SPD; Eugen Schiffer, stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister, DDP; Hugo Preuß, Innenminister, DDP; Georg Gothein, Reichsschatzminister und Minister ohne Geschäftsbereich, DDP; Johannes Bell, Verkehrsminister und Reichsminister für Kolonien, Zentrum; Johannes Giesberts, Reichspostminister, Zentrum; Matthias Erzberger, Minister ohne Geschäftsbereich, Zentrum; Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau, Auswärtiges Amt, Parteilos. Die Aufgabe des Rates der Volksbeauftragten ist damit erfüllt.

13. Februar 1919 – Die Räte fordern den Rücktritt Albert Roßhaupters

München-Ludwigsvorstadt * Ein Teil der Teilnehmer des Kongresses der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte sehen in dem Aufruf des Ministers für militärische Angelegenheiten, Albert Roßhaupter, die wehrfähigen Männer zum Eintritt in den „Volksheimatschutz“ zu bewegen, die Absicht, eine „Weiße Garde“ zu gründen. Sie fordern den Rücktritt des SPD-Staatsministers.

15. Februar 1919 – Die Ministerkrise wird für beendet erklärt

München-Ludwigsvorstadt * Die Ministerkrise, die Albert Roßhaupter durch seinen Aufruf an die wehrfähigen Männer zum Eintritt in den „Volksheimatschutz“ ausgelöst hat, ist beendet. Ministerpräsident Kurt Eisner gibt gegenüber dem Kongress der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte eine entsprechende Erklärung ab.

15. Februar 1919 – Zeitungs-Aufrufe zur Bildung einer Freiwilligen Volkswehr

München * In den Tageszeitungen erscheinen Aufrufe zur Bildung einer „Freiwilligen Volkswehr“ gegen das „Gespenst der Anarchie“ und das „Elend des Bolschewismus“. Unterzeichnet sind diese Aufrufe von Kasernenräten und Kommandeuren einzelner Truppenteile.

15. Februar 1919 – Franz Ritter von Epp stellt ein Freikorps zusammen

Ohrdruf * Seit Mitte Februar stellt Franz Ritter von Epp im thüringischen Ohrdruf im Auftrag des



Reichswehrministers Gustav Noske ein Freikorps zusammen. Offiziell soll es dem „Grenzschutz Ost“ dienen. In Bayern befürchtet man von Anfang an, dass die Truppe für den Einsatz im Inneren bestimmt ist, weshalb Ernst Schnepfenhorst (ab 18. März 1919 Minister für militärische Angelegenheiten) später die Zusammenarbeit mit dem Freikorps Epp ablehnen wird.

19. Februar 1919 – Gegen 16 Uhr beginnt der sogenannte Lotter-Putsch

München * Gegen 16 Uhr beginnt in München der sogenannte Lotter-Putsch, an dem sich rund 600 bewaffnete, überwiegend bayerische Soldaten beteiligen, die am 15. Februar aus Wilhelmshaven kommend hier eingetroffen sind. Die Putschisten unter Führung des Obermatrosen Conrad Lotter schlagen gleichzeitig an drei Stellen zu: Sie besetzen das Telegraphenamt am Hauptbahnhof, verhaften zur gleichen Zeit den Stadtkommandanten Oskar Dürr und den Polizeipräsidenten Josef Staimer in ihren Dienststellen und wollen in das vom Rätekongress besetzte Landtagsgebäude in der Prannerstraße eindringen. Außerdem wollen sie Kurt Eisner festnehmen und in die Tschechoslowakei abschieben. Während die putschenden Matrosen die beiden ersten Aktionen erfolgreich durchführen können, werden sie im Landtag von der Landtagswache mit Maschinengewehrfeuer vertrieben. Die Festnahme von Kurt Eisner verhindert der Landessoldatenrat Richard Scheid. Die Münchner Bevölkerung hält die Putschisten fälschlich für preußische Spartakisten. Es kommt am Bahnhofplatz zu einer kurzen Schießerei, bei dem der Straßenbahnfahrer Franz Stangl durch einen Kopfschuss ums Leben kommt. Gegen 17:30 Uhr ziehen sich die putschenden Matrosen zurück. Conrad Lotter wird verhaftet.

21. Februar 1919 – Ein Stimmungsumschwung gegenüber der Person Kurt Eisners

München * In der Bevölkerung tritt ein jäher Stimmungsumschwung gegenüber der Person Kurt Eisners ein. Eisner, der noch wenige Tage vor seiner Ermordung bespöttelt und als politisch gescheitert betrachtet wurde, ist nun auf einmal der „Märtyrer der Revolution“. Die erstaunliche Sympathie und Popularität, die der tote Ministerpräsident trotz aller vorausgegangenen Auseinandersetzungen um seine Person und seine Politik genießt, gründet vor allem darauf, dass man seine Ermordung als reaktionäres Komplott aufgefasst. Dem Toten wird in diesen Tagen als „Integrationsfigur des Proletariats“ eine fast kultische Verehrung entgegengebracht. Tausende von Münchnern besuchen den Schauplatz des Mordes. Noch an seinem Todestag wird an der Stelle, an der Kurt Eisner tödlich zusammengebrochen ist, ein Totenmal errichtet, in



dessen Zentrum ein überlebensgroßes, von einem Trauerkranz gerahmtes und auf einer Gewehrpyramide befestigtes Fotoporträt Kurt Eisners imaginäre Gegenwart symbolisiert. Dieser provisorische Epitaph entwickelt sich zu einem von Soldaten bewachten sakralen Bezirk. Die darin niedergelegten Blumengebinde und Kränze verstärken den Eindruck eines grabähnlichen Erinnerungsmales. Es besteht in dieser Form bis zum April. In seinem Roman „Wir sind Gefangene“ beschreibt Oskar Maria Graf auch die Ereignisse in der Nähe des Attentatortes: „Alle Menschen liefen mit verstörten Gesichtern stadteinwärts. Je weiter ich kam, desto aufgeregter wurde die dumpfe Hast. Vor dem Landtag ballte sich ein schwarzer Menschenknäuel, Soldaten und bewaffnete Zivilisten waren darunter. Ich stürmte weiter [...] an den Mordplatz. Da hatten sich Hunderte schweigend um die mit Sägspänen bedeckten Blutspuren Eisners zu einem Kreis gestaut. Fast niemand sagte ein lautes Wort, Frauen weinten leise und auch Männer. Etliche Soldaten traten in die Mitte und errichteten eine Gewehrpyramide. Viele legten Blumen auf den Platz, immer mehr und mehr.“

22. Februar 1919 – Gespräche zur Überwindung der Spaltung der Linken

München * Ernst Niekisch strebt die Wiederannäherung von USPD und SPD an, weshalb drei Mitglieder des Zentralrats - Niekisch, Sauber und Gandorfer - versuchen, durch Gespräche mit Delegierten der Münchner Ortsgruppen von SPD, USPD und Freien Gewerkschaften die Spaltung der Linken zu überwinden und eine sozialistische Einheitsfront zu begründen. Die sechs Verhandlungsführer bezeichnen sich als „Kommission zur Wiederherstellung der Einheit der sozialdemokratischen Parteien“. Sie erarbeiteten eine Vereinbarung als Grundlage für Verhandlungen unter den von ihnen vertretenen Interessengruppen. In der Präambel wird jeder politische Mord verurteilt, „gleich, von welcher Seite er verübt wird“, und ein Programm sozialistischer Einheit aufgestellt, das die Sicherung der Erfolge der Revolution gewährleisten und einen Bruder- und Bürgerkrieg vermeiden soll. Artikel 1 sieht vor, dass die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte in der Bayerischen Verfassung anerkannt und verankert werden. Rätemitglieder sollen in Ausübung ihres Amtes Immunität genießen. Außerdem sollen sie den Ministerien beratend zur Seite stehen. Nach Artikel 2 sollen die im Amt verbliebenen Minister ihre Stellung behalten und mit anderen Parteigenossen ein sozialistisches Ministerium bilden, dem ein Mitglied des Bayerischen Bauernbundes als Landwirtschaftsminister beitreten soll. Artikel 3 lautet: „Der am 12. Januar rechtmäßig gewählte Landtag wird, sowie es die Verhältnisse gestatten, wieder einberufen werden.“ Gemäß Artikel 4 soll das stehende Heer sofort aufgelöst und durch eine republikanische Schutzwehr, die aus Mitgliedern der Freien Gewerkschaften, des Bauernbundes und der organisierten Landarbeiterschaft besteht, ersetzt werden. Nach Artikel 5 wird die Freiheit der Presse grundsätzlich wiederhergestellt, doch werden gleichzeitig - „bis zur Rückkehr



geordneter Verhältnisse“ - erhebliche Einschränkungen der Pressefreiheit gefordert. Wie vorauszusehen war, geben die SPD-Führung und die Freien Gewerkschaften der Vereinbarung unverzüglich ihre Zustimmung. Anders die Münchner Räte. Sie zeigten sich über die hinter ihrem Rücken stattfindenden Gespräche empört. Eine zur Beratung des Programms einberufene Versammlung löste sich wegen des dritten Artikels in einem Tumult auf. Die Münchner Räte drohen unverhohlen, dass sie einem Zentralrat, der bereit ist, den Landtag anzuerkennen, die Bestätigung verweigern will. Damit besteht die geforderte und so hoch gelobte Einheitsfront nur noch auf dem Papier. Ernst Niekisch ist jetzt zwar quasi Regierungschef in Bayern. Doch den im Umbruch befindlichen Staat zu lenken, ist alles andere als einfach. Als zentrale Frage bleibt: Welches Regierungssystem - Parlamentarismus oder Räterepublik - soll künftig in Bayern herrschen?

26. Februar 1919 – Bewaffnete Aktivisten stürmen das Erzbischöfliche Palais

München-Obergiesing - München-Kreuzviertel * Während der Beisetzungsfeierlichkeiten für Kurt Eisner am Ostfriedhof stürmen sechs mit Gewehren bewaffnete Aktivisten das Erzbischöfliche Palais und hängen zwei Trauerfahnen zu den Fenstern hinaus.

26. Februar 1919 – Das Erzbischöfliche Palais wird gestürmt

München-Kreuzviertel * Um 11 Uhr stürmen sechs Männer, darunter vier Soldaten mit Gewehr das Erzbischöfliche Palais und stellen die Frage: „Warum ist da nicht beflaggt?“ Erzbischof Michael von Faulhaber schreibt: „Die Soldaten standen mit Gewehr am Fenster, so daß die Menge auf der Straße den Terror sah. Besonders ein junger Zivilist benahm sich sehr frech: Schleifen am Parkettboden, macht sich am Altar und Altarstein zu schaffen, schimpft über die leer stehenden schönen Räume. Andere Leute hätten keine Wohnung. [...] Bis der Sekretär von mir heimkam, flatterten bereits die zwei Fahnen“.

27. Februar 1919 – Das Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr

Weimar * Die in Weimar tagende Nationalversammlung beschließt das Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr mit deutlicher Reduzierung des Heeres von 800.000 auf 100.000 Mann. Die Reichswehr soll künftig aus bestehenden Freiwilligenverbänden und durch die Anwerbung von Freiwilligen gebildet werden. Viele der aus dem Heer entlassenen Frontsoldaten schließen sich daraufhin paramilitärischen, oftmals rechtsradikalen Organisationen



an.

2. März 1919 – Über Halle wird der Belagerungszustand ausgerufen

Weimar - Halle * Reichswehrminister Gustav Noske erteilt Generalmajor Georg Ludwig Rudolf Maercker den Befehl, mit seinem Landesjägerkorps in Halle einzumarschieren. An diesem 2. März verkündet Maercker den Belagerungszustand. In den nächsten Tagen kommt es bei der Bevölkerung von Halle zu 29 Toten und 67 Verwundeten.

3. März 1919 – Der Belagerungszustand wird über Groß-Berlin verhängt

Berlin * Am Abend wird der Belagerungszustand über Groß-Berlin verhängt. Das bedeutet, dass die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister übergeht, dass die Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht und die Unverletzlichkeit der Wohnung außer Kraft gesetzt werden.

3. März 1919 – Eine militante Rhetorik

Berlin * Anders als die Streikführer der USPD und der SPD, die die Arbeiter zum friedlichen und gewaltfreien Protest aufrufen, sind die Aufrufe der KPD und des Parteiorgans Rote Fahne von militanter Rhetorik geprägt. Die Rote Fahne ist davon überzeugt, dass Blut vergossen werden muss. „Auf zum Kampfe! Auf zum Generalstreik! Nieder mit Ebert-Scheidemann-Noske, den Mördern, den Verrätern! Nieder mit der Nationalversammlung! Alle Macht den Arbeiterräten!“

3. März 1919 – Generalstreik in Groß-Berlin beschlossen

Berlin * Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte beschließt - bei Enthaltung der sozialdemokratischen Delegierten - einen Generalstreik. Die Streikziele sind rein politische. Es geht um die Anerkennung der Arbeiter- und Soldatenräte, die sofortige Durchführung der Hamburger Punkte zur militärischen Kommandogewalt, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr, die sofortige Auflösung aller Freikorps, die Aufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland sowie umfassende Kompetenzen für Arbeiter- und Soldatenräte auf wirtschaftlichem Gebiet.



3. März 1919 – In Berlin werden Polizeireviere gestürmt

Berlin * In Berlin werden Polizeireviere gestürmt und über 1.000 Gewehre und Maschinengewehre erbeutet. Fünf Polizeibeamte kommen ums Leben.

4. März 1919 – Angebliche Pöbelhaufen greifen Regierungstruppen an

Berlin * Das Wolff'sche Telegraphenbüro berichtet über einen Pöbelhaufen, der auf dem Alexanderplatz mehrere Regierungssoldaten angreift. Sieben Soldaten sind angeblich spurlos verschwunden. Auch in anderen bürgerlichen Zeitungen mehren sich die Berichte über marodierende Pöbelhaufen, in denen die Gefährlichkeit der Streikenden hervorgehoben werden. Die Zeitungen werden hauptsächlich aus der Propagandazentrale des Kommandos Lützow mit Informationen versorgt. General Walther von Lüttwitz ist Gustav Noskes ranghöchster militärischer Befehlshaber. Er und sein Stab haben bereits Pläne für die militärische Besetzung Berlins ausgearbeitet. Dazu gehört auch die psychologische Kriegsführung und die Propaganda.

4. März 1919 – Groß-Berlin wird mit 30.000 Soldaten besetzt

Weimar - Berlin * Reichswehrminister Gustav Noske erteilt General Walther von Lüttwitz den Befehl, Berlin zu besetzen und „rücksichtslos“ die Ordnung wiederherzustellen. Die Truppe besteht aus über 30.000 Mann, zu denen auch die Garde-Kavallerie-Schützen-Division gehört.

5. März 1919 – Die Schlacht am Alexanderplatz beginnt

Berlin * Am Nachmittag beginnt die Schlacht am Alexanderplatz. Sie dauert bis zum 6. März. Es geht bei diesem Feuergefecht um das Polizeipräsidium. Über die genauen Hintergründe der Auseinandersetzung gibt es verschiedene, vollkommen unterschiedliche Aussagen. Tatsache ist, dass drei bewaffnete Truppen in der Nähe des Polizeipräsidiums am Alexanderplatz aufeinander treffen: die Regierungstruppen unter General Walther von Lüttwitz, die Republikanische Sicherheitswehr und die übrig gebliebenen Reste der Volksmarinedivision. Die Schuld für den Ausbruch der Kämpfe wird in den Zeitungen - je nach politischer Couleur - der jeweils anderen Seite zugewiesen. Die Schlacht endet, nachdem die regierungsnahen Truppen die Kontrolle über das Polizeipräsidium und dessen Umgebung übernehmen können. Dennoch müssen ein Toter und fünf Schwerverwundete hingenommen werden.



7. März 1919 – Eine Bande plündert Villen im Osten der Stadt

München-Bogenhausen * Eine Bande plündert Villen im Osten der Stadt. Mit Gewehren, Pistolen und Handgranaten stürmen sie die Häuser und rauben Bargeld, Schmuck, Waffen und sonstige Wertgegenstände.

9. März 1919 – Reichswehrminister Gustav Noske erlässt einen Schießbefehl

Weimar - Berlin * Reichswehrminister Gustav Noske reagiert umgehend auf den sogenannten „Lichtenberger Gefangenemord“ und erteilt einen Schießbefehl: „Die zunehmende Grausamkeit und Bestialität der gegen uns kämpfenden Spartakisten zwingen mich zu befehlen: Jede Person, die im Kampf gegen die Regierungstruppen mit der Waffe in der Hand angetroffen wird, ist sofort zu erschießen.“ Innerhalb von drei bis vier Tagen werden aufgrund des Befehls in Berlin mindestens 177, möglicherweise sogar über 200 Personen liquidiert. Was zunächst nur für die Niederschlagung der Aufständischen der Berliner Märzkämpfe gilt, wird am 25. April schließlich auch im Freistaat Bayern umgesetzt. An diesem Tag wird das Standrecht eingeführt, das bis zum 1. August 1919 gilt.

9. März 1919 – Angriff gegen die Aufständischen mit schweren Waffen

Berlin * Die Reichsregierung will als Reaktion auf den Guerillakrieg der Aufständischen diese mit einer Einschnürungsoperation niederkämpfen. Der Vorwärts erklärt seinen Lesern, dass das Ziel der Operation darin besteht, den Feind „konzentrisch einzuschließen und von allen Zufuhren abzuschneiden“. Es erfolgt ein fortgesetzter Angriff von Artilleriegeschützen, Mörsern, Maschinengewehren, Jagdflugzeugen und Handgranaten. Auf die zivile Bevölkerung wird in dem dicht bebauten Wohngebiet keine Rücksicht genommen.

9. März 1919 – Ein angeblicher Massenmord der Spartakisten

Berlin * Das Wolff'sche Telegraphenbüro meldet einen „gemeinen Massen- und Meuchelmord“ an sechzig Polizeibeamten und einigen Dutzend Regierungssoldaten, die von Spartakisten „wie Tiere abgeschlachtet“ worden sind. Der Mord an den „wehrlosen Gefangenen“ wird sofort und ungeprüft von den seriösen bürgerlichen Zeitungen übernommen. Der sogenannte „Lichtenberger Gefangenemord“ ist sofort in aller Munde.



13. März 1919 – Noske verteidigt in der Nationalversammlung seinen Schießbefehl

Weimar * Reichswehrminister Gustav Noske rechtfertigt vor der Nationalversammlung seinen Schießbefehl: Auf „juristische Tüfteleien“ lasse er sich nicht ein; es sei ein Gebot der Staatsräson gewesen, so rasch wie möglich Ruhe und Sicherheit wieder herzustellen. Den Schießbefehl nimmt er noch nicht zurück.

3. April 1919 – Ratschläge für das weitere politische Vorgehen in Bayern

München - Berlin * Ministerpräsident Johannes Hoffmann fährt mit dem Nachtzug nach Berlin, um Ratschläge für das weitere politische Vorgehen in Bayern einzuholen. Reichskanzler Philipp Scheidemann weist Hoffmann an, in der Rätefrage keine Kompromisse zu dulden. Falls es die Zustände in München nicht erlauben, solle er den Landtag in eine ruhigere Stadt in Nordbayern verlegen. Reichswehrminister Gustav Noske bietet Hoffmann die militärische Hilfe der Reichswehr an, verlangt aber im Gegenzug den Verzicht Bayerns auf seine militärischen Sonderrechte und die bedingungslose Anerkennung des neuen Reichswehrgesetzes. Johannes Hoffmann lehnt ab. Er will selbst für Ordnung sorgen durch die Gründung einer aus Freiwilligen bestehenden Volkswehr. Der Freistaat Bayern hat zu diesem Zeitpunkt noch die Souveränität und ist damit noch im Besitz der Reservatrechte über das Militär, die Post und die Bahn.

7. April 1919 – Die Räteregierung informiert Ungarns Regierung

München - Budapest * Die bayerische Räteregierung informiert umgehend den Revolutionären Regierungsrat in Budapest über den politischen Schritt. Der ungarische Regierungschef Bela Kun unterbricht daraufhin die Regierungssitzung und verliest das Münchner Telegramm unter tosendem Beifall: „Die Bayerische Räterepublik folgt dem Beispiel des russischen und ungarischen Volkes. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jede Zusammenarbeit mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger ab, weil dieser unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammen gebrochenen deutschen Kaisertums fortsetzt“. Damit gibt es in Europa schon drei Räterepubliken.

7. April 1919 – Brüderliche Grüße nach Moskau



München * Der Volksbeauftragte für Äußeres, Dr. Franz Lipp, ein Stuttgarter Schriftsteller und Journalist, informiert die Regierungen von der Gründung der Räterepublik Bayern und übermittelt „brüderliche Grüße“ nach Moskau. Die lesenswerte Depesche lautet: „Proletariat Oberbayerns glücklich vereint. Sozialisten plus Unabhängige plus Kommunisten fest als Hammer zusammen geschlossen, mit Bauernbund einig. Klerikal uns wohlgesinnt. Liberales Bürgertum als Preußens Agent völlig entwaftet. Bamberg Sitz des Flüchtlings Hoffmann, der aus meinem Ministerium den Abtrittschlüssel mitgenommen hat. Die preußische Politik, deren Handlanger Hoffmann ist, geht dahin, uns von Norden, Berlin, Leipzig, Nürnberg abschneiden, auch von Frankfurt und vom Essener Kohlengebiet und uns gleichzeitig bei der Entente als Bluthunde und Plünderer zu verdächtigen, dabei trafen die haarigen Gorillahände Gustav Noskes von Blut. Wir erhalten Kohle und wir erhalten Lebensmittel in reichlichen Mengen aus der Schweiz und aus Italien. Wir wollen den Frieden für immer. Immanuel Kant: Ewigen Frieden 1795 Thesen 2 bis 5. Preußen will den Waffenstillstand zur Vorbereitung des Rachekrieges.“

10. April 1919 – Der Verein der Staatsbürger jüdischen Glaubens wehrt sich

München * Der Verein der Staatsbürger jüdischen Glaubens wehrt sich in Erklärungen gegen die in Flugblättern erhobenen Vorwürfe, dass die Juden die eigentlichen Triebkräfte der Revolution sind.

10. April 1919 – Einstellungsbeginn für die Rote Armee

München-Schwabing * Um 10 Uhr beginnt im Städtischen Wehramt an der Winzererstraße die Werbung für die Rote Armee der Räterepublik Bayern. Es melden sich zwar viele Freiwillige, dennoch ist fraglich, ob ein derart zusammen gewürfeltes und mangelhaft ausgerüstetes Heer, das nur wenige Offiziere aufweist, den gut organisierten Reichswehr- und Freikorpsgruppen standhalten kann. Jeder Angehörige der Roten Armee erhält bei freier Verpflegung, Unterkunft und Kleidung eine Tageslöhnung von 7.- Mark. Verheiratete (Selbstverpfleger) erhalten zusätzlich 7,50 Mark. Eintretende Erwerbslose haben nach dem Austritt aus der Roten Armee Anspruch auf Arbeitslosenfürsorge.

10. April 1919 – Dr. Fritz Gerlich flieht mit gefälschten Papieren nach Bamberg

München - Bamberg * Dr. Fritz Gerlich flieht mit gefälschten Papieren nach Bamberg, wo sich auch die Bayerische Regierung aufhält. Er stellt die Verbindung zu



Reichswehrminister Gustav Noske her und agiert als Redner vor den Freikorps für die „Befreiung Münchens von der Räteregierung“.

12. April 1919 – Die BVP wehrt sich gegen land- und rassefremde Elemente

München * In einem von der Bayerischen Volkspartei - BVP veröffentlichten Aufruf lehnt sie „jede Vergewaltigung des Volksganzen durch eine terroristische, von land- und rassefremden Elementen geführte Minderheit entschieden ab und verlangt, [dass] endlich die Verhetzung weiter Kreise durch ausländische politisierende Juden ein Ende hat“.

12. April 1919 – Ministerpräsident Hoffmann setzt auf Rechtsextreme und Völkische

Bamberg - Weimar - München * Ministerpräsident Johannes Hoffmann sieht sich durch das Telegramm des Reichspräsidenten Friedrich Ebert zum Handeln gezwungen. Er wird die Hilfe von Rechtsextremisten und Völkischen in Anspruch nehmen, in dem er beispielsweise über einen bekannten Augsburger Rechtsanwalt an den Chef der Thule-Gesellschaft, Rudolf von Sebottendorf, anfragen lässt, ob dieser für die Regierung tätig sein will. Reichswehrminister Gustav Noske und der Freikorps-Führer Franz Ritter von Epp hoffen auf eine überstürzte militärische Aktion der Regierung Hoffmann. Sie rechnen damit, dass ein Putsch der schwachen bayerischen Verbände fehlschlagen würde. Damit hätten sie die Legitimation für den Einmarsch von Reichswehr und Freikorps in den Freistaat Bayern.

13. April 1919 – Bewaffnete Arbeitermilizien rücken zum Hauptbahnhof vor

München-Maxvorstadt * Mit Maschinengewehre bewaffnete Arbeitermilizien unter der Führung des kommunistischen Matrosen Rudolf Egelhofer und des anarchistischen Schriftstellers Josef Sontheimer rücken am Nachmittag zum Hauptbahnhof vor. Eine aus drei Personen bestehende Abordnung wird gebildet, die mit dem Chef der Republikanischen Schutztruppe, Alfred Seyfferitz, verhandeln sollen. Der Bahnhofskommandant Emil Aschenbrenner lässt die Abgesandten festnehmen und umgehend erschießen. Spätestens in diesem Moment ist eine friedliche Lösung ausgeschlossen.

13. April 1919 – Nächtliche Ruhestörung



München-Haidhausen * Josef Hofmiller beschreibt in seinem Tagebuch die Situation in der Nähe seines Wohnortes an diesem Tag: „Der Nachmittag verlief bei uns in Haidhausen ganz ruhig. Abends, gegen ½ 9 Uhr, hörten wir mehrere starke Schüsse, wie von Artillerie, aber in einiger Entfernung. Um 10 Uhr gingen wir ins Bett. Als hätten die Schweine nur auf diesen Augenblick gewartet, fangen sie plötzlich an, in unmittelbarer Nähe zu schließen, vermutlich aus der Kirchenschule; mit Gewehren, Handgranaten und Maschinengewehren. Die nächtliche Ruhestörung dauerte etwa bis ½ 11 Uhr.“

13. April 1919 – Das Regierungsprogramm der Kommunistischen Räterepublik

München - Freistaat Bayern * Die Proklamation der Zweiten Räterepublik ist ein aussichtsloses Unterfangen, denn Münchens Isolation in Gesamtbayern ist noch weiter gestiegen und von außen ist keine Unterstützung zu erwarten, da die Reichsregierung Herr der militärischen Lage ist. Eine vage Hoffnung verbindet sich allenfalls mit Aufständen in Österreich. Eugen Leviné will ein revolutionäres Exempel statuieren, den „Massen Anschauungsunterricht geben, ihnen zeigen, wie eine Räterepublik aufgebaut wird“, und hofft, auch eine niedergeschlagene Räterepublik würde weitere Emanzipationsversuche herausfordern. Gegenüber ihrer Vorgängerin bemüht sich die kommunistische Räteregierung mit Hochdruck um die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats. Ihr geht es nicht um die bloße Übernahme der Gewalt, sondern um die Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates. Vorrang besitzt die Bildung eines eigenen Behördenapparates mit verschiedenen Kommissionen und die Schaffung einer Roten Armee. Zur Abwehr gegenrevolutionärer Putschvorhaben tritt bis zum 23. April ein Generalstreik in Kraft. Das gesamte Bankwesen wird unter der Leitung von Emil Maenner und Towia Axelrod nationalisiert, die Gewerbe- und Industriebetriebe vorerst nicht sozialisiert, aber der Kontrolle der Betriebsräte unterstellt. Mit drakonischen Strafandrohungen wird versucht, gegen Plünderer und „Revolutionsschmarotzer“ vorzugehen. Die bürgerliche Presse wird verboten. Während des Generalstreiks erschienen allein die kostenlos verteilten „Mitteilungen des Vollzugsrates der Betriebs- und Soldatenräte“. Trotz großer Anstrengungen bleiben auch die Herrschaftsorgane der Zweiten Räteregierung weitgehend ineffizient - es fehlt an zuverlässigen Kräften und der Zeitdruck ist groß.

14. April 1919 – Die Vergeltungsmaßnahmen gegen die bayerische Räterepublik beginnen

Berlin - Bamberg - München * Die Vergeltungsmaßnahmen gegen die bayerische Räterepublik können beginnen. Reichswehrminister Gustav Noske übernimmt den Oberbefehl über die Aktion. Generalleutnant Ernst Friedrich Otto von Oven erhält den



Oberbefehl über die Invasionstruppen. General Arnold Ritter von Möhl erhält den Titel Bayerischer Oberbefehlshaber, bleibt aber Statist ohne Befehlsgewalt.

15. April 1919 – Die Rote Armee erringt ihren ersten Sieg

München - Allach - Karlsfeld * Mit Lastwagen werden die eingetroffenen Rotgardisten an die Front bei Allach gebracht. Südlich der Straße Allach - Ludwigsfeld stoßen die Roten auf den Feind. Ihnen gelingt es, die von der Gegenwehr völlig überraschten Regierungstruppen nach Karlsfeld zurückzudrängen. Da die Angreifer - trotz ihrer guten Ausrüstung - weder über den notwendigen Kampfesmut verfügen, noch auf ihre bayerischen Kameraden schießen wollen, laufen viele Weiße zum Feind über oder fliehen zurück nach Dachau. Damit hat die Rote Armee ihren ersten Sieg errungen.

16. April 1919 – Ernst Toller setzt auf Verhandlungen mit den Angreifern

Dachau * Ernst Toller, der zwischenzeitlich zum Abschnitts-Kommandanten der bei Dachau stationierten Roten Armee ernannt worden ist, verweigert Rudolf Egelhofers Befehl, die Stadt mit Artillerie zu beschießen. Toller will mit den Angreifern verhandeln. Nachdem die Verhandlungen gescheitert sind, gelingt der Roten Armee ein weiterer Sieg über die Regierungstruppen. Egelhofers Befehl, die gefangen gesetzten Offiziere standrechtlich zu erschießen, wird von Ernst Toller erneut verweigert. Er setzt auch weiterhin auf Verhandlungen und die Vernunft beider Seiten. Damit erreicht er zwar einen Waffenstillstand, der jedoch den Regierungstruppen die dringend notwendige Atempause verschafft, um sich zu sammeln und um den Gegenschlag vorzubereiten. Außerdem ersuchen die Weißen in Berlin um Verstärkung nach. Die Weißen Truppen haben Dachau bedingungslos übergeben. Der Roten Armee fallen mehrere Millionen Schuss Infanterie-Munition, 4 Geschütze, 3 Maschinen-Gewehre, Sanitätsfahrzeuge und anderes Material in die Hände. „Wir machten mehrere Hundert Gefangene, darunter 4 Offiziere. Wir beklagen 8 Tote und eine Zahl Verwundete. Unsere Arbeiter und Truppen schlugen sich hervorragend. Unsere Truppen sind über Dachau hinaus vorgestoßen“, heißt es in einem Flugblatt des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte Münchens vom 17. April.

17. April 1919 – Einsatz von Reichswehrverbänden gegen München beschlossen

Weimar * Reichswehrminister Gustav Noske ordnet an diesem Gründonnerstag den Einsatz von Reichswehrverbänden und hartes Vorgehen gegen München an. Das militärische



Ungleichgewicht ist überwältigend.

20. April 1919 – Die größte militärische Operation der Nachkriegszeit hat begonnen

Weimar - Augsburg - München * Mit dem von Reichswehrminister Gustav Noske eingerichteten „Oberkommando der Reichsaktion gegen München“ hat die größte militärische Operation der Nachkriegszeit begonnen. 35.000 Soldaten aus Bayern, Württemberg und Norddeutschland marschieren auf München zu.

20. April 1919 – Mit erhobenem Haupte untergehen

München * Eugen Leviné erkennt, dass es für die bedrängte Räterepublik keine Unterstützung von außen geben wird. Doch wenn die Revolution untergehen soll, dann - so seine Auffassung - mit erhobenem Haupte: „Es ist ein Irrtum zu glauben, dass kleinmütige Unterwerfung ein besserer Weg sei, um Blutvergießen zu vermeiden oder zu verhindern. Im Gegenteil: Nur wenn die Weißen Garden eine kühn entschlossene Armee vor sich haben und merken, dass der Kampf auch in ihren Reihen Opfer fordern wird, werden sie bereit sein, Konzessionen zu machen. [...] Die Weiße Armee wird auf jeden Fall einen Vorwand für ein Blutbad finden. [...] Ist Arbeiterblut so billig, dass man es zur Genugtuung von neugebackenen Pazifisten wehrlos vergießen darf?“. Leviné argumentiert damit gegen Ernst Toller und Gustav Klingelhöfer, die mit der Regierung Hoffmann verhandeln wollen. Doch auch der KPD-Parteiführer in Berlin, Paul Levi, befürwortet eine bedingungslose Kapitulation, um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden.

22. April 1919 – Augsburg kapituliert

Augsburg * Augsburg kapituliert, nachdem sich die Arbeiter erbittert gewehrt haben. Dadurch können die Weißen Truppen den strategisch wichtigen Eisenbahnknotenpunkt einnehmen. Eine für die Eroberung Münchens wichtige Voraussetzung. Alleine an diesem 22. April kommen zehn Regierungssoldaten und 34 Einwohner von Augsburg ums Leben, darunter vier Frauen und ein Kind. Die meisten sind unbeteiligte Zivilisten.

23. April 1919 – Reichswehrminister Gustav Noske ordnet den Angriff auf München an

Weimar * Reichswehrminister Gustav Noske [SPD] ordnet den Angriff Münchens durch zwei



große militärische Einheiten an und übernimmt für die Aktion selbst die Oberleitung. Die an der bayerischen Nordgrenze stehenden Preußischen Hilfstruppen unter Generalleutnant Ernst von Oven und die Württembergischen Einheiten sowie die noch zu sammelnden bayerischen Verbände und das Bayerische Schützenkorps bei Augsburg-Ulm. Noske gibt dazu militärisch präzise Anweisungen: „Das Operationsziel ist München. In München ist die Gewalt der gesetzmäßigen bayerischen Regierung wiederherzustellen. [...] Sobald München besetzt und der Widerstand in München erloschen ist, übernimmt der bayerische Generalmajor [Arnold Ritter] von Möhl den Befehl in München“. Die Gesamtstärke der gegen die Räteregierung eingesetzten, voll ausgerüsteten Streitkräfte beträgt annähernd 35.000 Mann. Der Oberbefehl wird dem preußischen Generalleutnant Ernst von Oven übertragen.

25. April 1919 – Aufruf zum Eintritt in die Freikorps und in die Volkswehr

München - Bamberg - Freistaat Bayern * In Flugblättern der Regierung Hoffmann wird zum Eintritt in die Freikorps und in die Volkswehr aufgerufen.

26. April 1919 – Die Aktivitäten der Thule-Gesellschaft werden aufgedeckt

München * Die Aktivitäten der Thule-Gesellschaft werden von der Kommission zur Bekämpfung der Konterrevolution aufgedeckt. Mit Hilfe von gefälschten Stempeln und Ausweisen hat sich die Thule-Gesellschaft Zugang zur Roten Armee verschafft und alle gesammelten Informationen an die Regierung Hoffmann in Bamberg weitergegeben. Die Angreifer sind damit im Besitz wertvoller Informationen über Abwehrstellungen, Truppenstärke, Bewaffnung und die Verteidigungsstrategie der Roten Armee. Die Durchsuchung der Logen-Räume der Thule-Gesellschaft im Hotel Vier Jahreszeiten bestätigt den Verdacht, aber die Verantwortlichen sind inzwischen geflohen. Allerdings haben sie die Mitgliederkartei vergessen. Dadurch kann die Rote Armee mehrere Mitglieder der Thule-Gesellschaft verhaften. Sie stehen unter dem Verdacht, für die Regierungstruppen und Freikorps geworben zu haben. Anschließend werden sie ins Luitpold-Gymnasium gebracht.

27. April 1919 – Besetzungs-Befehle des Reichswehrtruppenkommandos

Freistaat Bayern * Auf Befehl des Reichswehrtruppenkommandos sind Generalleutnant Ernst von Oven alle bayerischen und württembergischen Truppen einschließlich des Freiwilligen Bayerischen Schützenkorps unter Oberst Franz Ritter von Epp unterstellt.



28. April 1919 – Die Regierung Hoffmann hat sich der Reichswehr ausgeliefert

München * Mit dem Herannahen der Regierungstruppen wird die Zahl derer, die bereit sind zu kämpfen, immer kleiner. Doch die Regierung Hoffmann hat sich bei der Befreiung Münchens praktisch der Reichswehr ausgeliefert. Nachdem sie einmal die Zustimmung zur Reichsexekution gegeben hat, kann sie keinerlei Einfluss mehr auf den ganzen Vorgang ausüben.

29. April 1919 – Franz von Stuck wird in der Kirchenschule inhaftiert

München-Haidhausen * Der Malerfürst Franz von Stuck wird - nach eigenen Aussagen - „Nachts um zwei Uhr“ von „zwei Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr nach einem Schulgefängnis in Haidhausen“ gebracht.

30. April 1919 – Der Belagerungsring um München wird geschlossen

Dachau * Nach heftigen Gefechten bei Dachau gelingt den Regierungstruppen unter Generalleutnant Friedrich von Friedeburg - trotz heftiger Gegenwehr der Roten Armee - der Durchbruch. Damit kann der Belagerungsring um München durch Regierungssoldaten und Freikorps geschlossen werden. Dass Dachau aufgegeben wird, ist für die Kommunisten ein verhängnisvoller Fehler. „Nachdem auch die Nordfront dem Feinde freiwillig geöffnet war, brach auch der Kampfwille der Arbeiter zusammen. Jetzt war der Demoralisation, der Feigheit, dem Verrat, der Panik weit das Tor geöffnet. Die Massendesertation der Arbeiter setzte ein. Gewehre wurden zerbrochen, in die Isar geworfen, [...] der Zusammenbruch war da. [...] Die weißen Garden konnten ungehindert nach München einmarschieren.“

30. April 1919 – Perlacher Rotarmisten gegen das Freikorps Regensburger Volkswehr

Perlach * Im Kampf um München liefern sich in Perlach Rotarmisten und das Freikorps Regensburger Volkswehr ein kurzes Feuergefecht.

Mai 1919 – Dr. Fritz Gerlich kämpft gegen den marxistischen Sozialismus

München * Dr. Fritz Gerlich kämpft im Münchner Bürgerrat, im Bayerischen Heimatdienst sowie



mit der Wochenzeitschrift *Feurjo* gegen den marxistischen Sozialismus. Daneben beschafft er Geldmittel zur Gründung der Bayerischen Einwohnerwehr und für die Überwachung der Kommunistischen Partei. Dieses Engagement trägt zu seinem Ruf als „Marxistentöter“ bei.

1. Mai 1919 – Eine erdrückende Übermacht der Regierungstruppen steht vor München

München * Die aus zahlreichen Freikorps, Reichswehr und einem württembergischen Gruppenkommando bestehenden Weißen Truppen belagern München. Insgesamt stehen rund 35.000 Regierungssoldaten den etwa 10.000 bis 12.000 Rotarmisten gegenüber.

1. Mai 1919 – Regierungstruppen besetzen das Maximilianeum

München-Haidhausen * Regierungstruppen besetzen das Maximilianeum und stellen in zwei Studentenzimmern Maschinengewehre auf. Ein Waffenlager mit weiteren acht MGs und achthundert Gewehren wird angelegt und im Keller Pferdestallungen eingerichtet - dies alles, um von hier aus München zu befreien.

1. Mai 1919 – Erbitterte Kämpfe in Obergiesing

München-Giesing * Als die Weißen Truppen auf der Tegernseer-Landstraße gegen die rote Hochburg Giesing vorrücken, postiert die Rote Armee auf dem für sie strategisch günstig gelegenen, 95 Meter hohen Kirchturm der neugotischen Heilig-Kreuz-Kirche ihre Maschinengewehre. Am Giesinger Berg werden die Regierungssoldaten mit MG-Feuer und Handgranaten empfangen. Es folgen erbitterte Straßenschlachten, besonders an der Martin-Luther- und Ichostraße. Eine spezielle Kampftaktik der Giesinger Roten Armee, durch das Kanalisationssystem hinter die Linien der Feinde zu gelangen, dort aus den Kanaldeckeln herauszuschießen und sofort wieder zu verschwinden, führt dazu, dass es trotz der Überlegenheit der Weißen und des Einsatzes eines Panzerzuges bei der Pilgersheimer Eisenbahnbrücke Tage dauert, bis der Widerstand gebrochen ist. In den Augen der Konterrevolutionäre die „Schmach von Giesing“.

1. Mai 1919 – Bürgerliche Kampfverbände werden gebildet

München * Bürgerliche Kampfverbände, bestehend aus bewaffneten Bürgern, Studenten,



ehemaligen Soldaten und Polizisten sowie zahlreichen Freiwilligen, sammeln sich vor der Feldherrnhalle und besetzen schließlich die geräumte Residenz. Oskar Maria Graf schreibt über die sich nun, unter dem Schutz der militärischen Übermacht wieder zeigende und sich an der „Treibjagd auf verdächtige Zivilisten“ beteiligende Bürgerwehr: „Jetzt waren auf einmal wieder die verkrochenen Bürger da und liefen emsig mit umgehängten Gewehr und weißblauer Bürgerwehr-Armbinde hinter den Truppen her. Wahrhaft gierig suchten sie mit den Augen herum [...], rannten einen Menschen nach, schlugen plärrend auf ihn ein, spuckten, stießen wie wildgeworden und schlepten den Halbtotgeprügelten zu den Soldaten.“

1. Mai 1919 – Kämpfe: Der Stachus-Kiosk brennt lichterloh

München * Am Nachmittag dringen eigenmächtig operierende Freikorps von der Residenz aus bis zum Lenbachplatz vor. Die Marine-Brigade Ehrhardt erreicht - von Schleißheim kommend - gegen Mittag Schwabing und beteiligt sich später an den Kämpfen am Stachus. Auch aus Regensburg stammende Soldaten sowie Angehörige des Freikorps Grafing und die Batterie Zenetti sind an diesen Kämpfen beteiligt. Dort entfacht sich ein mehrstündiges Gefecht. Die Rotarmisten leisten erbitterten Widerstand und verteidigen den Stachus mit Gewehrfeuer. Ein Zeitzeugenbericht schildert die weiteren Ereignisse: „Mittlerweile hatten die Regierungstruppen bei der Anlage an der Deutschen Bank ein Geschütz in Stellung gebracht und eine Brandbombe in den Kiosk gesetzt, der bald lichterloh aufflammte und die Roten Gardisten zwang, ihren verzweiferten Widerstand aufzugeben und sich gegen die protestantische Kirche und das Kaufhaus Horn zurückzuziehen. Bald war der Karlsplatz zum wütendsten Kampfplatz geworden. [...] Gegen Abend bekamen die Regierungstruppen Verstärkungen von der Herzog-Wilhelm-Straße und dem Sendlingertor-Platz her. Die Rotgardisten wurden über den Karlsplatz in den Justizpalast und gegen die Elisenstraße geworfen, von wo aus sie heftigen Widerstand leisteten. Das an der Deutschen Bank postiert gewesene Geschütz wurde infolgedessen bis zum Wittelsbacher-Brunnen zurückgezogen und beschoss in den Nachmittagsstunden den Justizpalast, der an der gegen den Stachus gerichteten Seite zwei Treffer im dritten Stock erhielt. [...] Viele Spartakisten flüchteten in den Mathäser“. Doch es gibt auch Gegenwehr von anderer Seite, die die Weißen Truppen letztlich zum Abziehen zwingen. Dazu zählen auch die Teilnehmer der Maikundgebung auf der Theresienwiese, die dort „waffenlos demonstriert“ haben und sich nun auf dem Nachhauseweg befinden.

1. Mai 1919 – Geschütze vor und hinter dem Friedensengel

München-Bogenhausen * Am heutigen Europaplatz beim Friedensengel werden von den Weißen



Truppen zwei 15-Zentimeter-Geschütze aufgebaut, direkt am Denkmal Maschinengewehre in Richtung Prinzregentenstraße aufgestellt. Ihr Ziel sind Stellungen der Roten Armee. Die Rotgardisten schießen aus den Häusern an der Widenmayerstraße.

1. Mai 1919 – Die Weißen Truppen müssen sich wieder aus der Innenstadt zurückziehen

München * Nach Bekanntwerden der voreiligen und unabgestimmten Kampfmaßnahmen ergeht vom leitenden Offizierskorps ein sofortiger Rückzugsbefehl. Einige Befehlshaber ignorieren diesen Befehl jedoch. Dass es einigen relativ kleinen Einheiten gelingt, ohne größere Verluste bis in den Stadtkern vorzudringen, ist nur der Beweis für das Nichtvorhandensein einer schlagkräftigen Gegenwehr. Bis zum Abend müssen sich die regierungstreuen Weißen Truppen dennoch wieder aus der Innenstadt zurückziehen oder sie verschanzen sich in der Residenz. Auch den Hauptbahnhof müssen sie wieder an die Rote Armee und die Arbeiterwehr übergeben. Bei den Angehörigen der Roten Armee und der Arbeiterwehr entsteht andererseits der Eindruck, dass die Weißen durchaus besiegt sind. Sie wissen freilich nicht, dass sie nur gegen einige befehlswidrig vorgerückte Einzelgruppen gekämpft haben und ihnen nicht die eigentliche Streitmacht gegenübersteht.

2. Mai 1919 – Die Maschinengewehrfabrik Sedlbauer in Obergiesing wird beschossen

München-Giesing * Giesinger Rotarmisten verschanzen sich in der Maschinengewehrfabrik Sedlbauer in Obergiesing und versuchen, den vom Osten anrückenden Truppen - darunter das Bayerische Schützenkorps - Widerstand entgegenzusetzen. Sie werden durch intensivem Artilleriebeschuss aus dem während des Weltkriegs errichteten Betonbau vertrieben.

2. Mai 1919 – Ein Siegerbericht über die Giesinger Kämpfe

München-Giesing * In dem im Jahr 1934 erschienenen tendenziösen Machwerk „Rotmord über München“ werden die Kämpfe in Giesing aus der Sicht der Sieger geschildert. Dort heißt es: „Am furchtbarsten raste der Kampf im roten Giesing, wo das Korps Epp am 2. Mai eingerückt ist. Da kracht es aus den Fenstern, aus den Dachluken und aus den Kellerlöchern. Da hämmert es von der Mariahilfkirche [es muss sich dabei allerdings um die Giesinger Heilig-Kreuz-Kirche handeln] das MG. Da tun Frauen Winkerdienste für die roten Schützen, da schießt man mit zerfleischenden Dum-Dum auf deutsche Brüder, da muss Artillerie eingesetzt werden gegen einzelne feuer- und todspeiende Dächer, und ihre Einschläge fallen in den Giesinger Kirchturm



und in das Pfarrhaus. [...] Rechts und links an die Häuserwände gedrückt arbeiten sich die Soldaten vor. ‚Straße frei - Fenster zu!‘ und wenn sie an manch stillen Stellen vorbei sind, oder auch an Stellen, wo man sie mit dem Ruf: ‚Hoch Epp!‘ empfangen hat, dann schiebt sich leise aus dem Keller das tückische Gewehr und streckt hinterrücks einen Kameraden nieder“.

2. Mai 1919 – Gustav Landauer wird im Gefängnis Stadelheim ermordet

München-Obergiesing * Gustav Landauer wird ins Gefängnis Stadelheim gebracht, wo er von Freikorpssoldaten in grausamster Weise misshandelt und schließlich ermordet wird. Ein Zeuge berichtet: „Am 2. Mai stand ich als Wache vor dem großen Tor zum Stadelheimer Gefängnis. Gegen 1¼ Uhr brachte ein Trupp bayerischer und württembergischer Soldaten Gustav Landauer. Auf dem Gang vor dem Aufnahmezimmer versetzte ein Offizier dem Gefangenen einen Schlag ins Gesicht. Die Soldaten riefen dazwischen: ‚Der Hetzer, der muss weg. D'erschlagts ihn!‘. Landauer wurde dann mit Gewehrkolben an der Küche vorbei in den ersten Hof rechts hinaus gestoßen. Im Hof begegnete der Gruppe ein Major in Zivil, der mit einer schlegelartigen Keule auf Landauer einschlug. Unter Kolbensschlägen und den Schlägen des Majors sank Landauer zusammen. Er stand zwar wieder auf und wollte zu reden anfangen. Da rief ein Vizewachmeister: ‚Geht mal weg!‘. Unter Lachen und freudiger Zustimmung der Begleitmannschaften gab der Vizewachmeister zwei Schüsse ab, von denen einer Landauer in den Kopf traf. Landauer atmete immer noch. Da sagte der Vizewachmeister: ‚Das Aas hat zwei Leben, der kann nicht kaputtgehen!‘. Da Landauer immer noch lebte, legte man ihn auf den Bauch. Unter dem Ruf: ‚Geht zurück, dann lassen wir ihm noch eine durch!‘, schoss der Vizewachmeister Landauer in den Rücken, dass es ihm das Herz heraus riss und er vom Boden schellte. Da Landauer immer noch zuckte, trat ihn der Vizewachmeister zu Tode. Dann wurde ihm alles heruntergerissen und seine Leiche zwei Tage lang ins Waschhaus geworfen“.

2. Mai 1919 – Erbitterte Straßenschlachten rund um die Martin-Luther-Straße

München-Giesing * Die Angst und der Hass auf die Giesinger war bei den Nationalsozialisten tief eingebrannt und reichte in die Zeit der Zerschlagung der Räterepublik zurück. Als die Weißen Truppen auf der Tegernseer-Landstraße gegen die Rote Hochburg Giesing vorrücken, postiert die Rote Armee auf dem strategisch günstig gelegenen Turm der Heilig-Kreuz-Kirche ihre Maschinengewehre.

3. Mai 1919 – Jetzt beginnt „die Reinigung von dem roten Gesindel“



München * Jetzt beginnt „die Reinigung von dem roten Gesindel“, wie es eine Zeitung formuliert. Nicht Befreiung, sondern Terror einer grausamen Soldateska müssen die Münchner in den nächsten Tagen erleben. Willkürliche Erschießungen, furchtbare Folterungen und Morde werden begangen. Oskar Maria Graf schreibt: „Überall zogen lange Reihen verhafteter, zerschundener, blutig geschlagener Arbeiter mit hochgehaltenen Armen. Seitlich, hinten und vorne marschierten Soldaten, brüllten, wenn ein erlahmter Arm niedersinken wollte, stießen mit Gewehrkolben in die Rippen, schlugen mit Fäusten auf die Zitternden ein. [...] Das sind alle meine Brüder, dachte ich zerknirscht. [...] Sie sind alle Hunde gewesen wie ich, haben ihr Leben lang kuscheln und sich ducken müssen, und jetzt, weil sie beißen wollten, schlägt man sie tot. [...] Tage hindurch hörte man nichts mehr als Verhaftungen und Erschießungen. [...] Die Räterepublik war zu Ende. Die Revolution war besiegt. Das Standgericht arbeitete eifrig.“

3. Mai 1919 – Bildung der Volkswehr und von Freiwilligenkorps zugelassen

Bamberg * Das Ministerium für militärische Angelegenheiten lässt die Bildung der Volkswehr und von Freiwilligenkorps zu.

4. Mai 1919 – Erschießungen in Haidhausen

München-Haidhausen * Josef Hofmiller berichtet in seinem Tagebuch über Erschießungen, in der er eine Notwehr erkennt, die ihm wegen der Angriffe aus dem Hinterhalt für erforderlich erscheinen: „Heute früh kam das Lieserl von den Hausleuten herauf und erzählte, einer von den Regierungstruppen sei gestern durch die ‚Grube‘ gegangen mit einem Zivilisten, um Haussuchung zu halten, da wäre er vor einem Fenster aus erschossen worden. Man habe dann die Kommunisten, Vater und Sohn, herausgeholt und an die Wand gestellt. In der äußeren Maximiliansstraße habe man fünf Mann aus einem Haus herausgeholt und erschossen. Auf der Wiese oberhalb der Flurstraße soll man vierzig erschossen haben. Einen habe man aus dem Prinzregententheaterkeller heraufgeholt und gleich auf der Straße erschossen. Immer wieder wurde aus den Häusern auf die Regierungstruppen geschossen, noch mehr auf einzelne.“ I

4. Mai 1919 – Immer mehr Weiße Truppen rücken in München ein

München * Am Sonntag, dem 4. Mai 1919 herrschte warmes und schönes Frühlingswetter. Immer mehr Weiße Truppen rücken in München ein, darunter Volkswehren aus dem Oberland. Und wieder werden 27 Spartakisten standrechtlich hingerichtet.



5. Mai 1919 – Zustände wie 1914 in Belgien

München-Haidhausen * Josef Hofmiller wird von seinem Schwager informiert, dass in seinem Wohnviertel „die Straßenkämpfe so schlimm [waren], wie 1914 in Belgien. Wer mit der Waffe in der Hand angetroffen wurde, wurde auf der Stelle erschossen. Es ist jetzt so weit gekommen, dass viele Gewehre von Kindern mitgeführt werden, die angeben, sie hätten sie gefunden“.

6. Mai 1919 – 21 Kolpinggesellen werden im Keller des Prinz-Georg-Palais ermordet

München-Maxvorstadt * Etwa dreißig Mit-glieder des Katholischen Gesellenvereins Sankt-Joseph treffen sich in ihrem Vereinslokal, dem Maxkasino, in der Augustenstraße 41. Dem preußischen Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiment war zuvor von einem Denunzianten mitgeteilt worden, dass dort am Abend eine Versammlung von Rotarmisten stattfindet. Noch während sich im Kasino die Vereinsmitglieder unterhalten, wird das „Spartakistennest“ von Regierungssoldaten beobachtet und 25 Teilnehmer sowie der Wirt kurz vor 21 Uhr verhaftet. Die Möglichkeit, gegenüber den Soldaten das Miss-verständnis aufzuklären und sich zu legitimieren, wird von diesen gewaltsam un-terbunden. Erste Gewehrkolbenhiebe gegen die Arretierten und Zurechtweisungen sind die Folge. Mit dem Abmarsch zum Quartier des Alexander-Regiments beginnt der weitere Leidensweg für die Gefangenen, denn bald geht die Begleit-mannschaft dazu über, die angeblichen Spartakisten nicht nur zu beschimpfen, sondern auch mit Pistolen und Gewehren auf sie einzuschlagen. Nun werden die 26 katholischen Gefangenen in das Prinz-Georg-Palais am Karolinenplatz 5 gebracht. Im Hof beginnt das eigentliche Massaker. Sechs der Gesellen werden im hinteren Teil des Hofes gegen das Tor eines Schuppens gestoßen. Dann eröffnen die Soldaten mit Gewehren und Pistolen das Feuer, bis alle sechs tot sind. Die verbliebenen zwanzig Kolpinggesellen werden zum Eingang des Kellers geführt. Dort erwischt es einen siebten Gefangenen. Er wird auf den Boden geworfen und mit einem gezielten Pistolenschuss ermordet. Die Übrigen werden jetzt zur Zielscheibe sadistischer Spiele ihrer Peiniger. Man stößt sie mit Flüchen und Beschimpfungen die Treppe zum Keller hinunter. Dort müssen sie sich mit dem Gesicht nach unten auf den Boden legen. Dann beginnen die Erschießungen. Auf grauenhafte Weise werden 14 Kolpinggesellen ermordet. Wer nicht durch die Schüsse stirbt, wird mit dem Bajonett erstochen. Manche Gefangene stellen sich tot oder sind bewusstlos. Nur durch das Eingreifen eines hohen Offiziers wird das Morden beendet. Nach dem Massaker werden 21 Tote in das Pathologische Institut gebracht. Unter den Erschossenen befinden sich zwei Brüderpaare, bei zwei weiteren wird jeweils einer getötet. Zwei Schwerverletzte werden in das Reservelazarett an der Zollstraße eingeliefert. Drei Opfer brauchen keine Krankenhausbehandlung. Alle Ermordeten sind eingeschriebene Mitglieder der konservativen Bayerischen Volkspartei - BVP. Der Fall wird deshalb vor Gericht ausführlich



untersucht. Man ist jedoch von Regierungsseite geneigt, nichts mehr über den Vorfall an die Presse zu geben. Die Folge davon ist, dass die von den Militärbehörden erstellten unwahren Berichte überall, auch im Ausland, Verbreitung finden. Ansonsten achten die Zensurbehörden streng darauf, dass keine publikumswirksame Veröffentlichung über das blutige Geschehen unter die Leute kommen können. So wird beispielsweise die Sondernummer der Süddeutschen Illustrierten Kriminal-Zeitung vom November 1919, die darüber berichtet, sofort nach ihrem Erscheinen beschlagnahmt.

7. Mai 1919 – Ein niedergeschlagener Erich Mühsam

Ebrach * Der im Zuchthaus Ebrach einsitzende Erich Mühsam schreibt in sein Tagebuch: „Man blickt im Geiste um sich: lauter Tote, lauter Ermordete - es ist grauenhaft. [...] Mit den Münchner Schandtaten hat Noske sogar seine Berliner Blutorgien übertroffen. Das ist die Revolution, der ich entgegen gejauchzt habe. Nach einem halben Jahr ein Blutümpel: mir graut“.

10. Mai 1919 – An der Maximiliansbrücke fallen Gewehrschüsse

München-Lehel * In der Nacht um 1 Uhr fallen an der Maximiliansbrücke 15 bis 20 Gewehrschüsse.

10. Mai 1919 – Zurückgegebene Waffenarsenale

München * Seit dem Einmarsch der Weißen Truppen wurden folgende Waffen abgeliefert: 169 leichte Geschütze, 11 schwere Geschütze, 760 Maschinengewehre, 21.351 Gewehre, Karabiner und Pistolen, 70.000 Stichwaffen, 300.000 Handgranaten und 8 Millionen Patronen.

10. Mai 1919 – Dr. Fritz Gerlich kehrt wieder nach München zurück

München * Nach der blutigen Niederschlagung der Räterepubliken kehrt Dr. Fritz Gerlich wieder nach München zurück. Er überarbeitet dort das „antikommunistische Material für die Aufklärung und Erziehung der Reichswehr“ und tritt als Redner vor den Soldaten auf.

11. Mai 1919 – Die militärische, politische und verwaltungsmäßige Führung Münchens



München * Das Bayerische Reichswehr Gruppenkommando Nr. 4 - Gruko übernimmt die militärische, politische und verwaltungsmäßige Führung und Überwachung in München, nachdem die bayerische Regierung unter Ministerpräsident Johannes Hoffmann aufgrund der politischen Situation nach Bamberg geflohen war.

12. Mai 1919 – Einstellungsbeginn für die Münchner Einwohnerwehr

München * Einstellungsbeginn für die Münchner Einwohnerwehr.

14. Mai 1919 – Forderungen der bürgerlichen Parteien an die Regierung

München * Die bürgerlichen Parteien in München fordern von der Regierung: Die sofortige Wiederherstellung der gesetzmäßigen Zustände; die Wiederaufnahme eines geregelten Polizeibetriebes; die Entwaffnung der Roten Armee; die Aufstellung einer Volkswehr; durchgreifende Maßnahmen zur Sicherung der demokratischen Verfassung; die Festnahme und Bestrafung der für die ungesetzlichen Zustände verantwortlichen Führer und die Ausweisung aller politisch nicht einwandfreien landfremden Elemente. Da die Abgabe der Waffen und Munition nur zögerlich vonstatten geht, werden Belohnungen ausgesetzt.

31. Mai 1919 – Rosa Luxemburgs Leichnam im Landwehrkanal entdeckt

Berlin * Der Leichnam der am 15. Januar 1919 ermordeten Rosa Luxemburg wird im Landwehrkanal entdeckt.

25. August 1919 – Übernahme des bayerischen Militärkontingents von der Reichswehr

Berlin - München * Übernahme des bayerischen Militärkontingents von der Reichswehr.

12. September 1919 – Adolf Hitler als Reichswehr-Spitzel im Sterneckerbräu

München-Angerviertel * Der arbeitslose Gefreite Adolf Hitler erhält von Hauptmann Karl Mayr den Befehl, als Spitzel der Reichswehr eine Versammlung der Deutschen Arbeiterpartei - DAP im Sterneckerbräu im Tal zu besuchen, Informationen zu sammeln und Kontakt mit der Partei



aufzunehmen. Die neue Partei gehört zwar der völkischen Bewegung an, doch der Namensteil Arbeiter lässt in nationalistischen Kreisen Verdacht aufkommen. Auf der Versammlung referiert Gottfried Feder im Leiberzimmer über das Thema: „Wie und mit welchen Mitteln beseitigt man den Kapitalismus?“. Feder ist Mitglied der Thule-Gesellschaft und steigt später zum Parteiideologen der NSDAP auf. Anwesend sind 43 Personen, darunter als Begleiter Hitlers der Feldwebel Alois Grillmeier und zwei Propagandamänner des Gruko. Hinter diesem Kürzel verbirgt sich das Bayerische Reichswehr Gruppenkommando Nr. 4 - Gruko, das unter der Führung des Generalmajors Arnold von Möhl steht. Als am Ende der Diskussion ein Teilnehmer bemerkt, dass sich Bayern vom Reich lösen sollte, schreitet Adolf Hitler ein. Noch am gleichen Abend bietet ihm der DAP-Vorsitzende Anton Drexler den Parteieintritt an.

17. September 1919 – Adolf Hitler wird Mitglied der Deutschen Arbeiterpartei - DAP

München * Adolf Hitler wird in der Gaststätte Altes Rosenbad als Mitglied in die Deutsche Arbeiterpartei - DAP aufgenommen, zum Werbeobmann der Partei ernannt und gehört als siebtes Mitglied dem Arbeitsausschuss an. Vermutlich hat Hauptmann Karl Mayr dem Gefreiten Hitler zu diesem Schritt geraten. Hauptmann Mayr, der Leiter der Nachrichtenabteilung Ib/P, der Propaganda- und Presseabteilung des Bayerischen Reichswehr Gruppenkommandos Nr. 4 - Gruko, unterstützt den Reichswehrsoldaten Hitler bei seiner weiteren politischen Agitation in der Deutschen Arbeiterpartei großzügig.

9. Dezember 1919 – Bayern bildet fortan den Wehrkreis VII der Reichswehr

Berlin - München * Die Reichswehr übernimmt das Kommando über das Bayerische Kriegsministerium. Bayern bildet fortan den Wehrkreis VII der Reichswehr.

10. Januar 1920 – Der Versailler Vertrag tritt in Kraft

Deutsches Reich * Der Versailler Vertrag tritt in Kraft. Der Vertrag weist Deutschland und seinen Verbündeten die alleinige Rolle des Aggressors im Ersten Weltkrieg zu. Das Deutsche Reich wird finanziell für die Schäden an Land und Menschen haftbar gemacht. Hohe Reparationsforderungen sind die Folge. Dazu umfangreiche Gebietsabtretungen und eine militärische Abrüstung durch die Reduzierung der Berufsarmee auf maximal 100.000 Mann einschließlich höchstens 4.000 Offiziere und eine Marine mit 15.000 Mann. Dazu kommen Vorschriften zur Ausstattung der Wehrmacht.



29. Februar 1920 – Die Marinebrigade Ehrhardt soll aufgelöst werden

Berlin * Reichswehrminister Gustav Noske verfügt die Auflösung der Marinebrigade Ehrhardt. Durch den am 10. Januar in Kraft getretenen Versailler Friedensvertrag wurde das deutsche Heer auf 100.000 Mann sowie die Marine auf 15.000 Mann beschränkt. Das bedeutet einen massiven Personalabbau der etwa 400.000 Mann starken Reichswehr. Auch die Freikorps sollen aufgelöst werden.

13. März 1920 – Der Kapp-Putsch führt zum Rücktritt der bayerischen Regierung

Berlin * In Berlin findet der rechtsradikale Kapp-Putsch statt. Parallel dazu fordern in München der Regierungspräsident von Oberbayern Gustav von Kahr, Polizeipräsident Ernst Pöhner und Wehrkreiskommandant Arnold von Möhl den von der SPD gestellten bayerischen Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann zum Rücktritt auf. Was in Berlin scheitert, gelingt in München. Gustav Ritter von Kahr bildet - unter Beteiligung der Bayerischen Volkspartei - BVP - eine rechtskonservative Regierung, die alle rechtsextremen Gruppierungen sowie militanten Verbände fördert und schützt. Ministerpräsident wird Gustav von Kahr, der zu dieser Zeit auch Adolf Hitler kennenlernt und den er als „Trommler“ für die nationale Sache einspannen will, um mit seiner Hilfe den Kommunismus und den Marxismus abzuwehren und um die „gestörte Ordnung“ in Deutschland wieder ins rechte Lot zu bringen. Die rechtsradikalen Verbände können umgekehrt von Bayern aus ihren ideellen Boden vorbereiten. Gustav von Kahr ist die Integrationsfigur all jener Kräfte in Bayern, die durch einen Staatsstreich die parlamentarische Demokratie abschaffen und die staatliche Unabhängigkeit Bayerns von Berlin vorbereiten wollen.

16. März 1920 – Gustav Ritter von Kahr wird bayerischer Ministerpräsident

München * Nach dem Kapp-Lüttwitz-Putsch wird der evangelische Monarchist Gustav Ritter von Kahr zum Nachfolger von Johannes Hoffmann zum bayerischen Ministerpräsidenten gewählt. Kahr steht einer bürgerlichen Rechtsregierung vor und betreibt eine eigenständige Stellung Bayerns innerhalb des Deutschen Reiches. Gestützt auf seine Einwohnerwehr lässt er die Arbeiter- und Soldatenräte auflösen und begründet den Ruf Bayerns als „Ordnungszelle des Reiches“.



1. April 1920 – Adolf Hitler zur Untermiete in der Thierschstraße 41

München-Lehel * Nach seiner Entlassung aus dem Aufklärungskommando der Reichswehr am 31. März 1920 lebt Adolf Hitler zur Untermiete bei einer Frau Reichert in einem kleinen Zimmer in der Thierschstraße 41.

5. September 1920 – Adolf Hitler hält im Münchner-Kindl-Keller eine Rede vor 3.000 Zuhörern

München-Au * Adolf Hitler hält im Münchner-Kindl-Keller eine Rede vor 3.000 Zuhörern, in der er die Juden verurteilt, da sie hinter dem Elend Deutschlands stecken. Wenn man erst mal die Macht habe, so sagt Hitler weiter, dann „werde man den Fetzen von einem Friedensvertrag zerreißen“. Der NSDAP-Parteivorsitzende führt aus, dass Deutschland zwar geknebelt und wehrlos ist, sich aber nicht vor einem Krieg gegen Frankreich scheuen darf. Seine Rede beendet er mit dem Schiller-Wort: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, nicht trennen uns in Not und Gefahr“.

1. Oktober 1920 – Das Rettungswesen geht auf die Berufsfeuerwehr über

München * Das Rettungswesen, das von der Münchner Freiwilligen Rettungsgesellschaft und der Freiwilligen Sanitätskolonne des Roten Kreuzes betrieben wurde, geht jetzt auf die Berufsfeuerwehr über.

12. September 1921 – Ministerpräsident Gustav von Kahr tritt aus Protest zurück

München * Gustav Ritter von Kahr tritt aus Protest als Ministerpräsident zurück und übernimmt seinen früheren Posten als Regierungspräsident von Oberbayern wieder. Der Grund für seinen Protest ist die am 29. August erlassene Republikschutz-Verordnung, die im Anschluss an die Ermordung von Matthias Erzberger erlassen worden war. Dadurch kann Kahr die Auflösung der Einwohnerwehr nicht verhindern.

1923 – Die Isar hat sich weiter in den Untergrund eingegraben

Oberföhring - Englischer Garten * Trotz der Aufweitung ihres Flussbetts im Jahr 1889 hat sich die Isar weiter in den Untergrund eingegraben. Mit dem Bau des Stauwehres Oberföhring steigt der



Wasserspiegel zwar um vier Meter an, doch unterhalb des Stauwehrs befindet sich fast kein Wasser mehr, weil 92 Kubikmeter Isarwasser in der Sekunde in den Isarkanal umgeleitet werden. In der Folge sinkt der Grundwasserspiegel im nördlichen Englischen Garten, weshalb die alten Bäume reihenweise absterben.

26. September 1923 – Generalstaatskommissar von Kahr verhängt den Ausnahmezustand

München * Der gerade zum Generalstaatskommissar mit diktatorischen Vollmachten ernannte Gustav Ritter von Kahr verhängt den Ausnahmezustand in Bayern. Damit unterstellt er die in Bayern stationierten Einheiten der Reichswehr seinem Kommando. Gleichzeitig verbietet er das Erscheinen der sozialdemokratischen Zeitung Münchener Post.

26. September 1923 – Gustav Ritter von Kahr wird zum Generalstaatskommissar ernannt

München * Die bayerische Regierung ernennt Gustav Ritter von Kahr - aus Protest gegen den Abbruch des Ruhrkampfes durch die Reichsregierung - zum Generalstaatskommissar, auf den die gesamte exekutive [= vollziehende] Gewalt übergeht. Er hat damit diktatorische Vollmachten.

Gustav von Kahr, Otto von Lossow, der Befehlshaber des Wehrkreises VII, und der Chef der Landespolizei, Hans Ritter von Seisser, regieren den Freistaat Bayern als Triumvirat und bereiten zusammen mit Rechtsradikalen in Norddeutschland den Staatsstreich in München und Berlin vor.

29. Februar 1924 – Generalleutnant Lossow wird seines Amtes enthoben

Berlin * Reichswehrminister Otto Geßler enthebt Generalleutnant Otto Hermann von Lossow seiner Funktion als Generalkommandant der VII. Division.

September 1928 – Carl Gabriel betreibt fünf Attraktionen auf dem Oktoberfest

München-Theresienwiese * Carl Gabriel betreibt fünf Geschäfte auf dem Oktoberfest. Darunter „Carl Gabriel's und Ehrlich's Riesen-Völkerschauen“, „Carl Gabriel's Pracht-Reitbahn (Hippodrom)“, „Carl Gabriel's und L. Ruhe's Riesen Orang-Utan-Schau aus den Urwäldern Sumatras“ und „Carl Gabriel's Jagd- und Preis-Schießen, Schießen am Walde auf laufende Tiere mit echten Jagdgewehren und mit echter Munition!“ Für die „Orang-Utan-Schau“ wurden



im Frühjahr 85 Exemplare dieser äußerst seltenen Affenart auf der Insel Sumatra gefangen und nach Europa gebracht. Dabei verendete ein Großteil der Tiere. Einzelne der kostbaren Orang-Utans wurden an zoologische Gärten verkauft, der Rest wurde in einem beheizbaren Käfig dem Publikum gezeigt.

1930 – Tonfilmprobeaufnahmen der Valentin-Soloszene „Der Feuerwehrtrompeter“

München-Maxvorstadt * Es entstehen Tonfilmprobeaufnahmen der Valentin-Soloszene „Der Feuerwehrtrompeter“ im Arri-Atelier in München.

20. Juli 1932 – Es kommt zum sogenannten Preußenstaatsstreich

Berlin * An diesem Tag kommt es zum sogenannten Preußenstaatsstreich. Mit Vollmacht des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg setzt Reichskanzler Franz von Papen die sozialdemokratische Preußische Staatsregierung ab und ernennt sich selbst zum Reichskommissar für Preußen. Die preußischen Ministerien werden durch die Reichswehr besetzt und die Minister unter Gewaltandrohung aufgefordert, ihre Amtsräume zu verlassen. Preußen erhält den Status eines Reichslandes, das ohne eigene Regierung, von der Reichsregierung mit der linken Hand mitregiert wird. Das bedeutet das Ende der staatlichen Eigenexistenz Preußens, womit die diplomatische Vertretung an der Prinzregentenstraße überflüssig geworden ist. Die Schack-Galerie wird seither - bis zum Jahr 1939 - von der Berliner Schlösserverwaltung betreut. Mit dem Verschwinden der Preußischen Gesandtschaft geht aber auch ein Stück bayerische Eigenständigkeit verloren.

August 1932 – Die Bayernwehr im Maximilianeum

Um August 1932: München-Haidhausen * Die Bayernwehr wird von der Bayerischen Volkspartei - BVP als Selbstschutzorganisation gegründet worden und belegt auch im Maximilianeum Räume.

10. März 1933 – Hausdurchsuchung im Maximilianeum durch SA-Leute

München-Haidhausen * SA-Leute führen im Maximilianeum eine Hausdurchsuchung durch. Ihr Augenmerk fällt zunächst auf die Bayernwehr, die im Maximilianeum Räume belegt hatte. Sie



beschlagnahmen die dort gefundenen Übungsgewehre. Weitere Durchsuchungen und Besetzungen durch Polizei, SA und Stahlhelm folgen. Vor dem Eingang des Maximilianeums stehen seither Posten, die die Stipendiaten nur nach Abgabe einer Parole durchlassen. Eine Intervention beim Kultusminister Hans Schemm, der zugleich Gauleiter ist, führt zum Abzug der SA-Posten. Außerdem gibt er Weisung, dass „das Maximilianeum in jeder Weise zu schützen sei“. Er fördert auch die Erneuerung der Außenfassade des Maximilianeums an der Westseite.

3. April 1933 – Die Herkunft der Cenovis-Werke wird hinterfragt

Gießen - München * Die Universitäts-Klinik Gießen richtet eine Anfrage an die Industrie- und Handelskammer München und erkundigt sich, ob die Cenovis-Werke eine „christliche Firma“ seien. Die Anfrage steht im Zusammenhang mit den politischen und gesellschaftlichen Veränderungen nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten, als die Herkunft und religiöse Zugehörigkeit von Unternehmern und Unternehmen zunehmend Gegenstand von Nachfragen und Ausgrenzung werden.

5. April 1933 – Die Cenovis-Werke werden vom NS-Boykott ausgenommen

München-Au * Das „Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze“ der NSDAP nimmt zur Frage Stellung, ob die Cenovis-Werke von den Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte betroffen seien. In seiner Antwort kommt das Gremium zu dem Ergebnis, dass die Voraussetzungen für einen Boykott des Unternehmens nicht gegeben seien und die Cenovis-Werke deshalb nicht unter den reichsweiten Boykott vom 1. April 1933 fielen. Die Anfrage verdeutlicht den wachsenden politischen Druck und die zunehmende Diskriminierung von Unternehmern jüdischer Herkunft in den ersten Monaten der nationalsozialistischen Herrschaft.

7. April 1933 – Die IHK München nimmt zur Eigentümerstruktur der Cenovis Stellung

München * Die Industrie- und Handelskammer München beantwortet die Anfrage der Universitäts-Klinik Gießen zur Eigentümerstruktur der Cenovis-Werke. In ihrer Stellungnahme erklärt sie, dass sich das Kapital des Unternehmens sowohl in christlichen als auch in jüdischen Händen befinde. Die Korrespondenz verdeutlicht, wie bereits wenige Monate nach der nationalsozialistischen Machtübernahme die Herkunft und Religionszugehörigkeit von Unternehmern und Anteilseignern zum Gegenstand offizieller Anfragen werden.



1. Oktober 1933 – Wilhelm Adam wird Kommandierender General im Wehrkreis VII

München * Kommandierender General im Wehrkreis VII wird Wilhelm Adam.

18. Mai 1934 – Die Reichsfluchtsteuer wird drastisch verschärft

Berlin - München-Bogenhausen * Die Reichsfluchtsteuer wird drastisch verschärft. Jüdische Emigranten wird eine Befreiung verwehrt. Die Steuer wandelt sich von einer Krisenmaßnahme gegen Kapitalflucht zu einem Instrument der Enteignung.

25. Juni 1935 – Ein Sicherheits- und Hilfsdienst wird eingerichtet

Berlin * Das Luftschutzgesetz verpflichtet alle Deutschen zu „Dienst- und Sachleistungen sowie zu sonstigen Handlungen, Duldungen und Unterlassungen [...], die zur Durchführung des Luftschutzes erforderlich sind“. In Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern muss ein Sicherheits- und Hilfsdienst unter der Leitung des Polizeipräsidenten aufgestellt werden. Er erhält später den Namen Luftschutzpolizei. Die Feuerwehr untersteht somit bei kriegsbedingten Einsätzen dem örtlichen Luftschutzleiter, bei „normalen“ - friedensmäßigen - Einsätzen ist weiterhin der Oberbürgermeister ihr höchster Dienstvorgesetzter in der Stadt.

1. Oktober 1935 – General Walter von Ruckenaue übernimmt den Wehrkreis VII

München * Nachfolger von Wilhelm Adam als Kommandierender General im Wehrkreis VII wird General Walter von Ruckenaue, der als einer der wenigen Vertrauten Adolf Hitlers im Generalstab gilt.

30. Dezember 1936 – Faulhabers Unterstützung im Abwehrkampf gegen den Bolschewismus

München-Kreuzviertel * In dem von Kardinal Michael von Faulhaber selbst verfassten Hirtenbrief schreibt er: „Der Führer möge versichert sein, dass wir Bischöfe ihn in seinem weltgeschichtlichen Abwehrkampf gegen den Bolschewismus mit moralischen Mitteln in jeder Weise unterstützen.“

15. Februar 1938 – General Eugen Ritter von Schöberl kommandiert den Wehrkreis VII



München * Walter von Reichenau übergibt das Kommando im Wehrkreis VII an General Eugen Ritter von Schobert.

9. November 1938 – Verwüstung der Synagoge an der Reichenbachstraße

München-Isarvorstadt * In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wird auch die erst 1931 eingeweihte Synagoge an der Reichenbachstraße Ziel der nationalsozialistischen Pogrome. SA-Angehörige dringen in das Gebäude ein, verwüsten die Inneneinrichtung und schänden das Gotteshaus. Die Synagoge wird zwar in Brand gesetzt, die Feuerwehr löscht das Feuer jedoch, da ein Übergreifen der Flammen auf die dicht bebauten Nachbarhäuser im Gärtnerplatzviertel befürchtet wird. Dadurch bleibt das Gebäude als einzige Münchner Synagoge baulich erhalten. Mit der bereits im Juni zerstörten Hauptsynagoge und der in derselben Nacht niedergebrannten Ohel-Jakob-Synagoge verliert die jüdische Gemeinde dennoch nahezu alle ihre religiösen Zentren. Die schwer beschädigte Synagoge an der Reichenbachstraße wird in den folgenden Jahren zweckentfremdet und kann erst nach dem Ende des Nationalsozialismus wieder als Gotteshaus genutzt werden.

23. November 1938 – Die kommunale Selbstständigkeit der Feuerwehren endet

München - Mit dem Gesetz über das Feuerlöschwesen endet die kommunale Selbstständigkeit der Feuerwehren. Die Münchner Berufsfeuerwehr wird in die unter Reichsverwaltung stehende Feuerschutzpolizei integriert. Ab sofort sind die Uniformen und die Fahrzeuge grün.

26. August 1939 – Das männliche Trambahn-Personal wird zur Wehrmacht eingezogen

München * Knapp eine Woche vor dem offiziellen Kriegsbeginn wird das männliche Trambahn-Personal zur Wehrmacht eingezogen. Das führt zu einem deutlich eingeschränkten Fahrbetrieb.

18. Oktober 1939 – Versand kirchlicher Druckschriften an Wehrmachtssoldaten verboten

München * Ein Verbot der Versendung kirchlicher Druckschriften an Wehrmachtssoldaten wird erlassen.



1940 – Der Seidenbau ist wünschenswert

Deutsches Reich * Der Seidenbau ist aus „volkswirtschaftlichen, medizinischen und wehrpolitischen Gesichtspunkten besonders wünschenswert“.

5. Juni 1940 – Karl Valentins Ritterspelunke wird geschlossen

München-Hackenviertel * Die letzte Aufführung des „Ritter Unkenstein“ findet statt. An diesem Abend ereignet sich in der „Ritterspelunke“ ein Vorfall, der dazu führt, dass Karl Valentin seine Tätigkeit als Komiker einstellt. Im „Lachkeller“ am Färbergraben spielt der Volkssänger vor einem Publikum, in dem viele Soldaten anwesend sind. Einen am Arm verletzten Offizier muss während der Vorstellung so lachen, dass die Wunde aufgeht und das Blut durch den Verband tropft. Der Wehrmachtsangehörige wird ohnmächtig und muss aus dem Saal getragen werden. Zwar kehrt im Publikum sehr schnell wieder Ruhe ein, doch Karl Valentin zittert am ganzen Körper und kann gerade noch sagen „Aufhören“. In der Garderobe erklärt er: „Es ist eine Schand, wir tuan daheim Kasperlspielen und draußen verliern die Leut eahna Leben! Schluss is - aus is - ich kann nicht mehr.“ Und weiter: „Schmiede, sagen Sie zum Personal, sie sollen morgen Vormittag ins Geschäft kommen. Es kriegt jedes für vier Wochen seinen Lohn oder sei Gage. Wann der Krieg wieder vorbei ist, dann spielen wir wieder!“ Karl Valentin hält Wort und tritt den ganzen Krieg über nicht mehr auf. Mehrere tausend Mark muss er zahlen und hat außerdem den ganzen Krieg über nahezu keinen Verdienst.

1941 – Der Untergiesinger Hochbunker

München-Untergiesing * An der Claude-Lorrain-Straße wird ein achteckiger, fensterloser Hochbunker gebaut, dessen Wände aus 2,40 Metern dicken Betonmauern bestehen, der nur über wenige Luftschlitze verfügt und in dem 450 Schutzsuchende Platz finden können. Der Münchner Stadtverwaltung ist inzwischen mehrfach bewiesen worden, dass das Abwehrfeuer aus den Fliegerabwehrkanonen, kurz Flak genannt, die alliierten Luftverbände nicht von den Bombenabwürfen abhalten kann. Deshalb setzt man jetzt auf Luftschutzräume, die angeblich Schutz vor jeder erdenklichen Gefahr bieten - so gegen Splitter detonierender Bomben und Geschosse sowie gegen den Einsturz eines Hauses. Als der sicherste Ort galt bei einem Luftangriff der Keller, dem angeblich auch Sprengbomben nichts anhaben können. Aber was macht man in einem Stadtviertel, in dem nicht jedes Haus über einen massiv gebauten Keller mit Luftschutzraum verfügt und durch seine Nähe zur Isar kein Keller sein konnte? Die Antwort sind die übers Stadtgebiet verteilten Hochbunker. Im Erbauungsjahr des Untergiesinger



Hochbunkers - 1941 - werden keine Bombenabwürfe vermeldet.

20. November 1941 – Elisabeth „Sara“ Braun wird in Kaunas gebracht und ermordet

Kaunas/Litauen * Die 54-jährige Elisabeth „Sara“ Braun wird nach Kaunas in Litauen gebracht und mit etwa 3.000 anderen Juden aus dem Hinterhalt mit Maschinengewehren niedergeschossen.

5. November 1942 – Überfall auf die Museum-Lichtspiele

München-Au * Unter „Ausnutzung der Verdunkelung“ überfällt der 33-jährige Wilhelm Heppert die Kassiererin der Museum-Lichtspiele und raubt den Betrag von 150 Mark. Der Räuber wird von einem Wehrmachtsangehörigen gefasst und der Polizei übergeben. Er wird vor ein Sondergericht gestellt und als „Volksschädling“ zum Tode verurteilt. Eine Begnadigung lehnt das Gericht ab.

12. November 1942 – Dr. Hermann Joseph Wehrle wird Kaplan in Bogenhausen

München-Bogenhausen * Dr. Hermann Joseph Wehrle wird Kaplan in der Pfarrei Bogenhausen.

13. Dezember 1943 – Gewissensbisse zum Tyrannenmord

München-Bogenhausen * Der Wehrmachtsoffizier Ludwig Freiherr von Leonrod sucht seinen Beichtvater Dr. Hermann Wehrle in der Bogenhausener Georgs-Kirche auf. Ihn plagen Gewissensbisse, seit er von Claus Graf Schenk von Stauffenberg in die Attentatspläne auf Hitler eingeweiht worden ist. Er will wissen, wie die katholische Kirche zum „Tyrannenmord“ steht.

25. April 1944 – Karl Valentins Wohnung am Mariannenplatz wird ausgebombt

München-Lehel * Karl Valentins Wohnung am Mariannenplatz 4/II wird ausgebombt. Die wenigen, von der Feuerwehr geretteten Möbel werden in sein Haus nach Planegg gebracht.

18. August 1944 – Kaplan Dr. Hermann Joseph Wehrle wird von der Gestapo verhaftet



München-Bogenhausen - Berlin * Kaplan Dr. Hermann Joseph Wehrle wird im Bogenhausener Pfarrhof von der Gestapo verhaftet und im Nachtzug nach Berlin gebracht.

21. August 1944 – Freiherrn Ludwig von Leonrod wird zum Tode verurteilt

Berlin * In der Hauptverhandlung gegen Freiherrn Ludwig von Leonrod wird Dr. Hermann Wehrle als Zeuge dem Angeklagten gegenüber gestellt. Ludwig von Leonrod wird zum Tode verurteilt.

26. August 1944 – Freiherr von Leonrod wird hingerichtet

Berlin * Freiherr von Leonrod wird hingerichtet. In einem Gnadengesuch hat er kurz zuvor dargelegt, dass er sich „nicht an den Vorbereitungen zum 20. Juli beteiligt hätte, wenn ich durch meinen Beichtvater anders beraten worden wäre [...]. Wahrscheinlich hätte schon ein anderer Beichtvater genügt. Mein Unglück ist eben, daß ich an diesen geraten war“.

13. September 1944 – Kaplan Dr. Hermann Joseph Wehrle wird in akute Gefahr gebracht

Berlin * Das Gnadengesuch des Freiherrn von Leonrod bringt Kaplan Dr. Hermann Joseph Wehrle in akute Gefahr. Im Hauptverfahren gegen ihn wird er zum Tode verurteilt. Das Urteil wird umgehend vollstreckt.

April 1945 – Die Wehrmacht bleibt Herr im Haus des ehemaligen Kriegsministeriums

München-Maxvorstadt * Die Wehrmacht bleibt bis Kriegsende Herr im Haus des ehemaligen Kriegsministeriums, dem Wehrkreiskommando VII.

29. April 1945 – Ein Sprengkommando soll die Ludwigsbrücke zerstören

München * Nur wenige Stunden bevor die amerikanischen Soldaten München besetzen würden - soll ein Sprengkommando der Wehrmacht die Ludwigsbrücke zerstören. Ihre Erhaltung verdanken wir den Überredungskünsten des Kommissars der Landpolizei, Jakob Eder. Ungehorsame Zivilisten retteten durch ihren Einsatz die Großhesseloher- und Bogenhausener Brücke. Die Grünwalder Brücke, diejenige bei Oberföhring und die strategisch völlig



unbedeutende zum Bosch-Werk in Sendling fliegen aber doch noch in die Luft.

30. April 1945 – Die Elefantenkuh „Lelabati“ räumt die Thalkirchner Brücke

München-Giesing * Am Ende der Nazi-Herrschaft unternehmen Wehrmachtsangehörige den hilflosen Versuch, die amerikanischen Truppen am Weiterzug zu hindern, indem sie die Thalkirchner Brücke mit einem Trambahnwagen blockieren, um so den Vormarsch der amerikanischen Truppen zu verhindern. Sie können aber nicht mit der Muskelkraft der Elefantenkuh „Lelabati“ aus dem Tierpark Hellabrunn rechnen. Die afrikanische Elefantendame zieht den Wagen ohne Probleme von der Brücke. Nach der Entfernung der Barriere können die Amis mit ihren Panzern und Militärfahrzeugen weiterziehen, ohne dass es dort kurz vor Kriegsende einen Schusswechsel gibt.

Mai 1945 – Müllentsorgung in Bombentrichtern, Geländemulden und Kiesgruben

München-Untergiesing * Von den 1.350 Harritschwägen, die im Jahr 1939 im Dienst der Müllabfuhr standen, sind bei Kriegsende fünfzig Prozent vernichtet, der Pferdebestand ist sogar um siebzig Prozent gesunken. Um den Betrieb aufrecht erhalten zu können, behilft sich die Stadt mit Holzvergaser-Autos und alten Wehrmachtsfahrzeugen. Die Arbeitskräfte kommen aus anderen städtischen Stellen. Da es sonst keine Entsorgungsmöglichkeiten gibt, lässt man den Müll einfach in Bombentrichtern, Geländemulden und Kiesgruben verschwinden, die bei späteren Bauvorhaben als teure Altlasten wieder zum Vorschein kommen.

2. Mai 1945 – Die US-Militärregierung gliedert die Berufsfeuerwehr aus der Polizei aus

München * Die amerikanische Militärregierung gliedert die Berufsfeuerwehr aus der Polizei aus.

5. Mai 1945 – Dönitz will eine Teilkapitulation mit den Westalliierten

Flensburg-Mürwik * Reichspräsident Karl Dönitz und viele Militärs wollen gegenüber den Westalliierten - also den USA und Großbritannien - eine Teilkapitulation erreichen, während der Kampf gegen die Sowjetunion weitergeführt werden soll. Dahinter stehen mehrere Motive: Die deutsche Führung fürchtet die sowjetische Gefangenschaft und Racheakte wegen der Verbrechen der Wehrmacht und SS im Osten, Millionen Flüchtlinge aus Ostpreußen, Pommern



und Schlesien fliehen damals Richtung Westen, Dönitz hofft, dass sich die sich abzeichnenden politischen Spannungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion verstärken und man diese ausnutzen kann.

9. Mai 1945 – Stalin erzwingt zweite Kapitulationszeremonie

Berlin-Karlshorst * Der sowjetische Diktator Josef Stalin ist mit der Zeremonie in Reims unzufrieden und besteht auf einer offiziellen Ratifizierung unter Beteiligung seines Landes, das die Hauptlast des Krieges getragen hatte. Deshalb wird die Kapitulation in Berlin-Karlshorst, in der sowjetischen Besatzungszone nochmals feierlich bestätigt. Anwesend sind Vertreter der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion sowie die Wehrmachtführung. Wegen dieser Symbolik gilt in der UdSSR wie nun in Russland der 9. Mai als eigentlicher Tag des Sieges und wird meist mit einer großen Militärparade in Moskau begangen.

März 1946 – Der Gebäudeschutt wird - professionell und systematisch - geräumt

München * Der Gebäudeschutt wird - professionell und systematisch - geräumt. Mit Baggern und Flaschenzügen werden Mauerreste zum Einsturz gebracht, Sprengfirmen und das Sprengkommando der städtischen Feuerwehr sind im Einsatz, komplizierte Manöver plant die städtische Bauwacht. Mit einem Netz aus Kleinbahnen mit Dampflokomotiven und Kipploren werden die Trümmer beseitigt. Mit der „Bockerlbahn“ wird der Schutt nach Sendling, zum Luitpoldpark und aufs Oberwiesenfeld gebracht, wo die großen Schuttberge entstehen.

16. Oktober 1946 – Neun Hauptkriegsverbrecher werden hingerichtet

Nürnberg * Der Mastersergant Hazel Woods legt neun Hauptkriegsverbrechern die Schlinge um den Hals. Es sind dies der Außenminister Joachim von Ribbentrop; der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht Wilhelm Keitel; der Chef der Sicherheitspolizei Ernst Kaltenbrunner; der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg; der Generalgouverneur von Polen Hans Frank; der Innenminister Wilhelm Frick; der Herausgeber der antisemitischen Zeitung Der Stürmer Julius Streicher; der Gauleiter von Thüringen Fritz Sauckel; Generaloberst Alfred Jodl und der Reichskommissar für die Niederlande Arthur Seyss-Inquart. Reichsmarschall Hermann Göring hat sich mit einer Zyankali-Kapsel am 15. Oktober 1946 seiner Hinrichtung durch Selbstmord entzogen.



17. Oktober 1946 – Die Hauptkriegsverbrecher werden im Ostfriedhof eingäschert

München-Obergiesing * In aller Frühe fahren Lastwagen der US-Armee am Krematorium des Ostfriedhofes vor. Ihre Fracht besteht aus zwölf Särgen, von denen zwei leer sind. Angeblich befinden sich darin die Leichen von zwölf in einem Krankenhaus verstorbenen US-Soldaten, die nun unter der Aufsicht von Offizieren eingäschert werden sollen. Tatsächlich enthalten die Särgen die Leichen von neun in Nürnberg am Tag zuvor hingerichteten Hauptkriegsverbrechern: Es sind dies: der Außenminister Joachim von Ribbentrop; der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Wilhelm Keitel; der Chef der Sicherheitspolizei, Ernst Kaltenbrunner; der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg; der Generalgouverneur von Polen, Hans Frank; der Innenminister Wilhelm Frick; der Herausgeber der antisemitischen Zeitung Der Stürmer, Julius Streicher; der Gauleiter von Thüringen, Fritz Sauckel; der Generaloberst Alfred Jodl und der Reichskommissar für die Niederlande, Arthur Seyss-Inquart. Der zehnte Tote ist der Reichsmarschall Hermann Göring, der sich am 15. Oktober 1946 seiner Hinrichtung durch Selbstmord entzogen hatte. In der Amtssprache hieß das: „Die Leiche Hermann Wilhelm Görings ist zusammen mit den Leichen der Kriegsverbrecher, die gemäß dem Urteil des Internationalen Gerichtshofes am 16. Oktober in Nürnberg hingerichtet worden sind, verbrannt und die Asche im geheimen in alle Winde verstreut worden.“

31. Oktober 1948 – Enthüllung der Gedenktafel an der Bogenhausener Georgskirche

München-Bogenhausen * Die Gedenktafel an Alfred Delp, Dr. Hermann Joseph Wehrle, Ludwig Freiherr von Leonrod und Franz Sperr an der Bogenhausener Georgskirche wird enthüllt.

2. Juli 1951 – Professor Dr. Ernst Ferdinand Sauerbruch stirbt in Berlin

Berlin * Professor Dr. Ernst Ferdinand Sauerbruch stirbt in Berlin.

17. Dezember 1951 – Die Feuerwache 5 an der Anzinger Straße wird bezogen

München-Berg am Laim * Die Feuerwache 5 an der Anzinger Straße wird bezogen.

24. April 1953 – Gegen die Öffnung der Läden auch am Samstagsnachmittag



München * Einige Münchner Firmen, darunter C&A Brenninkmeyer und Salamander, wollen ihre Läden auch am Samstagsnachmittag nach 14:00 Uhr offen halten. Dagegen wehren sich die Gewerkschaften und rufen zu Protesten auf.

2. Februar 1955 – Wir sind die Cowboys von der Nockher-Ranch

München-Au * Der Cowboy Club München Süd bittet um Baugenehmigung für ein Behelfsclubheim. Auf dem der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Grundstück von Frau Ida Krone, „da dadurch das bisher durch Lausbubenstücke und von lichtscheuen Elementen heimgesuchte Gelände unter schärfere Kontrolle fällt und der Rasen und Baumbestand gepflegt wird. Korrektes und ruhiges Verhalten wird die Nachbarschaft nicht belästigen“. In einer Ranch will der Verein einen Clubraum, einen Museumsraum für die wertvolle Sammlung und einen Bibliotheksraum verwirklichen. Die Cirkus-Krone-Verwaltung genehmigt dem Cowboy-Club die Grundstücksnutzung für seine sportlichen und ideellen Zwecke, bis zum beabsichtigten Verkauf des Areals. Seither beherrschen Winnetou und Old Shatterhand den ehemaligen Schmederer-Garten. Eine alte Wehrmachtsbaracke wird mit Hilfe der Pschorrbrauerei und hoher Eigenleistung zur Ranch umgebaut. „Jeden Samstag und Sonntag sind 15 bis 20 Mann ganztägig da. Rund 2.000 Arbeitsstunden werden freiwillig und gern von den Clubmitgliedern geleistet.“ In der Ranch befindet sich der kostbarste Besitz des C.C.M.S., das Indianermuseum. In ihm ist alles Zubehör und Kleidung zu finden, die einen Indianer ausmachen. Köcher aus Büffelleder, Federhauben, Friedens-Pfeifen, Brautmokassins, mit perlenbestickten, bunten Schuhsohlen, sowie Kriegsbeilen, wie sie wirklich waren: schlicht und einfach. In einem eigenen lateinamerikanischen Glaskasten befindet sich ein Schrumpfkopf.

20. August 1956 – Debatte um Jugendkontrolle und Polizeigewalt

München - München-Au * Der CSU-Landtagsabgeordnete und spätere Innenminister Heinrich Junker tut sich als Scharfmacher hervor. Er stellt einen Antrag für Maßnahmen zum Schutze der Jugend, in dem er die ständige Überwachung von Kinos, Gaststätten und Parkanlagen, die Überwachung der jugendlichen Kraftfahrer, insbesondere der Mopedfahrer und die Bekämpfung jeglicher auftretender Bandenbildung fordert. Zur Durchsetzung seines Antrags unterstützt er das „rücksichtslose Eingreifen der Polizei“, deren „rücksichtslose Gewaltanwendung“, die „Brechung jeglichen Widerstands [...] mit allen an die Grenze des Gesetzes gehenden Mitteln“ und die „Anweisung an die Staatsanwaltschaft, bei Vergehen und Verbrechen schärfsten



Strafantrag zu stellen“. Junker kann sich mit seinen Vorstellungen gegen die SPD-dominierte Viererkoalition nicht durchsetzen. Dieser Erfolg liegt an dem SPD-Landtagsabgeordneten Rudolf Schlichtinger, der sich für die Interessen und Nöte der Jugendlichen einsetzt. Ihm geht es nicht darum, „wie man ‚die Halbstarken‘ bekämpfen und gegebenenfalls vernichten kann, sondern wie man junge Menschen davor bewahren kann, Rowdys oder Verbrecher zu werden“ und wehrt sich gegen das Modewort „Halbstärke“.

29. Mai 1960 – Das Kavallerie-Denkmal vor dem Hauptstaatsarchiv wird enthüllt

München-Maxvorstadt * Das Kavallerie-Denkmal vor dem Hauptstaatsarchiv wird enthüllt. Der Wehrmachtsgeneral a.D. Dietrich von Saucken lobt dabei die Eigenschaft der „Deutschen Soldatenpferde“ und die sich daraus ergebenden Charaktereigenschaften: „Fromm, willig und ausdauernd bis zum letzten Atemzug“, lautet seine Analyse. Der Entwurf zu dem überlebensgroßen, ungesattelten Bronzepferd stammt von dem Bildhauer Bernhard Bleeker, der schon den toten Soldaten im Kriegerdenkmal im Hofgarten geschaffen hat.

1962 – Die erste „Münchner Wehrkundetagung“

München-Maxvorstadt * Ewald-Heinrich von Kleist-Schmenzin lädt zur ersten „Münchner Wehrkundetagung“ in die Räume der Münchner Industrie- und Handelskammer - IHK ein.

1963 – Die Münchner Wehrkundetagung erstmals im Hotel Bayerischer Hof

München-Kreuzviertel * Die Münchner Wehrkundetagung wird erstmals im Hotel Bayerischer Hof abgehalten. Sie hat sich seitdem zu einer der wichtigsten europäischen Konferenzen für außen- und sicherheitspolitische Fragen entwickelt.

1. April 1964 – Die Feuerwache 5 erhält eine neue Adresse

München-Berg am Laim * Die Adresse der Feuerwache 5 wird in Anzinger Straße 41 umbenannt.

1967 – Die Bäcker-Innung steigt auf die Barrikaden



München-Untergiesing * Die Bäcker-Innung "steigt auf die Barrikaden, nachdem sie die Hangauffahrt des Mittleren Ringes zu überrollen droht. Um Platz für die Hochstraße zu schaffen, musste damals ein Drittel des Bürotraktes der Bäcker-Kunstmühle geopfert werden. Ein Argument, mit dem sich die Bäcker-Innung damals gegen die städtischen Straßenplaner wehrt, ist, dass die Versorgung der Münchner Bevölkerung mit Brot gefährdet sei. Vor Gericht wird ihr eine Entschädigungssumme von 800.000 DMark zugesprochen, die anschließend zur Modernisierung in den Betrieb gesteckt wird. Doch diese Investition ist zum Fenster rausgeschmissen.

30. Januar 1980 – Wehrsportgruppe Hoffmann als terroristische Organisation verboten

Bonn * Bundesinnenminister Gerhard Baum verbietet die Wehrsportgruppe Hoffmann als terroristische Organisation.

20. März 1980 – Verniedlichung der Wehrsportgruppe Hoffmann

München * Franz Josef Strauß echauffiert sich noch zwei Monate nach dem Verbot der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ folgendermaßen: „Mein Gott, wenn sich ein Mann vergnügen will, indem er am Sonntag auf dem Land mit einem Rucksack und einem mit Koppel geschlossenen Battledress spazieren geht, dann sollte man ihn in Ruhe lassen.“

28. September 1980 – Die verbotene paramilitärische Wehrsportgruppe Hoffmann im Verdacht

München * Die Ermittlungen der ersten Tage nach dem Oktoberfest-Attentat konzentrieren sich auf die verbotene paramilitärische Wehrsportgruppe Hoffmann. Selbst Generalbundesanwalt Kurt Rebmann verkündet, dass Gundolf Köhler keinesfalls allein für das Attentat verantwortlich sein kann.

6. November 1980 – 2.000 Rekruten legen auf dem Königsplatz ihr Feierliches Gelöbnis ab

München-Maxvorstadt * Aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der Bundeswehr legen 2.000 Rekruten auf dem Königsplatz ihr Feierliches Gelöbnis ab. Generalmajor Wolfgang Kessler und Ministerpräsident Franz Josef Strauß sprechen dabei von der „Erhaltung des Friedens durch Abschreckung“. Die Vereidigung auf dem Königsplatz ruft Erinnerungen an die



Aufmärsche während der NS-Zeit wach, weshalb parallel zur Gelöbnisfeier eine Protestveranstaltung der Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung stattfindet. Transparente mit der Aufschrift „Auf Hitlers Plattenmeer gelobt nunmehr die Bundeswehr“ werden von den Demonstranten mitgetragen.

13. Mai 1981 – SoKo Theresienwiese: Gundolf Köhler dürfte als Alleintäter gehandelt haben

München * Nach acht Monaten stellt die Sonderkommission Theresienwiese ihre Ermittlungen zum Oktoberfest-Attentat ein und präsentiert den 187-seitigen vorläufigen Abschlussbericht. 860 Spuren wurden verfolgt und in die puzzleartige Rekonstruktion der Tat eingepasst. Die Beamten haben 1.800 Zeugen vernommen und 1.500 Asservate begutachtet. Die Quintessenz lautet: „Gundolf Köhler dürfte als Alleintäter gehandelt haben. Für eine Mittäterschaft oder auch nur Mitwisserschaft anderer an dem Sprengstoffanschlag auf das Münchner Oktoberfest ließen sich keine konkreten Anhaltspunkte erkennen“. Seine rechtsextremistische Einstellung wird durch Nachforschungen bestätigt. Ebenso, dass er in den Jahren 1975/76 an Übungen der am 30. Januar 1980 verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann teilgenommen hat. Die These vom verwirrten Einzeltäter ist seitdem die offizielle Version.

18. Juli 1981 – Der Friedensengel wird von der Säule geholt

München-Haidhausen * Statiker des Baureferats haben entdeckt, dass sich am linken Standbein der über 2,5 Tonnen schweren Figur des Friedensengels ein Riss übers Schienbein gebildet hat, die tragende Stahlstange ist angerostet, die ausladenden Flügel sind bedenklich von Wind und Wetter mitgenommen und der nächste Sturm könnte die Konstruktion vom Sockel stürzen lassen. Es muss umgehend etwas geschehen. In der Nacht zum 18. Juli 1981 rückt die Feuerwehr an und schweißt den Friedens-Genius heimlich oberhalb der Taille entzwei und holt ihn von der Säule herunter. Später schleppt man noch den Unterleib der fast sechzig Zentner schweren Dame in ein auswärtiges Lager. Dort allerdings erweist sich bei näherer Untersuchung, dass man nur drei Schrauben hätte lösen müssen, um den Goldengel ohne Radikalamputation auseinander nehmen zu können.

1991 – Umbenennung in Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik (MSK)

München-Kreuzviertel * Umbenennung der Münchner Wehrkundetagung in Münchner Konferenz



für Sicherheitspolitik (MSK).

1995 – Frauen dürfen erstmals als Feuerwehrleute tätig werden

München * Frauen dürfen erstmals als Feuerwehrleute tätig werden.

1. Januar 1996 – Adressenänderung der Hauptfeuerwache der Berufsfeuerwehr

München-Hackenviertel * Der Standort der Hauptfeuerwache der Berufsfeuerwehr wird von Blumenstraße 34 in An der Hauptfeuerwache 8 umbenannt.

24. Februar 1997 – In der Rathaus-Galerie wird die Wehrmachtsausstellung eröffnet

München-Graggenau * In der Rathaus-Galerie wird die Wehrmachtsausstellung eröffnet. 90.000 Münchnerinnen und Münchner werden die Ausstellung besuchen. Peter Gauweiler, der Münchner CSU-Vorsitzende, verschickt an alle Münchner Haushalte einen Brief, in dem er schreibt: „Den Ausstellern wird vorgeworfen, dass sie deutsche Soldaten [...] generell herabwürdigen und faktisch auf eine Stufe mit Kriegsverbrechern stellen. [...] Eine pauschale Verurteilung ist ein Schlag von Millionen Familien, die im Krieg ihren Vater, Bruder, Sohn oder Ehemann verloren haben und eine späte absichtsvolle Demütigung zahlloser Männer, die ehrenhaft gekämpft hatten.“ Statt an der Eröffnungsfeier der Wehrmachtsausstellung teilzunehmen, legt Peter Gauweiler mit Gleichgesinnten am Grabmal des Unbekannten Soldaten im Hofgarten einen Kranz nieder.

1999 – Die Totengräber vom Ostfriedhof erlangen Kultstatus

München-Obergiesing * Die Totengräber vom Ostfriedhof erlangen Kultstatus. Als „Boandlkramer-Connection“ singen sie täglich in der „Shitparade“ von Radio Gong das Lied „Drei weiße Tauben und ein Gewehr, drei weiße Tauben, die scheißen nicht mehr. Guru, guru“. Als einem Hörer dieser Erfolg zu viel wird, verspricht er für jede Gegenstimme ein Weißbier. Gleich darauf meldet sich der Fußball-Spieler Markus Babbel und bietet - im Namen des FC Bayern - für jede Ja-Stimme zwei Träger Weißbier. Als die Totengräber im September 1999 ein falsches Grab ausheben, kommt es zum Karriereknick, da der Leiter der Friedhofsverwaltung den „Boandlkramern“ ein Singverbot erteilt. Doch nun gehen die Radio Gong-Hörer auf die



Barrikaden. Binnen vier Tagen fordern 12.000 Hörer auf Unterschriftenlisten die Rückkehr der singenden Totengräber. Und nach kaum einer Woche sind sie wieder Live On The Air zu hören.

Bald werden die Bestatter und Aufbahrer durch die ganze Bundesrepublik gereicht. Sie sangen auf der Wiesen im Bierzelt, bei Stefan Raab im Fernsehen und bei der SpVVg Unterhaching in der Halbzeitpause.

3. April 2003 – Eine Kunstaktion im Luftschutzbunker

München-Untergiesing * Bevor die Umbaumaßnahmen für das Projekt „Wohnen im Turm“ beginnen, muss erst eine mehrmonatige Wartezeit überbrückt werden. Das geschieht mit einer „Kunstaktion“ unter dem Titel „120 Tage Kunst im Bunker“. Die Eigentümer verfolgen mit dieser Aktion das Ziel, einerseits das Image des „Betonkastens aus Kriegszeiten“ zu verbessern, andererseits wollen sie „durch die Kunst versuchen, das bedrückende des Bunkers aufzubrechen und ihn bis zur tatsächlichen Bautätigkeit mit Leben zu füllen“. Die Kunstaktion dauert bis zum 26. Juli. Dabei herrscht eine breite Übereinstimmung. Doch mit dem anschließenden Genehmigungsverfahren der Umbauplanung scheiden sich wieder die Geister. Während sich Rathauspolitiker von der „Bunker-Kreativität“ begeistert zeigen, melden Architektur- und Denkmalschutzexperten ihre Bedenken an. Und obwohl das Gebäude gar nicht unter Denkmalschutz steht, meinen sie, dass „so ein Bunker fast das Einzige [sei], das uns heute noch an den Krieg erinnert“. So ein „Wehrbau“ habe deshalb eine ebenso hohe Aussagekraft wie eine Stadtmauer oder eine Burg.

7. Februar 2013 – Die 20-jährige Leniata Kepari wird bei lebendigem Leib als Hexe verbrannt

Mount Hagen * In Mount Hagen in Papua Neu-Guinea wird die zwanzigjährige Leniata Kepari bei lebendigem Leib als Hexe verbrannt. Die junge Frau soll einen Knaben verhext haben. Der Sechsjährige hat zuvor über Schmerzen in Magen und Brust geklagt und ist daraufhin in das Krankenhaus gebracht worden. Am nächsten Tag stirbt er. Die Männer ziehen die mutmaßliche Hexe aus, foltern sie mit einer erhitzten Eisenstange, fesseln sie und übergießen sie mit Benzin. Danach wird Kepari Leniata ins Feuer geworfen. Sie verbrennt bei lebendigem Leib. Bilder zeigen sie unter einem brennenden Lkw-Reifen, der offenbar noch auf sie geschmissen wurde. Sie selbst ist Mutter eines acht Monate alten Mädchens. Polizisten und Feuerwehrleute schreiten nicht ein. Angeblich lässt die Meute ihr Einschreiten nicht zu.



April 2021 – Die Ludwig-Büste wird in die Isar gestürzt

München-Au - München-Isarvorstadt * Unbekannte stoßen die auf der Corneliusbrücke aufgestellte Ludwig-II.-Büste von der Säule in die Isar. Die Feuerwehr kann die beschädigte Replik wieder bergen.

11. Juni 2023 – Ost-West-Friedenskirche brennt vollständig nieder

München-Neuhausen * Gegen 1.10 Uhr wird ein Brand in der Ost-West-Friedenskirche von Väterchen Timofej gemeldet. Als die Feuerwehr eintrifft, steht das überwiegend aus Holz und wiederverwendeten Baumaterialien errichtete Kirchlein bereits in Vollbrand. Die Einsatzkräfte können das Feuer zwar unter Kontrolle bringen, die Kirche wird jedoch vollständig zerstört. Menschen kommen nicht zu Schaden. Die Ermittlungen ergeben später, dass ein technischer Defekt den Brand ausgelöst hat. Der Wiederaufbau der als Friedenssymbol bekannten Kirche wird noch im selben Jahr auf den Weg gebracht.
